

Plenarprotokoll

38. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 28. August 1997

Gemeinsame Beratung4

- a) Situation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Schleswig-Holstein**
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/467
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/781

- b) Technologietransfer in Schleswig-Holstein**
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/516

- c) Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung**
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/881

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Klaus-Dieter Müller (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Helmut Plüschau (SPD)

Beschluß:

1. Überweisung der Antwort Drucksache 14/781 und des Berichts Drucksache 14/881 an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung
2. Überweisung des Antrages Drucksache 14/516 an den Wirtschaftsausschuß

Landeswohnungsbauprogramm 199722

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/901

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/935

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Gero Storjohann (CDU)
Renate Gröpel (SPD)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

- Beschluß: Annahme des Antrages
Drucksache 14/935 in geänderter
Fassung
- Gemeinsame Beratung30**
- a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Änderung des Schulgesetzes**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDUDrucksache
14/899
- b) Hochbegabtenförderung in der Grundschule**
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/900
- c) Bericht über das Konzept zur Förderung von
besonders begabten Kindern und Jugendlichen**
Landtagsbeschluß vom 15. August 1996
Drucksache 14/168
Bericht der LandesregierungDrucksache 14/796
- Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur
Ursula Röper (CDU)
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
- Beschluß: Überweisung an den
Bildungsausschuß
- Gemeinsame Beratung42**
- a) Länderübergreifende Vergleiche von
Schulleistungen**
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/897
- b) Landesweit vergleichbare Leistungsstandards**
Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/898
- c) Entschließung: Schulische Bildung in
Schleswig-Holstein stärken**
- Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/904
(neu)
- Angelika Volquartz (CDU)
Sabine Schröder (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Überweisung der Anträge
Drucksachen 14/897 und 14/898
an den Bildungsausschuß

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes59
zur Änderung des Schulgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDUDrucksache
14/906

Ursula Röper (CDU)
Uwe Döring (SPD)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Überweisung an den
Bildungsausschuß

Gemeinsame Beratung63

a) Trilateraler Wattenmeerplan

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/891

b) Trilateraler Wattenmeerplan

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/902

c) Trilateraler Wattenmeerplan

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNENDrucksache 14/933

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Heinz Maurus (CDU)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Anke Spoorendonk (SSW)
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten

Beschluß: Annahme des Antrages
Drucksache 14/933

Gemeinsame Beratung78

a) **Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein**
Landtagsbeschluß vom 13. Juni 1996 Drucksache 14/74

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/755

b) **Bericht über die derzeitige Situation sowie die künftige organisatorische Gestaltung des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“**

Landtagsbeschluß vom 23. April 1997

Drucksache 14/611

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/886

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes99 zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Freien Hansestadt Hamburg über den Anschluß der Tierärztekammer Hamburg an die Tierärzteversorgung Niedersachsen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/852
Bericht und Beschlußempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 14/943

Claus Hopp (CDU)

Beschluß: Verabschiedung

* * * *

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Claus Hopp (CDU)

Sabine Schröder (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Beschluß: Überweisung an den
Agrarausschuß zur
abschließenden Beratung

Gemeinsame Rahmenplanung nach93 Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum

25. Rahmenplan 1997 - 2000 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/876

Bericht und Beschlußempfehlung des

Agrarausschusses Drucksache 14/884

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/920

Claus Hopp (CDU)

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Sabine Schröder (SPD)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Kenntnisnahme des Berichts
Drucksache 14/876

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes-
und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen
und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktion ist der Herr Abgeordnete Peter Gerckens erkrankt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 9, 12 und 31 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Situation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/467

Antwort der Landesregierung Drucksache 14/781

b) Technologietransfer in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPDDrucksache 14/516

c) Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/881

Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich Herrn Minister Steinbrück das Wort.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kleine und mittlere Unternehmen haben eine weiter zunehmende Bedeutung für Beschäftigung, Ausbildung und Innovationskraft. Die Kleinen sind die Großen gemessen an diesen Beiträgen zur Wertschöpfung, zur Beschäftigung und zur Ausbildung. Das ist - wenn Sie so wollen - das bedeutsamste Ergebnis der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU. Sie enthält einen 40 Seiten umfassenden Tabellenteil, den ich natürlich Zahl für Zahl gelesen habe. Deshalb möchte ich ankündigen, daß die letzte Zahl in der Tabelle 18 a leider falsch ist. Jetzt wissen Sie Bescheid, und diese Korrektur ist zu Protokoll gegeben.

Hier ist zwar wohl der Raum, nicht aber die Zeit, die wichtigsten Ergebnisse der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur **Situation der kleinen und mittleren Unternehmen** in Schleswig-Holstein im einzelnen zu referieren. Deshalb will ich nicht alle Ergebnisse wiedergeben, sondern im Telegrammstil nur auf einige wenige Punkte hinweisen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen haben in Schleswig-Holstein ein weit größeres Gewicht als im Durchschnitt der alten Bundesländer. In der Privatwirtschaft Schleswig-Holsteins sind 88,5 % aller Beschäftigten in sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen - deren Grenze bei 499 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt - beschäftigt. Im Durchschnitt bezogen auf die alten Bundesländer beträgt die **Beschäftigungsquote** etwa 78,9 %.

Eine andere beeindruckende Zahl für die **Mittelstandsorientierung** dieses Landes kommt darin zum Ausdruck, daß in kleinen Unternehmen - deren Grenze bei 49 Beschäftigten anzusetzen ist - 61 % aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft in Schleswig-Holstein arbeiten.

Die kleinen Unternehmen stellen einen überproportional hohen Anteil an der Bereitstellung von **Ausbildungsplätzen** in diesem Lande zur Verfügung. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten werden 89 % - sage und schreibe 89 % - der insgesamt 50.000 Ausbildungsplätze im Dualen System in Schleswig-Holstein von kleinen und mittleren Unternehmen bereitgestellt.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Röper [CDU])

Insofern gilt - und das füge ich sehr absichtsvoll hinzu -: Man muß sich auf die Welt dieser Unternehmen einlassen, wenn man die Beschäftigungsproblematik in den Griff bekommen möchte. Man wird sich mit den konkreten Problemen und Sorgen dieses Mittelstandes beschäftigen müssen.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Die **Exportquote** der kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein ist teilweise deutlich geringer - übrigens auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Das ist keine gute Zahl. Ich möchte jedoch hinzufügen, daß kleine Unternehmen sehr häufig Vorprodukte herstellen oder Vorleistungen

für größere Unternehmen erbringen, die ihrerseits die entsprechenden Fertigprodukte ins Ausland exportieren.

Der Trend ist allerdings positiver. Die kleinen und mittleren Unternehmen haben ihren Exportanteil in den vergangenen Jahren auch in Schleswig-Holstein deutlich gesteigert. - Ich will nicht so eitel sein und sagen, daß das monokausal auf die Politik der Außenwirtschaftsförderung der Landesregierung zurückzuführen ist, aber ganz unbeteiligt ist sie daran ja auch nicht, wenn Sie diese Bemerkung erlauben.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Benachteiligt sind die kleineren Unternehmen ganz eindeutig bei der Bewältigung von administrativen Auflagen und Zulieferungen für amtliche Statistiken. Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten haben - dies ist ermittelt worden - 22 mal so hohe **Bürokratiekosten** je Beschäftigten wie Großunternehmen. Dies ist eine Belastung, die sich in der Tat für einen Inhaberunternehmer ganz anders darstellt als für ein größeres Unternehmen, das diese Bürokratiekosten relativ leicht wegstecken kann.

Die **Zahl der Selbständigen** in Schleswig-Holstein hat sich zwischen 1987 und 1996 - man höre und staune - deutlich stärker als in den westdeutschen Bundesländern erhöht, nämlich um fast 6 % versus 3,2 % im Durchschnitt der westdeutsche Bundesländer. Die seit der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten verzeichnete **Quote der Selbständigen** in Schleswig-Holstein liegt mit 12,2 % ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer von 11 %.

Dies sind keine Lorbeeren, auf denen man sich ausruhen kann. Ich behaupte, wir brauchen weiteren Unternehmensnachwuchs. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man daran denkt, daß bis zum Jahre 2000 sage und schreibe 12.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein vor einem Generationswechsel stehen. Das bedeutet, wir müssen eine Kultur der beruflichen Selbständigkeit fördern, um mit Blick auf diesen Wechsel an der Spitze von kleinen und mittleren Unternehmen in der Perspektive der nächsten drei Jahre nicht zu Engpässen zu kommen.

Die politische Aufgabe ist es, günstige **Rahmenbedingungen** für diese Unternehmen zu schaffen und - soweit dies irgend geht - durch staatliche Politik größenspezifische Benachteiligungen zu

vermeiden. Dort, wo kleine und mittlere Unternehmen nicht die finanziellen und die personellen Mittel besitzen, den Strukturwandel aus eigener Kraft zu bewältigen, Innovationsprozesse technologisch - und ich füge hinzu, auch betriebswirtschaftlich - voranzubringen, halten wir trotz großer Haushaltsprobleme an der bisherigen Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, soweit es irgend geht, fest. Darüber gibt die Antwort auf die Große Anfrage im Detail Auskunft, so daß ich hier nicht Statistiken oder Leistungsbilanzen verlesen muß.

Ich füge hinzu, daß es nicht immer auf Finanzspritzen oder auf Investitionszuschüsse ankommt. Es kommt ebenfalls auf Maßnahmen an, die nicht unbedingt zwingend damit verbunden sind, daß Geld ausgegeben wird. Dazu zählen zum Beispiel die Dienstleistungsorientierung von Politik und Verwaltung, der diskrete Einsatz des in Schleswig-Holstein gut entwickelten Bürgerschaftsinstrumentariums oder die stärkere Beteiligung kleinerer und mittlerer Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen. Dazu gehört auch, Bedingungen, die wir als Parlament oder als Exekutive in Form von Spielregeln oder Regularien aufstellen, für den Mittelstand erfüllbar zu gestalten.

Eine für kleine und mittlere Betriebe freundliche Auslegung von Vorschriften und Hilfen bei Auflagen und Genehmigungen kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Ich wiederhole: Es stünde uns gut an, bei verschiedenen Maßnahmen, die wir für notwendig halten, die Bürokratiekosten zu berücksichtigen, die für den Mittelstand in Schleswig-Holstein damit verbunden sind.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist keine Insel der Seligen. Damit will ich sagen, wichtige Weichenstellungen zur Förderung des Mittelstandes in diesem Lande sind auch von dem abhängig, was auf der bundespolitischen Bühne passiert oder - man sollte vielleicht auch hinzufügen - unterlassen wird. Gerade für den Mittelstand sind Themen, die ich unter dem Stichwort „Entlastung von Lohnzusatzkosten“ zusammenfassen möchte, von Bedeutung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für das schleswig-holsteinische Handwerk haben diese **Lohnzusatzkosten** inzwischen im Durchschnitt 80 bis 100 % erreicht - in diesem Fall, meine Damen und

Herren von der rechten Seite des Saals, nicht durch Maßnahmen, die eine sozialdemokratische Bundesregierung in den letzten 15 Jahren erlassen hat, sondern für die Sie stärkere politische Verantwortung haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir brauchen eine **Entlastung der Sozialversicherung** von versicherungsfremden Leistungen. Ich verweise auf die alten Stichwörter: Die Finanzierung der Deutschen Einheit und die Ausplünderung der Nürnberger Kasse sind definitiv falsch gewesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen leichtere Möglichkeiten, **Eigenkapital** zu bilden. Wir brauchen bessere innovativere Instrumentarien, um die Finanzierung von Risikokapital sicherzustellen. Das ist ein Thema, das sich allerdings in erster Linie an den etablierten deutschen Bankensektor richtet, der im Vergleich zu anderen Ländern nicht in der Oberliga spielt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist für den Mittelstand auch das Thema einer ausgewogenen **Steuerreform** von erheblicher Bedeutung.

Ich will zum zweiten Stichwort - dem Technologietransfer - spielend übergehen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Ja, machen Sie doch einen vernünftigen Vorschlag, Herr Stritzl.

(Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Er liegt vor!)

- Machen Sie doch nicht einen Vorschlag, der so hinkt wie der Ihre.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Der **Technologietransfer** - also das zweite große Thema - spielt für die kleinen und mittleren Unternehmen deshalb eine eminente Bedeutung, weil sich die wenigsten dieser Unternehmen eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten leisten

können. Sie sind auf die Inanspruchnahme von Fremdleistungen, von externen, wie es abgekürzt heißt, F- und E-Kapazitäten angewiesen. Die CDU hat in ihrer Großen Anfrage sehr verdienstvoll nach den vorhandenen wegen des Technologietransfers gefragt. Das haben wir dargelegt. Der Antrag der SPD zielt auch darauf ab, wie sich das weiterentwickeln soll. Ich glaube, daß wir hier in der Tat vor einem - hoch gegriffen - Paradigmawechsel stehen, uns jedenfalls neu justieren müssen.

Aufgabe des Technologietransfers ist es zunehmend, den gesamten Weg von der Idee bis zum Markt - jedenfalls unter politischer und administrativer Begleitung - mitzugestalten. Auch dies ist nicht immer zwingend mit ausgabeträchtigen Programmen verbunden. Es handelt sich um sehr unterschiedliche Dienstleistungen, die dabei abgefragt werden. Das reicht von einfachen Informationen über Unterstützungsleistungen bis hin zur Hilfestellung bei der Umsetzung technologischer Entwicklungen.

Die Probleme der Kleineren und Mittleren sind offenkundig. Zum einen nenne ich den **Informationszugang** zu neuen Entwicklungen. Da geht es darum zu wissen, wo es was gibt, was der Unternehmer für seine Ziele gebrauchen kann. Es geht um die Frage, wie man die im Unternehmen fehlenden Ressourcen zur Realisierung von Projekten im eigenen Bereich erschließen kann.

Daher kommt den **Transfereinrichtungen**, die wir haben, in Schleswig-Holstein eine eminent wichtige Funktion zu. Ich behaupte, daß wir mit solchen Transfereinrichtungen in diesem Land auch im Vergleich zu anderen Bundesländern gut ausgestattet sind. Ich erinnere im einzelnen noch an die ttz, an die Stiftung, an die Technologiezentren, die sich zunehmend auch als Kompetenzzentren für spezifische Technologien entwickeln, und an die Technologiebeauftragten an den Fachhochschulen und an der Christian-Albrechts-Universität.

Fazit: Wir haben inzwischen eine **Infrastruktur** für Technologietransfer geschaffen. Aber wir stehen in meinen Augen vor der Notwendigkeit, diesen Technologietransfer an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Das heißt: Wir müssen jetzt eher weg von der reinen Technologietransferdienstleistung und hin zu einer Anregung und Unterstützung von **Innovationsprozessen**. Wir müssen bedarfsorientierter werden, und zwar aus der Sicht der Unternehmen und der Betriebe.

Das wirft eine ganze Reihe wichtiger Aspekte auf, zum Beispiel folgende Fragen: Sicherstellung der Finanzierung, Unterstützung des Projektmanagements, Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Entwicklung von und Unterstützung bei Marketingstrategien. Letzteres ist übrigens ein häufig unterbelichtetes Feld, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Ich schließe an dieser Stelle mit dem Hinweis, daß wir eine **Evaluierung des Technologietransfernetzes** in Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben haben. Wir hatten dies ausgeschrieben. Den Zuschlag hat ein Unternehmen namens Inno GmbH in Karlsruhe bekommen, und zwar immerhin gegen Konkurrenten wie DIW, Ifo oder auch das Fraunhofer-Institut für Innovationsforschung. Die Firma hat Erfahrungen. Wir erwarten von der Evaluierung des Technologietransfernetzes - Vorlage vielleicht Mitte nächsten Jahres - eine ganze Reihe von Aufschlüssen, die dann dem SPD-Antrag entsprechend in eine Politik der Weiterentwicklung des Technologietransfers überführt werden müssen.

Ich will im Rahmen des dritten Punktes des Jahresberichts auf die **Technologiestiftung** nicht näher eingehen. Dieser Punkt spricht für sich selbst. Ich würde nur das wiederholen, was darüber im Bericht steht, und das würde getreu nach dem Motto geschehen: Es ist schon alles gesagt worden, aber noch nicht von jedem. Da muß ich mich nicht einreihen.

Ich will die Zeit, die ich noch habe, zu einer Abschlußbemerkung nutzen. Wenn ich allein die letzten vierzehn Tage Revue passieren lasse, sowohl mit Blick auf Besuche, die ich selber unternommen habe, als auch mit Blick auf einzelne Berichterstattungen in den Zeitungen, dann fallen mir folgende Stichworte wieder ein.

Da gibt es ein Unternehmen der Unterhaltungselektronik in Kiel. Es wird in französischen Fachzeitschriften für Unterhaltungselektronik als Top-Unternehmen gehandelt. Es ist in diesen französischen Fachzeitschriften bekannter als im eigenen Land.

Da ist ein Unternehmen in Flintbek, das intelligente Kunststoffkarten und Speicherchips herstellt. Da geht es nicht nur um Bankkarten, sondern auch um Telefonkarten. Das Unternehmen ist auf dem Weltmarkt für Telefonkarten die Nummer vier. Es ist auf dem Weltmarkt für Mobilfunkkarten mit 40 % Marktanteil die Nummer eins.

Da gibt es ein Unternehmen in Rendsburg, das Maschinen zum chemisch-mechanischen Polieren von Oberflächen allerhöchster Präzision herstellt. Bei diesem Rendsburger Unternehmen kaufen Weltmarktfirmen wie Seagate, IBM, Motorola, Texas-Instruments genauso wie Siemens, Bosch oder Mercedes ein.

Da gibt es ein anderes Unternehmen, das ich gerade kürzlich besucht habe, und zwar im Kreis Stormarn. Es arbeitet an der Überwindung der Schnittstelle zwischen Telefon und Computer. Dieses Unternehmen ist es gewesen, das den Börsengang der Deutschen Telekom technisch gestützt hat.

Weiter gibt es einen Unternehmer auf Sylt, der die einzige Austernzucht in Deutschland hat und damit alle spitzengastronomischen Betriebe der Republik bedient. Sein Marktanteil beträgt 25 %.

Dann gibt es ein schleswig-holsteinisches Unternehmen, das einen grandiosen Börsengang hingelegt hat.

Das alles ist schleswig-holsteinischer Mittelstand. Dieser Mittelstand repräsentiert auch den Wandel in unserem Land. Ich füge aber hinzu: Er trägt das Image dieses Landes zuwenig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe ab mit der Bemerkung: Die Wertschöpfung und die Beschäftigung dieses Mittelstands sind entscheidend nicht nur für individuelle Einkommen, sondern auch für das, was wir uns hier leisten können an materieller, institutioneller und personeller Infrastruktur. Dieser **Mittelstand in Schleswig-Holstein** verdient deshalb mehr Aufmerksamkeit, nicht nur politische, sondern auch publizistische Aufmerksamkeit, und unsere sehr konkrete Unterstützung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich Besucherinnen und Besucher der Kreisberufsschule Bad Segeberg und die Seniorengruppe der Eisenbahnergewerkschaft Neumünster. Herzlich willkommen!

(Beifall)

In der Aussprache hat jetzt Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **Antwort auf die Große Anfrage der CDU** liegt vor. Ich möchte mich zunächst bei allen Beamten und Mitarbeitern des Ministeriums dafür bedanken, daß hier ein lesenswertes Ergebnis zusammengetragen wurde.

Der Bericht bestätigt in vielen Fällen, was wir schon immer ahnten, bleibt aber an einigen Stellen leider die erhoffte Antwort schuldig. Nun zu einigen besonders wichtigen Ergebnissen.

Bekannt ist uns allen, daß die **Wirtschaft** des Landes **Schleswig-Holstein** überwiegend mittelständisch geprägt ist. Aber 99,9 % aller Betriebe fallen unter die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen, die bis zu 499 Beschäftigte haben, wobei die Grenze auch bei 100 Millionen DM Umsatz gezogen ist. Die Lage bei uns ist schon bemerkenswert. Das bedeutet, daß Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein immer zugleich **Politik für mittelständische Betriebe** ist.

Deutlich wird der seit 1970 eingetretene Strukturwandel. In der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe wurden Arbeitsplätze abgebaut. In Handwerk und Handel und vor allem im Bereich der Dienstleistungen wurden Arbeitsplätze neu geschaffen.

Das Jahr 1995 kann man als Markstein ansehen. Erstmals waren im Dienstleistungssektor mehr Menschen beschäftigt als im verarbeitenden Gewerbe. Diese Veränderung wurde besonders von den Zuwächsen in der Tourismuswirtschaft und in den beratenden Berufen getragen. So wundert es denn nicht, daß in den Betrieben mit bis zu 49 Beschäftigten in den Jahren 1980 bis 1996 mit 82.000 neuen Arbeitsplätzen das entscheidende Wachstum stattgefunden hat.

Was folgt daraus für das wirtschaftspolitische Handeln? Es liegt klar auf der Hand, daß diese **Wachstumsbranchen** unterstützt werden müssen. Dazu ist es unerlässlich, daß man den Unternehmen das Leben nicht unnötig schwermacht.

Da ist vor allem die Tourismusbranche zu nennen. Im Bericht ist zu lesen, daß gerade das Gaststättengewerbe unter einem besonderen Mangel an Eigenkapital leidet.

Hier muß überlegt werden, wie man Abhilfe schaffen kann. Die Qualitätsoffensive für Berufe dieser Branche ist sicher ein erster und richtiger Schritt. Aber er reicht nicht aus, um in dieser Branche kurz- und mittelfristig die wirtschaftliche Grundlage zu sichern. Auch sonst fühlt sich die **Tourismuswirtschaft** nicht gerade als der Landesregierung liebstes Kind,

(Widerspruch bei der SPD)

auch wenn Minister Wiesen publikumswirksam durchs Land reist. Wie ist es sonst zu verstehen, daß die Landesregierung der Tourismuswirtschaft an unseren Küsten die Lebensader zudrehen will, indem sie die Genehmigung für die Nutzung der Strände immer enger zieht? Demnächst wird es noch verboten, überhaupt aufs Meer zu gucken, sagte kürzlich einer unserer Gesprächspartner bei unseren Bereisungen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo leben Sie eigentlich?)

- Ich lebe in Schleswig-Holstein, einem Land, wo 2,7 Millionen Menschen einen Anspruch darauf haben, daß sie hier ihr Einkommen verdienen können.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SDP)

Die mangelhafte Ausstattung mit **Eigenkapital** ist auch im Handwerk ein großes Problem.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Ich unterhalte mich gern mit Ihnen, aber ich muß in der zur Verfügung stehenden Zeit meine Rede halten.

Das Eigenkapitalproblem hat auch der Minister schon angesprochen. Gerade das Handwerk ist in dieser Hinsicht gefährdet. Denn in konjunkturell schwachen Zeiten wird diese Frage zur Existenzbedrohung vieler Betriebe. Eine effiziente Unterstützung muß hier eingreifen, um geeignete Instrumente für diese Betriebe zu entwickeln.

Als nächstes komme ich auf die **Förderprogramme** des Landes, die einst MiTI genannt und als große Neuigkeit verkauft worden waren. Sie sind weitgehend wieder eingesammelt worden. Übrig geblieben sind Programme zur Produktinnovation, zur Förderung moderner Technologien, zur Darstellung im Ausland und zur Beteiligung technologieorientierter Unternehmen an Gemeinschaftsständen auf Messen.

Insgesamt muß man über diese restlichen Programme vertieft diskutieren. Das sollten wir in Ruhe im Wirtschaftsausschuß tun, wohin wir auch den Antrag der SPD, Drucksache 14/516, überweisen sollten.

Es ist notwendig, über die Vielzahl der Wege des **Technologietransfers** in Schleswig-Holstein nachzudenken und insbesondere über den Einsatz öffentlicher Mittel auf diesem Gebiet. Es besteht nämlich die Gefahr, daß staatlich subventionierte Dienstleister die privaten Anbieter am Markt unterbieten könnten. Das darf nicht Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein.

Über einen Teil Ihres Antrags, Herr Müller, ist inzwischen die Zeit hinweggegangen. Die geforderte **Evaluierung** der bisherigen Förderprojekte der Institutionen des Technologietransfersystems ist offensichtlich längst von der Landesregierung in Auftrag gegeben worden. Der Herr Minister hat es eben erwähnt, und es steht auch so im Bericht der Landesregierung zur Technologiestiftung.

Und schließlich und endlich sollten Sie, Herr Müller, sich für jegliche Lobhudelei zu schade zu sein.

(Zuruf von der SPD: Was, bitte?)

Die in der Einleitung behauptete angeblich bundesweit führende Stellung Schleswig-Holsteins in Sachen Technologieförderung und Technologietransfer muß für mich erst noch bewiesen werden, wie Ihnen das Professor Soltwedel auch am Dienstag auf einer Veranstaltung der Hermann-Ehlers-Akademie schon gesagt haben soll.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? - Das Gegenteil ist der Fall!)

Und wenn ich dem Bericht über die KMU entnehme, daß nach den Angaben in den Förderanträgen zur Technologieförderung nur durchschnittlich 3 % der Ausgaben für **Forschung und Entwicklung** der kleinen und mittleren Unternehmen als Aufträge an wirtschaftsnahe Forschungsinstitute, Hochschulen und Fachhochschulen in Schleswig-Holstein vergeben werden, werde ich doch sehr nachdenklich. Sind das die Erfolge der Technologietransferpolitik der Landesregierung? - Das kann doch nicht alles gewesen sein!

Im übrigen verweise ich auf die Bemerkungen des Landesrechnungshofs über die Förderung

wirtschaftsnaher Forschungsinstitute, die auch sehr kritisch sind.

Es gibt aber noch ganz andere Förderungen des Landes, die den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen, jedoch nicht den Namen eines Programms tragen. Wir haben nicht daran gedacht, danach zu fragen, doch auch hier kam uns unfreiwillig der Landesrechnungshof zur Hilfe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfreiwillig? Das ist gut!)

- Ja, unfreiwillig; wir haben das nicht abgestimmt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach nee! - Beifall und Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ausnahmsweise nicht, Frau Fröhlich!

Der **Landesrechnungshof** hat in seinen Bemerkungen 1997 die **Beratungsunterstützung für kleine und mittlere Unternehmen** durchleuchtet und zu Recht gefordert, sie nicht zum Gewohnheitsrecht werden zu lassen, sondern sie von Zeit zu Zeit zu überprüfen.

Richtig unübersichtlich wird es, wenn man in den Bereich der **EU-Förderungen** vorstößt. Für die etwa 50 Förderprogramme, die auch die kleinen und mittleren Unternehmen betreffen, gibt es keine Statistiken, denen entnommen werden könnte, wieviel von dieser Förderung nach Deutschland und in die Bundesländer geht. Entsprechend gibt es auch keine Angaben darüber, ob vielleicht Fördermittel ungenutzt bleiben, weil Cofinanzierungsmittel fehlen.

Eine Vielzahl von Gremien ist mit der Abwicklung dieser Programme beschäftigt. Der Antwort ist nicht zu entnehmen, ob sie nebeneinander oder nacheinander entscheiden. Dafür ist das **Berichtswesen** um so ausgeprägter. Alle Institutionen müssen regelmäßig einem Begleitausschuß der EU berichten. Wo tagt der eigentlich? Ist damit eine große Reisetätigkeit verbunden? Das hätte mich noch interessiert.

Zusätzlich hat allein im Jahre 1996 die EU-Beratungsstelle bei der Investitionsbank 890 Unternehmensanfragen beantwortet. Ob auch sie berichten muß, wird nicht erwähnt.

Angesichts der damit verbundenen **Bürokratie** und der Unübersichtlichkeit bezüglich der Mittelflüsse muß

daher erneut die Frage gestellt werden, ob es wirklich sinnvoll ist, die Förderung über die EU - wie überhaupt die Mischfinanzierung - weiter aufrechtzuerhalten. Dies würde die Beiträge der Bundesrepublik Deutschland an die EU verringern, und das eingesparte Geld käme den Betrieben hier durch Absenkung von Abgaben oder eventuell durch direkte Hilfen wieder zugute.

(Zuruf von der SPD: So einfach ist das?)

Richtig enttäuscht sind wir über die Antworten zu den **Technologie- und Gewerbezentren**. Statt Einzelausführungen zum Förderaufwand für die einzelnen Standorte gibt es nur globale Angaben. Wir werden hier also noch einmal nachfragen. Das gleiche betrifft die Angaben zu ihrer Auslastung.

Immerhin liefert der Bericht den Hinweis, daß mit einem Investitionsvolumen von 110 Millionen DM für den Bau der zehn vorhandenen Technologie- und Gewerbezentren 357 junge Unternehmen und Existenzgründer gefördert worden sind. Das sind im Durchschnitt rund 310.000 DM pro Unternehmen. Es ist die Frage, ob man mit diesem Geld auf anderen Wegen nicht hätte mehr erreichen können, zumal die jährlichen Betriebskostenzuschüsse der TGZ in diesen Beträgen noch nicht enthalten sind. Eine sorgfältige Bewertung wird erforderlich sein, um die Arbeit der TGZ wirklich beurteilen zu können.

Eine Gründungswelle ist jedenfalls in Schleswig-Holstein nicht zu bemerken, Herr Minister. Ich habe den Bericht sehr sorgfältig gelesen, aber ich habe die **Selbständigenquote** nicht gefunden. Vielleicht können Sie mir das im Ausschuß zeigen, und dann nehme ich, wenn Sie recht haben, meine Behauptung von heute gern zurück. Aber ich habe im Gegensatz zu Ihnen natürlich niemanden, der mir das zusätzlich alles erarbeitet hätte. Vielleicht könnte es bei mir ein Fehler sein.

Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der Maßnahmen ein, die der Umweltminister ergriffen hat, um nach seinen Vorstellungen die Regelaufsicht der Gewerbeämter aus immissionsschutzrechtlichen Gründen zu verringern. Dies ist sicherlich eine gute Idee. Uns hätte aber interessiert, wie dieses Angebot angenommen wird. Mit staatlicher Förderung waren Ende Mai erst 19 **Öko-Audit-Verfahren** abgeschlossen, davon betrafen zehn kleine und mittlere Unternehmen, im Verfahren befanden sich noch 28, davon 24 KMU.

Etwas merkwürdig muten die Aussagen an über die **Kostenbelastungen** der KMU durch **staatliche Vorgaben**. Soweit es um Auflagen des Bundes geht, ist den Betrieben das Mitleid der Landesregierung sicher. Mit Akribie werden hier die Ergebnisse der Studie des Instituts für Mittelstandsforschung von 1995 aufgelistet, in der ermittelt wurde, daß die Wirtschaft mit rund 58 Milliarden DM durch von außen vorgegebene Verwaltungsmaßnahmen belastet wird, von denen die kleinen und mittleren Unternehmen den Löwenanteil, nämlich rund 56 Milliarden DM, aufbringen müssen. Der Herr Minister hat das vorhin deutlich hervorgehoben.

Aber schon etwas gelassener werden die Aufwendungen betrachtet, die die Betriebe für **Arbeitsschutz** und **Arbeitsmedizin** aufwenden müssen. Diese Kosten werden vom Wirtschaftsverband Handwerk mit 30 bis 50 Pfennig je Arbeitsstunde angegeben, was bei einem Betrieb mit zehn Beschäftigten jährliche Kosten von 4.500 bis 7.500 DM verursacht. Die Einbeziehung auch der Kleinbetriebe mit weniger als 30 Beschäftigten in die Unfallverhütungsvorschriften „Fachkräfte für Arbeitssicherheit/Betriebsärzte“ führen diese Betriebe zu Mehrbelastungen von jährlich 2.500 bis 3.000 DM plus Mehrwertsteuer.

Als Bemerkung wird darauf verwiesen, daß sich betrieblicher Gesundheitsschutz eben auszahle. Daß sich gerade die Handwerksbetriebe, die ja überwiegend davon betroffen sind, durch einen besonders niedrigen Krankenstand auszeichnen, findet keine Berücksichtigung.

Auch die in Schleswig-Holstein erhobenen **Sonderabgaben** wie die Grundwasserentnahmeabgabe und die Abfallabgabe werden mit der lapidaren Bemerkung abgetan, über Investitionen könnten ja die entsprechenden Kosten gesenkt werden beziehungsweise die Abfallabgabe bewege sich „in der Regel nur in einer Größenordnung von wenigen tausend DM per annum“ - so wörtlich! Daß diese Beträge bei den Inhaberbetrieben direkt auf das persönliche Einkommen durchschlagen, wird offensichtlich nicht erkannt. Immerhin sollen aus diesen beiden Abgaben zwischen 1996 und 1998 rund 200 Millionen DM in den Landessäckel fließen, aufgebracht unter anderem von diesen Betrieben, deren Kostenbelastung bereits sehr hoch ist.

Das paßt auch nicht zu der Aussage im Bericht, daß die Landesregierung darauf abziele - ich zitiere jetzt wörtlich - „bestehende Belastungen abzubauen und weitere zu vermeiden. Sie“ - gemeint ist die

Landesregierung - „verpflichtet sich, vor ihren Entscheidungen künftig nicht nur die kostenmäßigen Auswirkungen auf den Landeshaushalt, sondern auch auf die private Wirtschaft, insbesondere kleine Unternehmen, durch die Ressorts prüfen zu lassen.“

Gut gebrüllt, Löwe, kann ich dazu nur sagen. Vielleicht sollte man den Versprechungen für die Zukunft auch eine Betrachtung ex post folgen lassen.

Es gibt viele weitere interessante Ergebnisse, die es wert wären, hier angesprochen zu werden, zum Beispiel der Anteil der Frauen als tätige Betriebsinhaberinnen, die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen an der beruflichen Ausbildung - das hat der Herr Minister hervorgehoben -, die Qualifizierung der Mitarbeiter, der Generationswechsel, die Zertifizierung nach ISO-Normen, um nur einige zu nennen. Leider ist die Zeit für diese Aussprache sehr knapp veranschlagt, so daß wir diese Diskussion im Wirtschaftsausschuß führen sollten, wohin die Große Anfrage zur abschließenden Beratung überwiesen werden sollte.

Das gleiche gilt für den Bericht zur Technologiestiftung, der ebenfalls abschließend im Wirtschaftsausschuß beraten werden sollte. Für heute möchte ich nur anmerken, daß ich mich über das neue Arbeitsprogramm der **Technologiestiftung** wundere, das unter anderem jetzt die Förderung des Wissenstransfers und von Veranstaltungen zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft vorsieht, wie auch die Qualifizierung durch Förderung von Konversionsmaßnahmen. Was beides mit technologischer Entwicklung zu tun hat, kann dann sicherlich erklärt werden. Ebenso erhoffe ich mir Aufklärung über die qualitativen Beurteilungsmaßstäbe für die Arbeit der Stiftung, die künftig verstärkt entwickelt und in die Bewertung einbezogen werden sollen. Vielleicht ist ja diese Entwicklung schon abgeschlossen, und Sie können uns sagen, was Sie damit meinen.

Mit großer Genugtuung habe ich die Mittelausstattung der Stiftung zur Kenntnis genommen und würde mich freuen, wenn andere Stiftungen wie zum Beispiel das Schleswig-Holstein Musik Festival ähnlich dotiert würden. Oder ist etwa eine Abschmelzung geplant? Man kann ja auch Stiftungen - über einen Wagniskapitalfonds - ändern. Das will ich für die Stiftung nicht hoffen.

Auf jeden Fall sind wir gespannt auf die Ergebnisse der in der Erarbeitung befindlichen **Evaluation** des gesamten **Technologietransfersystems**, innerhalb

dessen ja auch die Erfolge der Stiftungsarbeit und die Bedeutung der Stiftung innerhalb des Transfernetzes dokumentiert werden sollen. Irgendwie scheint sich die Landesregierung dieses Ergebnisses nicht ganz sicher zu sein. Denn sie baut mit ihrer Bemerkung, daß sich Umfeld und Anforderungen des Technologietransfers in den letzten Jahren stark gewandelt hätten, schon ein bißchen vor. Wir dürfen also sehr gespannt sein, was bei dieser Bewertung herauskommt, und freuen uns auf die weitere Diskussion im Ausschuß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Zum Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen wird mein Kollege Helmut Plüschau Ausführungen machen. Ich möchte mich im wesentlichen auf den Antrag der SPD-Fraktion zum **Technologietransfer** beziehen. Die Bedeutung des Technologietransfers und der Technologiepolitik für kleine und mittlere Unternehmen hat der Minister hier ausführlich beschrieben.

Frau Schmitz-Hübsch, es gibt manchmal glückliche Fügungen. Heute soll und werde ich zur Technologiepolitik in Schleswig-Holstein sprechen. Vorgestern - Sie haben es erwähnt - hatte ich die große Freude, zusammen mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden, von dem Ihre Information eigentlich nicht stammen kann, weil er - wie ich ihn kenne - immer sorgfältig berichtet, und mit anderen Mitgliedern Ihrer Fraktion sowie auch mit Herrn Hentschel und Frau Aschmoneit-Lücke in der Hermann-Ehlers-Akademie an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen. Die Hermann-Ehlers-Akademie steht eigentlich nicht im Verdacht, eine Vorfelddorganisation von SPD oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sein.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht direkt; wir arbeiten daran!)

Sie neigt auch nicht dazu, Referenten vorzustellen, die eher dem linken Spektrum in unserer politischen Landschaft angehören.

(Lachen bei der CDU)

Dort, bei Ihnen zu Hause sozusagen, habe ich vorgestern von Herrn Professor Dr. Rüdiger Soltwedel vom Institut für Weltwirtschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ein wörtliches Zitat mitgenommen. Er sagte, die Technologiepolitik in Schleswig-Holstein habe Ende der achtziger Jahre erhebliche Defizite ausgewiesen. Sie wissen, wer Ende der achtziger Jahre und bis zum Ende der achtziger Jahre dieses Land regiert hat.

(Zurufe von der CDU)

- Erst einmal zuhören! Ich habe das Zitat ja noch nicht beendet.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das mögen sie nicht gerne hören, Herr Müller! Machen Sie es kurz!)

Ich weiß, daß es Sie ärgert, daß Herr Soltwedel so ehrlich war, aber er ist eben sehr ehrlich gewesen und hat gesagt, es sei nicht zu bestreiten, daß es den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen in der Tat gelungen sei, in unserem Lande die Infrastruktur für einen wirksamen Technologietransfer zu schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und in der Tat: Die SPD-geführten Landesregierungen haben in den letzten Jahren die **Forschungs- und Technologieinfrastruktur** vorbildlich ausgebaut. Frau Schmitz-Hübsch, ich bin mir nicht zu schade, sondern stolz darauf, daß ich die Leistungen der Landesregierungen und dieser Landesregierung unter diesem Wirtschaftsminister beschreiben darf.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Bundesweit führend!)

Er selbst hat die Institutionen genannt: Die Technische Fakultät an der CAU, die Ansiedlung des Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnik in Itzehoe, Technologiestiftung, Technologietransferzentrale, Technikzentren und die Beauftragten an den Hochschulen. Eines hat der Minister nicht genannt, was ich aber für sehr wichtig halte - er im übrigen auch -. Das ist die Gründung von Gesellschaften zur Förderung des Technologietransfers, an denen Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und öffentliche Institutionen gleichermaßen beteiligt sind.

Es wurde also eine solide Infrastruktur aufgebaut. Eine offensive Technologiepolitik muß allerdings auch weiterhin unser Handeln bestimmen. Im Kontext

zukunftsorientierter Arbeitsplätze kommt diesem Politikbereich auch weiterhin besondere Bedeutung zu. Die **Technologiepolitik** soll den Nährboden für **Innovationen** bilden, aber dann auch dafür Sorge tragen, daß sich gewonnene Erkenntnisse in neue Produkte umsetzen, die hier in Schleswig-Holstein zu mehr und sichererer Beschäftigung führen. In Anlehnung an eine Initiative unserer Technologiestiftung könnte man dieses wesentliche Ziel von Technologiepolitik, den Technologietransfer, mit dem Stichwort belegen: Arbeit erfinden.

Der Ihnen vorliegende Antrag soll vor dem Hintergrund der beachtlichen Leistungen sozialdemokratisch geführter Landesregierungen die Ziele benennen, an denen sich Technologiepolitik in den kommenden Jahren orientieren muß. In den letzten zehn Jahren wurden die infrastrukturellen Grundlagen gelegt. Jetzt gilt es, wie der Minister zu sagen pflegt, einen Paradigmawechsel herbeizuführen. Wir benötigen keine weiteren Institutionen. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Vielmehr müssen die vorhandenen Einrichtungen und Instrumente effektiviert, an den Bedarfen des Marktes noch besser orientiert und einer strikten ökonomischen Erfolgskontrolle unterzogen werden.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sehr richtig!)

Dabei gelten die Zieldefinitionen für **Politik, Hochschule und Unternehmen** gleichermaßen. Wirksamer Technologietransfer ist nur im **Verbund** leistbar. Diese Erkenntnis impliziert zwingend, daß die vorhandenen Technologietransfereinrichtungen, die Hochschulen, Unternehmen und deren Verbände und Kammern mehr noch als bisher miteinander kooperieren und zusammengeführt werden. Wirtschaftsnaher und damit arbeitsplatzrelevanter Technologietransfer funktioniert nur, wenn ein permanenter Austausch der Beteiligten stattfindet und die Interessen miteinander verknüpft werden. Das zeigt sich ganz deutlich am Erfolg der Forschungs- und Entwicklungszentrum Fachhochschule Kiel GmbH, der ersten gemeinsamen Gesellschaft von Hochschule, Wirtschaft und den Transfereinrichtungen des Landes. Einen ähnlichen Ansatz bietet das BioMed-Nord-GmbH-Konzept, ein unternehmensorientierter Ansatz, durch den Forschungsergebnisse aus dem wissenschaftlichen Bereich aufgenommen, hinsichtlich ihres Marktpotentials und ihrer Realisierungschancen bewertet und produktorientiert zum Stadium der Marktreife geführt werden, um dann mit einer passenden Markteinführungsstrategie etabliert zu werden.

Folgerichtig muß auch die stärkere Vernetzung und Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft mit Technologiestiftung und Technologietransferzentrale geprüft und vorangebracht werden, etwa die Beteiligung der ttz an Gesellschaften zusammen mit technologieorientierten Unternehmen. Weitere Gesellschaften im Muster der Forschungs- und Entwicklungszentrum Fachhochschule Kiel GmbH müssen unbedingt folgen.

Der verstärkten Anforderung einer **Bedarfsorientierung** muß auch das Beratungsangebot der ttz unterliegen. Die ttz sollte ihre bisher gemeinnützige Orientierung durchaus zugunsten eines kostenpflichtigen Dienstleistungsangebotes verändern.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Zu welchen Preisen?)

- Zu Marktpreisen, Frau Kollegin.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Staatliche Subvention und Marktpreise?)

Nicht nur aus Kostengründen muß ein weiterer Gesichtspunkt genannt werden. Nur dort, wo Schwerpunkte gesetzt werden, kann wirklich **Kompetenz** entstehen. Nur dort, wo Kompetenz ist, entsteht **Nachfrage**. Darum plädieren wir nachhaltig für den Ausbau unserer Technologiezentren im Lande als Kompetenzzentren. Man kann und sollte nicht überall alles zu machen versuchen. Regionale und personelle Besonderheiten sollten die Richtpunkte für die Schwerpunktsetzung bilden.

Bedarfsorientierung und Effektivität bedürfen einer kontinuierlichen **Evaluierung**. Dieser Forderung der SPD-Fraktion ist der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein sozusagen in vorauseilemdem Gehorsam bereits nachgekommen. Der Antrag ist ihm ja seit einem Jahr bekannt. Minister Steinbrück hat es bereits erwähnt: Er hat vor kurzem eine Evaluationsstudie zum Technologietransfersystem in Schleswig-Holstein an die inno GmbH vergeben, deren Ergebnisse wir im Sommer erwarten.

Lassen Sie mich bei aller Freude und Genugtuung über das bisher Geleistete einige wenige konstruktiv-kritische Adressen formulieren. In unserer hochkomplexen Welt kann sich in der Champions League dauerhaft nur behaupten, wer die Chancen neuer Technologien erkennt und auch nutzt. Ich wünsche mir sehr oft neugierigere Unternehmer und

Manager, die sich intensiver um neue Technologien bemühen, flexibler und mutiger reagieren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Unsere **Hochschulen** müssen begreifen, daß sie sich nicht in einem Wissenschaftsturm befinden, in dem **Grundlagenforschung** das einzige Ziel ist, und der Erfolg sich vornehmlich an der Festschrift oder dem Aufsatz in namhaften Publikationen mißt. Wissenschaft ist nicht nur Selbstzweck. Auch sie hat dem Menschen zu dienen. Technologietransfer ist eine der geeigneten Möglichkeiten, Geld zu verdienen und so neue Freiräume für Forschung und Lehre zu gewinnen. Um mehr gesunden Wettbewerb in den Universitäten und Hochschulen zu fördern, plädiere ich für mehr Zeit- und Honorarprofessuren.

(Beifall bei der SPD)

Die beiden letzten Appelle richten sich an uns selbst, und zwar an alle Fraktionen dieses Hauses. Umfang und Art der Technologiedebatten in diesem Hause beeinflussen die Atmosphäre, sozusagen den mentalen Nährboden der technologischen Entwicklung unseres Landes. Das ist die erste Technologiedebatte auf Antrag der SPD-Fraktion im Landtag - 30 Minuten für die intensive Auseinandersetzung mit dem Zukunftsfeld für Arbeitsmarkt und Prosperität! Ich wünsche mir soviel Zeit für dieses lebenswichtige Thema unserer Gesellschaft, wie wir sie in den vergangenen Monaten den Rabenvögeln und den Kormoranen gewidmet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne diese Diskussion ins Lächerliche ziehen zu wollen, muß ich aber sagen, daß unsere Zukunft nicht ornithologisch, sondern technologisch ist.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Herlich Marie Todsén [CDU]: Das steht im Koalitionsvertrag!)

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Auch Technologiepolitik ist nicht ohne ausreichende Haushaltsmittel zu realisieren, Frau Fröhlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wohl wahr!)

Die Regierung kann nur so viel in unsere Zukunft investieren, wie wir, das Parlament, ihr zur Verfügung stellen. In Zeiten wie diesen, in denen wir nicht 4, nicht 5, nicht 6, sondern 7 Millionen Arbeitslose in Deutschland haben - es ist geradezu zynisch, die 2 Millionen Menschen, die zwar in der Arbeitslosenstatistik nicht geführt werden, die aber von der Sozialhilfe leben und das letzte Glied in der Leidenskette unserer Arbeitsmarktsituation sind, stets zu verschweigen-, müssen **Prioritäten** gesetzt werden. **Investitionen**, die geeignet sind oder auch nur geeignet sein könnten, zukünftig Arbeitsplätze zu generieren, müssen unbedingt Vorrang haben.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Angelika Volquartz [CDU]: Das ist in Ordnung!)

Vor dem Hintergrund unserer fatalen finanzpolitischen Situation in Deutschland muß jede Mark - wenn wir sie denn tatsächlich und nicht nur virtuell haben - fünfmal umgedreht werden. Bis zu diesem Punkt stimmen Sie mir sicherlich alle zu. Es darf nicht bei einem Lippenbekenntnis bleiben. Wir müssen unsere Entscheidungen auf diese Anforderungen hin überprüfen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Dazu gehören auch Fragen der **Haushaltsbalance**. Aus allen Fraktionen dieses Hauses werden einige von Ihnen das nicht gern hören. Wir investieren, legt man die Entwürfe 1998 zugrunde, 26 Millionen DM in den Radwegeausbau des Landes, aber nur 17 Millionen DM in die Technologieförderung.

(Angelika Volquartz [CDU]: So ist es!)

Ich halte den Radwegeausbau im Lande durchaus für bedeutsam - nicht, daß ich da falsch verstanden werde. Das ist kein Problem, das nur selbstkritisch die Koalitionsfraktionen angeht. Dabei denke ich an die regelmäßigen Vorstellungen der Kollegin Hars von der CDU im Wirtschaftsausschuß, die Protokollgeschichte geschrieben haben. Das offenbar wichtigste und einzige Thema in ihrem Wahlkreis ist der Radwegeausbau, der uns jede Wirtschaftsausschußsitzung wieder neu beschäftigt. Ich rede nicht gegen den Radwegeausbau, aber dieses Thema ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, daß wir die Haushaltsbalance im Auge behalten müssen. Es gibt auch andere Beispiele.

Die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt und der Haushalte zwingt uns zum Umdenken. Lassen Sie uns nicht nur von Zukunft reden, lassen Sie uns Zukunft gestalten und der Technologiepolitik weiterhin - auch haushaltspolitisch - den Stellenwert geben, der ihr gebührt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine erste Bemerkung geht heute an die Techniker. Ich bitte darum, die Anlage möglichst weit herunterzudrehen; am liebsten wäre es mir, wenn die Saallautsprecher ganz ausgestellt würden. Ich möchte mir nicht immer anhören müssen, daß ich meine Kollegen quäle. Ich habe nun einmal so eine Stimme.

Meine zweite Bemerkung geht an die Redaktionsstuben im dritten Stock des Landeshauses und im Karolinenweg. Ich weiß, daß es sehr viel schwieriger ist, Ihren Lesern Technologie- und Wirtschaftsförderung zu erklären, als Themen wie Hitzefrei, Rabenvögel oder die Reiterstaffel darzulegen. Wir reden aber heute nun einmal über die zentralen Themen unseres Landes. Zum ersten Mal ist ein Wirtschaftsthema zur gesetzten Zeit, am Donnerstagmorgen, aufgerufen worden. Das finde ich gut. Ich würde mich freuen, wenn im Lande deutlich wird, daß wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben in Schleswig-Holstein eine relativ glückliche Situation. Wir haben keine Lobby von großen Firmen in der Lobby des Landtages sitzen, die den Abgeordneten beibringt, wohin die **Wirtschaftsförderung** zu fließen hat. Schleswig-Holstein hat erstens wenig Geld und zweitens nur wenig große Firmen. Deshalb gibt es in den Reihen dieses Landtages auch nur wenig Zweifel, wo die Zukunft liegt, nämlich in den **kleineren und mittleren Betrieben**, neudeutsch als KMUs bezeichnet.

Ich halte den Schwenk, den die Wirtschaftspolitik dieses Landes seit Ende der achtziger, Anfang der

neunziger Jahre gemacht hat, nämlich weg von dem Versuch, Großunternehmen nach Schleswig-Holstein zu locken, hin zur Förderung der eigenständigen kleinen Betriebe im eigenen Land, für richtig. Ich glaube, daß das ein richtiger Schwenk war und daß er erfolgreich war.

Das Netz von zehn **Technologie- und Innovationszentren** im Lande mit 223 neuen Betrieben - weitere 134 wurden schon ausgesiedelt - ist ein erfolgreiches Modell und hat eine Brutkastenfunktion für neue Betriebe und Technologietransfer. Auch das Netz von **Technologieberatungsstellen**, von der ttz über die IHK bis zu den vielen kleinen privaten Firmen in diesem Bereich, vielerlei Formen von Existenzgründungsberatungen, zum Beispiel die Bereitstellung von Krediten, stille Beteiligung und Bürgschaften über Investitionsbanken, Mittelstandsbeteiligungsgesellschaft und Bürgschaftsbank sowie eine sich langsam entwickelnde Kooperation zwischen Hochschule und Wirtschaft, wird von allen an ihm Beteiligten als sehr sinnvoll und effizient angesehen. Ich denke, man kann mit gutem Gewissen von einem Netz sprechen.

Fragt man aber die Existenzgründer selbst - leider sind es ausschließlich Männer - und die kleinen Betriebe, die nicht in das Netz eingebunden sind, so empfinden viele diese Situation erheblich anders. Das muß man leider feststellen. Sie erleben, sozusagen von außen, daß die Angebote oft nicht ein Netz, sondern ein unübersichtliches Wirrwarr von Maschen darstellen, an deren Knotenstellen willige Menschen sitzen, die aber für die Hektik eines angehenden selbständigen Erfinders oder Gründers, für sein chaotisches Improvisationsvermögen, für seine betriebswirtschaftliche Ignoranz häufig kein Verständnis haben und dies als störend und nervig empfinden - alles nach dem Motto: Verrückten kann man doch keine Kredite geben. - Bill Gates und unser Kieler Ingenieur Hell waren solche Verrückten. Man kann es auch anders formulieren: Vielleicht schaffen es nur Verrückte, eine Firma aufzubauen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der uns sehr am Herzen liegt, nämlich die **Wirtschaftsdatenbank** für Schleswig-Holstein. Ich glaube, es findet häufig viel zu wenig Information untereinander statt. Darauf ist Herr Steinbrück auch schon eingegangen. Wenn in einem Konversionsworkshop, organisiert von Professor

Potthoff, herauskommt, daß die Firma SABROE Druckluft aus Flensburg bei ihrem Konversionsprojekt nach einem Kooperationspartner sucht, der ihr hilft, Schweißarbeiten mit Aluminium durchzuführen, und sich dann aber nur durch Zufall herausstellt, daß eine Firma direkt nebenan, nämlich die Flensburger Fahrzeugbaugesellschaft, genau dieses Know-how hat, dann macht das deutlich, daß ein Informationsdefizit existiert. Dies trifft gerade für Leute zu, die nicht im Zentrum Hamburgs, sondern weiter entfernt von den Zentren einen Betrieb gründen wollen. Sie wissen nicht, welche qualifizierten Arbeitsplätze, welche möglichen Kooperationspartner, welche möglichen Kundenbetriebe, welche möglichen Zulieferer und so weiter es dort gibt. Dieser Punkt ist ausgesprochen wichtig, auf ihn bin ich auch immer wieder hingewiesen worden. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum die Firmen häufig nicht in die Peripherie, sondern immer nach Hamburg oder ins Umland von Hamburg gehen. Dort sind sie sicher, daß sie das benötigte Netz vorfinden. Deswegen sind Informationen über diese Dinge von entscheidender Bedeutung.

Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen, weil die Richtung stimmt. Wir glauben, daß man bei der jetzigen Situation nicht stehenbleiben kann. Wir wollen deshalb eine **Evaluierung** der bisherigen Technologieförderungsprogramme im Lande, wir wollen eine Analyse der möglichen Hindernisse für die Nutzung von Transfereinrichtungen, und wir wollen eine **Analyse der Verbesserungsmöglichkeiten**.

Eine ganz wesentliche Bedeutung für den Technologietransfer hat das Verhältnis der **Universitäten und Fachhochschulen zur Wirtschaft** im Lande. Es ist nicht einzusehen, daß das Land eine halbe Milliarde DM jährlich für Hochschulen ausgibt, die von ihrer Struktur her Professoren bestrafen, die sich für gute Lehrveranstaltungen und praktische Anwendungen engagieren. Ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen, die ich im Zusammenhang mit der Vergabe von Diplomarbeiten im Betrieb und im Rahmen der Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Universitäten gewonnen habe. Diese waren häufig genug erschreckend, was die Bereitschaft der Hochschulen betrifft, echte Praxisprobleme in die wissenschaftliche Forschung mit einzubeziehen und sich an der Entwicklung konkreter Produkte für den Markt zu beteiligen.

Während in den USA die Ursprünge für fast alle bedeutenden Softwareprodukte in den Hochschulen liegen, kommt es in Deutschland kaum vor, daß Forschungen der Uni in Produkte umgesetzt werden.

Dies ist darauf zurückzuführen, daß dies für das Renommee der Wissenschaftler und auch für das Renommee der Universitäten in Deutschland keine Rolle spielt. Das ist meiner Ansicht nach der entscheidende Punkt. Bemerkenswert ist, daß der Kieler Fachhochschule mit ihrer Forschungs- und Entwicklungszentrum GmbH ein Ansatz gelungen ist. Ich meine, das ist ein Modell, das weiter ausgebaut werden muß.

Es gibt viele Punkte, auf die ich gern noch eingehen würde. Angesichts der begrenzten Redezeit möchte ich zum Schluß nur noch auf ein Thema eingehen, das schon angesprochen worden ist, das ich aus unserer Sicht aber noch einmal beleuchten möchte. Das ist das Problem Vollzugs- und **Bürokratiekosten** in der Wirtschaftspolitik, eines der Lieblingsthemen der Opposition.

Berechtigterweise gibt es eine breite Diskussion darüber, was durch staatliche Anforderungen - nicht zuletzt auch beim Umweltschutz - sowohl für die staatlichen Kassen als auch für die Betriebe für Kosten verursacht werden. Angesichts dessen haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein vorgenommen, auch in diesem Bereich mit gutem Beispiel voranzugehen und beispielhafte Konzepte umzusetzen. So sollen Betriebe, die sich dem **Öko-Audit** unterziehen, nur noch reduzierten Emissionsüberwachungen unterliegen, da mit der Zertifizierung und dem Aufbau eines betrieblichen Umweltmanagementsystem die Einhaltung von Grenzwerten unterstellt wird. Betriebe, die sich im Abwasser- und Wasserbereich engagieren, sollen durch Entlastungen wirtschaftliche Vorteile erhalten. Denkbar ist, daß eine Substitution von Überwachungspflichten und Kontrollen auch in anderen Umweltbereichen eingeführt wird. Zur Zeit läuft eine Reihe von Bestrebungen. Gerade im Bereich des Handwerks, bei den Bäckern, sind die ersten Maßnahmen schon umgesetzt worden.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat nicht umsonst den schleswig-holsteinischen Umweltminister in seinem Engagement, Umweltpolitik mit einer konkreten Wirtschaftspolitik zu verbinden und eine moderne Form der Umweltpolitik voranzutreiben, als vorbildlich gelobt. Ich denke, das sollte auch hier zur Kenntnis genommen werden.

Bisher sind es noch relativ wenige Betriebe, die Öko-Audits machen. Aber dies lohnt sich auch im Hinblick auf die Fertigungsabläufe, was Energiekosten, Entsorgungskosten und Bürokratiekosten betrifft. Es gibt eine Reihe von Betrieben, die damit begonnen

haben. Dabei handelt es sich - wie sollte es in diesem Land anders sein? - überwiegend um kleine und mittlere Betriebe. Manche Betriebe tauchen eventuell nicht in der Statistik auf, weil für die Zertifizierung keine Fördermittel in Anspruch genommen werden, sondern weil diese im Rahmen der Zertifizierung nach den Qualitätsstandards ISO 9000 gleich mitgemacht wird.

Weniger Bürokratie, mehr marktwirtschaftliche Elemente, Reduzierung von ineffizienten Überwachungen, dafür aber effizienzfördernde Anreize und natürlich eine strikte Verfolgung von Verstößen - das sind die Elemente einer modernen, technologieorientierten Umweltpolitik, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich in diesem Land eine blühende, nachhaltige Wirtschaft entwickeln kann.

Wie sehr aber auch **Technologiekritik** erforderlich ist - wir machen sie gerade in Form der Enquetekommission „Gentechnologie“, die zur Zeit läuft -, zeigt der Weg des ehemaligen Ostblocks, der die kreative Kraft der Technologiekritik ausgeschaltet hatte. Gut gefällt mir das Zitat von Christine von Weizsäcker: Technologiekritik ist die wirksamste Form der Qualitätskontrolle. - Ergo: Nicht Milliarden für die Vernichtung von Müll, die Klärung von Wasser und die Filterung von Abgasen sind das eigentliche Ziel einer effizienten Umweltpolitik, sondern dies ist eine Wirtschaft, die Ressourcen - Wasser und Energie - spart, wenig Müll produziert, wenig Schadstoffe emittiert, gut durch ÖPNV und Schiene angebunden ist und architektonisch gut in eine gesunde Landschaft paßt. Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik gehören zusammen. Moderne umweltfreundliche Zukunftstechnologien - das ist unser Ziel. Das verstehen wir unter einer Ökoregion Schleswig-Holstein. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 26. Juni 1996 empörte sich die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: Miesmacher wieder unterwegs! - Lassen Sie mich

heute angesichts solcher Schlagzeilen, mit denen man glaubt, wirtschaftspolitischen Themen gerecht zu werden, einmal eine Geschichte erzählen, eine wahre Begebenheit von gut und böse, schwarz und weiß in der Politik; Ähnlichkeiten mit den Akteuren sind beabsichtigt.

Bis zum Jahr Null, das nach sozialdemokratischer Zeitrechnung 1988 anbrach, war Schleswig-Holstein ganz offensichtlich ein von Autarkie geprägter Jäger- und Sammlerstaat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist was dran!)

Seine Menschen hüllten sich in Felle, ernährten sich von Beeren und Wurzeln. Wollten sie einmal miteinander kommunizieren, trommelten sie. Auch konnten sich die Bewohner nur selten besuchen; denn die wenigen holperigen Lehmpfade waren im Winter meist unpassierbar. Im Sommer lauerten nur allzuoft garstige Männer im Dickicht.

Doch dann begab es sich am 31. des Wonnemonats Mai 1988, daß den Bewohnern des Landes zwischen den Meeren mit einem Mal alles Glück dieser Erde zuteil wurde.

(Beifall bei der SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Da brachen paradiesische Zeiten an!)

Die Bewohner, die fortan politisch korrekt Bewohnerinnen und Bewohner genannt werden mußten, pflasterten und asphaltierten Straßen und Wege, errichteten Häuser und gründeten kleinere und mittlere Betriebe, stolze 580, von 1988 an gerechnet, wie Frau Rodust zu berichten weiß.

Nun kann die erfolgreichste Regierung nicht in Frieden wursteln, wenn es der bösen Opposition nicht gefällt. Immer wieder nörgeln und meckern Vertreter der Opposition herum und stellen die Erfolge der Landesregierung in Frage. „Das Land ist viel besser als sein Ruf!“, trotz die SPD den vermeintlichen Miesmachern immer wieder entgegen. Das hat die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU nicht davon abgehalten, einmal genauer nach den Erfolgen der Landesregierung zu fragen. Warum auch? Immerhin traut selbst die SPD-Bundestagsabgeordnete Cornelia Sonntag-Wolgast dem ganzen Friede-Freude-Vorreiter-Gejubele ihrer Genossinnen und Genossen in Kiel nicht so ganz. Warum sonst verlangte sie zusammen mit 37 weiteren Bundestagsabgeordneten der SPD detaillierte

Auskunft - wohlgemerkt: von der Bundesregierung - über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Schleswig-Holsteins?

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört! - Holger Astrup [SPD]: Logisch! Von wem denn sonst?)

Frau Sonntag-Wolgast kommt am Ende des „Sozialdemokratischen Informationsbriefs“ 351/96 erst so richtig in Fahrt. Warum in der Wirtschaftsstatistik zwar Kopfkohl und Schweine erfaßt würden, nicht aber die Zahl technologisch orientierter Existenzgründungen, begehrte die neugierige Abgeordnete zu wissen. Dies, liebe Frau Schmitz-Hübsch, hätte Ihnen nun wirklich zu denken geben müssen. Immerhin hat unsere Ministerpräsidentin letztes Jahr höchstpersönlich eine Simonis-Offensive angekündigt. Gleich mit einem ganzen Bündel von Offensiven will die Landesregierung die ökonomische, ökologische und soziale Qualität des Landes verbessern.

Neun Monate unterlagen die Ergebnisse dieser rot-grünen Offensiven strengster Geheimhaltung, bis dann endlich Herr Hentschel am 9. Juni 1997 stolz die ersten Erfolge in Gestalt zweier Existenzgründerinnen präsentieren durfte. Fürwahr, ein Durchbruch! Endlich weg von geschlechtsneutralen Offensiven hin zur weiblichen ökologischen Qualitätsverbesserung des Landes.

Die CDU vergißt zu fragen, ob und - wenn ja - welche frauenspezifischen Belange zum Beispiel beim Firmenzusammenbruch von Beth in Lübeck, bei der Schließung von Sügro in Prisdorf oder beim Stellenabbau bei Ortopedia in Kappeln und Kiel berücksichtigt worden sind.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Alles bestens im Norden.

Während die Schreckensmeldungen aus der Bauindustrie nicht abreißen, vereinbarten die Koalitionspartner in Kiel, öffentliche Aufträge künftig nur noch an Betriebe zu vergeben, die konsequent gleichstellen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Sehr schön!)

Ein landesweites Netzwerk koordinierter Gleichstellungsbeauftragter wacht streng über die

Einhaltung dieser Koalitionsvereinbarung. Nach der Antwort auf die Unionsanfrage wissen wir nun, daß es sich gerade bei Bauunternehmen zumeist um mittelständische Unternehmen handelt.

Es ist erst ein halbes Jahr her, daß die Ministerpräsidentin heftig Schelte für ihre Standortpolitik einstecken mußte. Und Wirtschaftsverbände wollten kein Verständnis dafür zeigen, daß Frau Simonis in unverantwortlicher und nicht nachvollziehbarer Weise gegen Zukunftsprojekte opponiert. Da waren sie wieder, die Miesmacher und die Ewiggestrigen, die unachtsam das zarte Pflänzchen Fortschritt zertrampeln.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn nun?)

Die dunkle Seite der Macht, die bis 1988 das Land beherrschte, läßt heute keine Gelegenheit aus, der Regentin Heide das Leben schwerzumachen. Von solchen Angriffen unberührt, bereiste die Regentin diesen Sommer ihr Land und stieß immer wieder verzückt aus: Ländliche Räume, ländliche Räume!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was sie damit sagen wollte, war selbst Ignoranten der Opposition klar. Die jahrzehntelang sträflich vernachlässigten sogenannten strukturschwachen Gegenden blühen nach neun Jahren sozialdemokratischer Herrschaft richtig auf.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Neue Unternehmen siedelten sich in den Westküstenkreisen an - es waren ganze zwei im letzten Jahr -, schafften neue Arbeitsplätze - das waren immerhin schon vier -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fünf! - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

und sollen die erfolgreiche Mittelstandspolitik belegen. Da will natürlich auch die Opposition nicht ins Hintertreffen geraten. Es waren die vier Abgeordneten der F.D.P.,

(Holger Astrup [SPD]: Auch vier!)

die letztes Jahr dachten, nun sei es an der Zeit, prüfen zu lassen, wie sehr der Staat die Unternehmen zu

bürokratischen Aufgaben heranzieht, Aufgaben, die sie von ihrer eigentlichen Aufgabe, Gewinne zu erzielen und zu investieren, nur abhalten. „Nicht mit uns“, grollte es abweisend von der bequemen Regierungsbank. „Viel zu teuer“, befand auch die Unionsvertreterin kopfschüttelnd und sprang der SPD zur Seite.

So in die Schranken gewiesen, verließ die liberale Rednerin enttäuscht das Pult, immer noch überzeugt von der Richtigkeit ihres Antrages - quasi eine Unverbesserliche, die sich nicht wie ihre Unionskollegin um die Finanzen des Landes scherte.

Doch schon bald wurde deutlich, welche Bewandnis es mit dem Kostenargument auf sich hatte. Dieselbe besorgte Vertreterin der Union wollte nur wenig später detailliert Auskunft über die **Situation der kleinen und mittleren Unternehmen** in Schleswig-Holstein haben.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Die fleißig zusammengetragenen Statistiken, die manchmal bis in die dunkle Frühgeschichte des Landes zurückreichen, waren schließlich nicht umsonst zu haben.

Von all dem eher unbeeindruckt blickt der Wirtschaftsminister voller Stolz auf die vielen Technologiezentren des Landes. Was denn dabei herauskomme, will die Opposition schon seit zwei Jahren wissen, welchen Nutzen hieraus die vielen kleinen und mittleren Unternehmen ziehen. „Viel“, gab sich der Wirtschaftsminister bisher sibyllinisch. Triumphierend verkündet auch die Regentin immer wieder: „Bei den Technologiezentren sind wir Spitze“, und vergißt dabei leider zu erwähnen, daß das Land bei der Zahl der Patentanmeldungen trauriges Schlußlicht ist.

Mit der Zeit allerdings wurde der Wirtschaftsminister aufgrund der immer wiederkehrenden Frage nach dem Nutzen der Technologiezentren mißtrauisch. Er setzte kluge Frauen und Männer ein, die er Technologie-Brooker nannte. Sie sollen dafür sorgen, daß das technologische Wissen schneller und effizienter übermittelt und genutzt werden kann, insbesondere von den kleinen und mittleren Unternehmen im Lande. Denn - so befand der Wirtschaftsminister zu Recht - die Umsetzung von der Idee bis hin zum absatzreifen Produkt dauere noch viel zu lange.

Das aber war der SPD-Fraktion noch nicht genug. Schon im Februar brachte sie einen Antrag zum

Technologietransfer in Schleswig-Holstein ein, räumte sie damit doch ein, daß jedenfalls bislang bei der Technologiepolitik eben nicht alles Spitze gewesen ist.

Hier endet meine Geschichte in der Hoffnung, einmal ein wenig Nachdenklichkeit in die Schwarzweißmalerei der wirtschaftspolitischen Debatte in diesem Haus gestreut zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Müller, der SPD-Antrag findet selbstverständlich unsere volle Unterstützung. Er begnügt sich nämlich nicht mit der Feststellung, daß Schleswig-Holstein über die meisten Technologiezentren verfüge; er stellt eine geeignete Grundlage dar, die unbestritten vorhandene **technologische Infrastruktur** in Zukunft effizient und marktorientiert nutzbar zu machen. Sie haben unsere Unterstützung.

(Beifall im ganzen Haus - Holger Astrup [SPD]: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe jetzt wirklich einen schwierigen Stand.

(Heiterkeit)

Zunächst möchte ich der Kollegin Aschmoneit-Lücke zu ihrer Rede gratulieren. Ich fand es schön, hier einmal eine Geschichte zu hören. Wir hören in diesem Parlament viel zu wenig Geschichten.

(Holger Astrup [SPD]: Aber viele Märchen! - Weitere Zurufe)

- Geschichten und Märchen, die zum Nachdenken anregen - auch ich mache das gern. Ich finde das - wie gesagt - gut, weil dann auch weniger Zwischenrufe kommen, man überlegt sich, was Sie sagen, es kommt zu einer guten Diskussion. Schön gemacht, vielen Dank dafür!

Meine Ausführungen beziehen sich allerdings konkreter auf die Antwort auf die Große Anfrage und den SPD-Antrag. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, das Thema in den Ausschüssen breiter zu debattieren.

Die **Situation der kleinen und mittleren Unternehmen** ist für die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins und für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung. Das ist heute schon ein paarmal gesagt worden. Das wird klar, wenn man bedenkt, daß fast 99 % aller Betriebe in Schleswig-Holstein als kleine oder mittlere Betriebe gelten und über 80 % der Beschäftigten in diesen Unternehmen arbeiten. Insofern begrüßt der SSW ausdrücklich die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion, die wir heute zusammen mit dem Bericht der Technologiestiftung und dem SPD-Antrag zum Technologietransfer behandeln. Ich werde in meinem Redebeitrag auf einige wichtige Aspekte eingehen und - wo möglich - den SPD-Antrag und den vorliegenden Bericht der Technologiestiftung einbeziehen.

Die Antworten der Landesregierung auf die CDU-Anfrage gibt dem Landtag Gelegenheit, eine **Bestandsaufnahme** vorzunehmen und zu diskutieren, ob und wie wir die Situation der mittelständischen Wirtschaft im Lande verbessern können und welche **Entwicklungsmöglichkeiten** sich in Zukunft aufzeigen. Bedauerlich, aber teilweise doch voraussehbar war, daß es zu den vielen detaillierten Fragen der CDU-Fraktion nicht immer aktuelles statistisches Material gibt; in manchen Fällen war überhaupt keine Statistik verfügbar. Trotzdem gibt die Antwort auf die CDU-Anfrage einen guten Überblick über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen.

Die **Definition** von kleinen und mittleren Unternehmen, die von der Landesregierung benutzt wird, nämlich die Obergrenze von 499 Beschäftigten und 100 Millionen DM Jahresumsatz, ist natürlich sehr breit gefaßt. Die EU-Kommission setzt die Obergrenze weiter unten an. In unserem Nachbarland würden viele dieser Betriebe schon als Großunternehmen gelten. Obwohl sehr verschiedene Unternehmensgrößen und Organisationsformen sowie Branchen vertreten sind, kann man davon ausgehen, daß sich diese Unternehmen weitgehend von den großen Konzernen unterscheiden. Denn Dynamik, Wachstum und vor allem Arbeitsplätze können wir in der Zukunft eher von den kleineren und mittleren Unternehmen erwarten als von den großen Konzernen. Das belegt der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in diesen Unternehmen, die von 1970 bis 1987 um fast 14 % gewachsen sind, während die Zahl der Beschäftigten in größeren Unternehmen um 16 % gefallen ist. Das größte Wachstum hatten Betriebe mit unter 49 Beschäftigten zu verzeichnen.

Diese Entwicklung hat sich seitdem sogar verstärkt fortgesetzt. Die großen Industriebetriebe rationalisieren, während kleine, flexible, oft sehr technologieintensive Betriebe neue Arbeitsplätze schaffen können.

Es ist wirklich bedauerlich, daß neben der Stadt Lübeck der Kreis Schleswig-Flensburg bis 1994 als einziger Kreis nennenswerte Verluste bei der Anzahl der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit über 20 Beschäftigten hat hinnehmen müssen. Allerdings hat er von 1970 bis 1987 Zuwächse bei der Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen zu verzeichnen.

Daß kleine und mittlere Unternehmen bei der Beschaffung von **Eigenkapital** im Verhältnis zu Großunternehmen oftmals benachteiligt sind, ist keine Neuigkeit; wir haben das schon ein paar Mal im Wirtschaftsausschuß zur Sprache gebracht. Die großen Privatbanken setzen lieber auf die Konzerne. Der SSW unterstützt deshalb die Bestrebungen der Landesregierung, durch vielfältige Aktivitäten beispielsweise der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft oder der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein die Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen am Kapitalmarkt zumindest teilweise zu kompensieren. Auch die verstärkte Förderung von Existenzgründungen von Frauen durch die Investitionsbank ist eine lobenswerte Initiative.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftschancen vieler Unternehmen ist das Zusammenspiel von Forschung, Technologieentwicklung und Wirtschaft, also konkret der **Technologietransfer**. Um neue Märkte zu erschließen oder sich auf alten zu behaupten, müssen auch die kleineren Betriebe technologisch immer höherwertige Produkte herstellen. Deshalb kommt der Vermittlung von neuem Wissen in allen Bereichen eine große Bedeutung zu. Durch die Gründung vieler **Technologie- und Gewerbezentren** und ähnliche Initiativen hat die Landesregierung eine vernünftige Grundlage zur Weiterentwicklung in diesem Bereich geschaffen.

Bei einem Investitionsvolumen von über 100 Millionen DM erscheint aber die bisherige Bilanz der angesiedelten Unternehmen und der neugeschaffenen Arbeitsplätze nicht überwältigend, und das trotz einer Auslastung der Zentren von über 90 %. Das muß ein Ansatz für den Technologietransfer und die Weiterentwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen sein. Auch deshalb ist die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft hier im Lande vielfach noch verbesserungsbedürftig.

Wir können daher natürlich dem Antrag der SPD zum Technologietransfer zustimmen. Insbesondere sind Modelle der direkten Kooperation zwischen Wissenschaft und Hochschule auf der einen Seite und der Wirtschaft auf der anderen Seite zu überdenken.

Nördlich der Grenze hat man beispielsweise sehr gute Erfahrungen mit sogenannten **Forschungsparks** gemacht, die oftmals von den Hochschulen und Wirtschaftsverbänden gemeinsam gegründet worden sind. Diese Forschungsparks sind meistens unmittelbar räumlich auf dem Hochschulgelände angesiedelt. Die Unternehmen können daher sowohl qualifizierte Arbeitskräfte rekrutieren als auch mit den Wissenschaftlern der Universität zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte erarbeiten. Es siedeln sich in den Forschungsparks vornehmlich kleinere Unternehmen an, die aber technologisch gesehen sehr hochwertige Produkte herstellen. Insgesamt gibt es gut ein Dutzend solcher Parks, verteilt im ganzen Lande. Sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Anzahl der Arbeitsplätze in den Parks wächst stetig. Ich meine, daß wir diese Idee im Ausschuß noch einmal aufgreifen sollten.

Noch ein Punkt sollte angesprochen werden, nämlich die gerade vom Mittelstand immer wieder zu hörende Klage über die zu hohen **Arbeitskosten**, sprich Lohnnebenkosten, die zu hohen Steuer- und Abgabenbelastungen und die Behinderung der Unternehmen durch eine große Anzahl von Verordnungen und Erlassen. Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, daß die Hauptverantwortung für diese zum Teil berechnete Kritik der Unternehmen in Bonn liegt; denn die jetzige Bonner Koalition trägt die Verantwortung dafür, daß die Lohnnebenkosten enorm in die Höhe getrieben worden sind. Auf die Ursachen will ich heute nicht eingehen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung auch einen Großteil der Verantwortung für das immer komplizierter werdende Steuer- und Sozialrecht sowie die Zunahme der Verordnungen und Erlasse zu tragen.

Wir müssen aber auch Selbstkritik äußern; das will ich deutlich hervorheben. Das Problem mit den Genehmigungen hat ja der Herr Minister vorhin schon angesprochen. Es ist wirklich nicht einsehbar, warum gerade die mittleren Unternehmen unter den von außen vorgegebenen **Verwaltungsmaßnahmen** am meisten leiden und die größte finanzielle Belastung tragen müssen. Übrigens trägt das System der Zwangsmitgliedschaft in der IHK auch nicht zu einer Erleichterung der Belastung vieler Betriebe, insbesondere der kleinen Betriebe, bei. Ich nehme an,

daß der Kollege Plüschau darauf noch eingehen wird. Bei der von der Landesregierung geschaffenen **Abgabenbelastung** durch die Landesabwasserabgabe oder die Abfallabgabe darf man nicht vergessen - Sie wissen, daß wir dazu stehen -, daß die Unternehmen die Belastungen reduzieren können, wenn sie durch gezielte Investitionen den Verbrauch reduzieren. Gerade diese Umweltsteuern können einen positiven Effekt für die Betriebe haben, weil sie dadurch zu einem effektiveren Wirtschaften gezwungen werden. Ich meine, das ist gut so.

Insgesamt enthält die Antwort der Landesregierung noch viele andere interessante Aspekte, beispielsweise zur Aus- und Weiterbildung in den Betrieben oder zur Verwendung der Landeszuschüsse. Leider habe ich keine Zeit mehr, um jetzt noch darauf einzugehen.

Die **Technologiepolitik** - so ist gesagt worden - ist ein wesentliches Thema. Das haben wir erkannt. Aber viel weiter sind wir als Parlament noch nicht gekommen. Bei aller Begeisterung für das Thema, die auch heute in der Debatte mitgeklungen ist, lautet aus meiner Sicht und aus gesamtgesellschaftlicher Sicht die entscheidende Frage: Was ist für wen mit welchem Nutzen?

Darum möchte ich wiederholen, daß ich der Ausschußberatung mit Interesse entgehe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Plüschau.

Helmut Plüschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Müller hat mir von den berühmten 15 Minuten, die wir zur Verfügung haben, schon zwölf Minuten weggenommen. Deshalb will ich mir und Ihnen das Ritual ersparen, das wir hier vor fast leeren Bänken immer abhalten - diesmal vor fast leeren Bänken auf der rechten Seite.

(Zurufe)

- Auf der linken Seite ist es heute gut. - Ich werde mein Redemanuskript zur Seite legen und einfach die verbleibenden 180 Sekunden nutzen.

(Zuruf von der SPD: Jetzt nur noch 160!)

Die Redeeinsprengsel, die der Minister und der Kollege Müller mir schon weggenommen haben,

(Heiterkeit)

haben mein Manuskript sowieso überflüssig gemacht.

Dadurch erspare ich es mir auch, Frau Schmitz-Hübsch, auf Sie besonders einzugehen. Ich verfüge nicht über die Schnellsprechtechnik, wie Sie sie als Gottesgabe haben. Sonst hätte ich Ihnen auch einiges sagen müssen, was Ihnen nicht gefallen hätte. Deshalb werden die nächsten Zeiten zwischen uns sicherlich viel angenehmer sein.

Trotzdem, Sie haben von Ahnungen gesprochen. Ich meine, in der Wirtschaft von Ahnungen zu sprechen, ist nicht ganz opportun. Es hat mich auch amüsiert, daß Sie als selbsternannte Wirtschaftspartei noch Nachhilfeunterricht darüber haben müssen, was **kleinere und mittlere Betriebe** sind. Die Landesregierung konnte das nicht, und die Wissenschaft kann das auch nicht. Aber die **EU-Kommission** in Brüssel in ihrer Regelungswut hat natürlich immer Patentrezepte, und die hat Ihnen sicherlich geholfen.

Von daher sind wir hier nicht viel weitergekommen. Eines muß man aber feststellen, Frau Aschmoneit-Lücke: Ihnen muß ich ein Kompliment machen. Sie haben zwar wenig zur Sache geredet, aber Ihr Sinn für Satire und tiefere Bedeutung hat mich schon beeindruckt und amüsiert. Das muß ich Ihnen einfach auch in der Kürze der Zeit sagen. Das war mal ganz etwas anderes und ging ab von der gestelzten Art, wie hier oft zum Thema geredet wird. Das war einen Applaus wert; auch ich habe Ihnen applaudiert.

Trotzdem, Frau Aschmoneit-Lücke, 1988 hat die Stunde Null in der Wirtschaftspolitik dieses Landes geschlagen, auch wenn Sie das in Ihrem Märchen nicht wahrhaben wollen. Vorher wurde „Wirtschaft“ von der CDU- und F.D.P.-Regierung meistens mit „Landwirtschaft“ buchstabiert. Hier ist zum ersten Mal eine strukturierte Wirtschaftspolitik auf den Weg gebracht worden. Ich muß das nicht alles wiederholen, was der Minister an positiven Dingen aufgezeigt hat und was der Kollege Müller so eindrucksvoll vorgetragen hat.

(Heiterkeit)

Wir haben wirksame Instrumente. Wir haben der CDU und der F.D.P. eines voraus: Wir haben einen anerkannten Minister. Das mag Ihnen nicht gefallen. In der Wirtschaft sind dieser Wirtschaftsminister und diese Wirtschaftspolitik hoch anerkannt und werden hoch gelobt.

(Beifall bei der SPD)

Das geschieht oft hinter vorgehaltener Hand. - Sie haben ja noch nie einen gehabt. Die CDU konnte teilweise sogar auf einen Wirtschaftsminister verzichten, weil das damals nicht opportun war.

Ich will mir nicht wieder einen Rüffel des Präsidenten zuziehen und in der mir zustehenden Redezeit bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Steinbrück hat bei uns politisches Asyl!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst zu Tagesordnungspunkt 9, der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung im Wirtschaftsausschuß abschließend zu beraten. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12, dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Technologietransfer in Schleswig-Holstein. Von der CDU ist Ausschußüberweisung beantragt worden, während die anderen Zustimmung signalisiert haben. Ich lasse zunächst über die Ausschußüberweisung des Antrags abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 31, dem Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Technologiestiftung. Da ist von allen beantragt worden, den Bericht dem Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig beschlossen worden.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, daß verabredet ist, nun den Tagesordnungspunkt 21 zu behandeln und anschließend die Tagesordnungspunkte 6, 20 und 26.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Landeswohnungsbauprogramm 1997

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/901

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/935

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Storjohann.

(Zuruf: Wo ist er denn?)

- Darf ich einmal fragen: Hat ihm keiner mitgeteilt, daß der Tagesordnungspunkt vorgezogen wird?

Frau Abgeordnete Gröpel, wenn Sie einverstanden wären, schließe ich vor, daß Sie beginnen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das geht eigentlich nicht! - Holger Astrup [SPD]: Lassen Sie den Kollegen Kubicki beginnen! - Renate Gröpel [SPD]: Herr Präsident, das ist ein bißchen schwierig, wenn ich den Kollegen Storjohann ansprechen will und er gar nicht hier ist!)

- Ich habe lediglich gefragt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich rede freiwillig! - Heiterkeit und Beifall)

- Dann erhalten Sie auch das Wort, Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus dem Bereich der **Wohnungsbauförderung** gibt es erfreuliches zu vermelden. Die Umstellung der Förderung auf vertraglich frei vereinbarte Fördergrößen greift allen Unkenrufen zum Trotz bereits in diesem Jahr in erfreulich großem Umfang. Obwohl der Bedarf nachweislich geringer wird, gelingt es weiterhin, in regionalen Problembereichen für

ausreichend Neubautätigkeit zu sorgen. Das Land wird so seiner Aufgabe gerecht, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen, und erfüllt seine Verantwortung, Wohnungsnot dauerhaft zu verhindern, durch langfristige Vorsorge.

Gleichzeitig stellt die Wohnungsbauförderung eine nicht zu unterschätzende **Konjunkturförderung im Baubereich** dar. Dennoch werden uns erneut immer wieder Problemfelder aufgezeigt, in denen auch finanziell ausgesprochen reizvolle Förderungen nicht für genügend Bautätigkeit sorgen. Nach wie vor fehlt es an bezahlbarem Wohnraum für Geringverdienerinnen und Geringverdiener, und von einer ausreichenden Versorgung für Wohnungsnotfälle kann überhaupt nicht gesprochen werden.

Offensichtlich ist dieser Bereich des **Mietwohnungsbaus** zum einen für Bauträger nicht lukrativ genug, zum anderen fehlt es an ausreichend qualifizierten Initiativen aus dem kommunalen und dem sozialen Bereich. Hier besteht eindeutig ein Nachbesserungsbereich für die nächsten Jahre. Es gilt, soziale Initiativen zu fördern, die in gemeinsamem Kraftakt mit Kommunen und Kirchen über den Weg des Neubaus und der Sanierung für ausreichenden Wohnraum sorgen.

Unabhängig hiervon stellt sich die Realität des Förderjahres 1997 so dar, daß der sinkende Bedarf im klassischen sozialen Wohnungsbau dem Land Luft verschafft, dem erhöhten Bedarf an **Wohneigentum** nachzukommen. Die derzeitigen geringen Zinssätze auf dem Kapitalmarkt in Verbindung mit der Landesförderung bieten auch für Geringverdienerinnen und Geringverdiener die Gelegenheit, sich Wohneigentum zu schaffen.

Deutschland steht mit seinem niedrigen Anteil an privatem Wohneigentum noch immer international im hinteren Bereich. Uns ist zwar nach wie vor die Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen wichtiger als die Förderung privaten Eigentums,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen
[SPD])

dennoch halten wir die Schaffung von Wohneigentum für Geringverdienerinnen und Geringverdiener für politisch durchaus erstrebenswert.

(Beifall des Abgeordneten Uwe
Eichelberg [CDU])

Insoweit gibt es gewisse Übereinstimmung mit dem Antrag der Opposition.

Doch wer glaubt, mit den aktuellen Umschichtungen sei das Ende der aktuellen Wohnungsbauförderung eingeläutet, hat sich getäuscht. Während die Opposition die Mietwohnungsbauförderung als Ganzes in Frage gestellt sehen will - Sie können das gleich richtigstellen -, begreifen wir diese Förderung nach wie vor als vorrangig. Insbesondere die zunehmende Zahl von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit Bedrohten dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren.

Nachdem das Wohnungsbauministerium bereits **Umschichtungen** aus der **Mietwohnungsbauförderung** in die **Eigentumsförderung** angekündigt hat, kann der Antrag der Opposition dem Grunde nach nur als Unterstützung der Politik des Ministeriums verstanden werden. Dafür bedanken wir uns natürlich.

Unsere Fraktion freut sich über diese Unterstützung. Wir halten es aber für unumgänglich, in einem Änderungsantrag die Zielrichtung zum Ausdruck zu bringen. Deshalb haben wir im Rahmen der Änderung eindeutig betont, daß wir nicht breit gestreut Wohneigentum fördern wollen, sondern die Förderung weiterhin auf diejenigen abstellen müssen, die des Wohnraums bedürfen. Ich gehe davon aus, daß Frau Gröpel noch konkreter etwas Näheres zu den Änderungen sagt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Storjohann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nicht die normale Reihenfolge, Herr Präsident!)

- Ich unterstelle, das war keine Kritik am Präsidenten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das würde ich mir nicht erlauben!)

Gero Storjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wann wird endlich einmal der Tag kommen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An dem man rechtzeitig da ist?)

- Herr Kubicki! -, an dem ein für richtig erkannter Antrag der Opposition auch einmal die Zustimmung dieses Hauses findet,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gestern gerade gemacht!)

und wann haben die Regierungsfractionen die Größe, auf einen fast gleichlautenden Änderungsantrag zu verzichten? - Das ist wieder nicht der Fall.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie den Antrag genau!)

Sie konnten es sich nicht verkneifen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun lassen Sie mich in die Thematik einsteigen und begründen, warum wir den Antrag so und nicht anders gestellt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die **Wohnungswirtschaft** muß im Augenblick unter folgenden Rahmendaten am Markt agieren: sinkende Baupreise, sinkende Auftragseingänge, sinkende Wohnungsbaugenehmigungen und steigende Arbeitslosenzahlen in der Branche.

Während die Nachfrage im **Mietwohnungsbau** sinkt, gibt es weiterhin eine starke Nachfrage nach **Eigenheimen** und Reihenhäusern, und dies besonders in den Einzugsbereichen der Zentren und im südholsteinischen Raum.

Unter diesen Rahmenbedingungen stellt sich für mich und meine Fraktion die Frage, ob die Landesregierung mit Ihrem eigenen Wohnungsbauprogramm die richtigen Schwerpunkte in der öffentlichen Förderung gesetzt hat oder ob eine Anpassung an die Nachfrage und die Bedürfnisse unserer jungen Familien und zur Belebung der Wohnungswirtschaft angebracht ist. Um nichts anderes ging es.

Wir meinen, daß eine **Umschichtung** zugunsten der Wohneigentumsförderung jetzt kurzfristig erfolgen müßte. Unser Antrag beinhaltet die jetzt nachgeschobenen Forderungen von SPD und Grünen.

Ich plädiere eindringlich dafür, daß wir der Ministerin bei der Abwicklung ihres Wohnungsbauprogramms für 1997 keine unnötigen Fesseln anlegen. Wir laufen sonst Gefahr, daß wir im Spätherbst nochmals Änderungen, Nachbesserungen vornehmen müßten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

Deswegen: Weg vom Schlingerkurs, klare Vorgaben und viel Flexibilität für die Ministerin! Insofern sind wir da nicht auseinander.

Das Wohnungsbauprogramm für 1997 in seiner ursprünglichen Fassung sah eine Förderung von 2.660 Mietwohnungen und 1.340 Eigentumsmaßnahmen vor. § 1 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsgesetzes gebietet uns etwas anderes. Danach nämlich soll die Förderung des Wohnungsbaus überwiegend der Bildung von Einzeleigentum, also Familieneigenheim und eigengenutzten Eigentumswohnungen, dienen.

„Überwiegend“ bedeutet doch nichts anderes, als mit mehr als der Hälfte der eingesetzten Mittel. Ich will gar nicht von den Mitteln reden, sondern nur von den Maßnahmen, aber zur Zeit haben wir ein Verhältnis Mietwohnungsbau zu Eigentumsmaßnahmen von zwei Dritteln zu einem Drittel. Wir hatten ja schon Zeiten, in denen wir im Parlament darüber debattiert haben, daß der Mietwohnungsbau 100 % ausmache.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kommt darauf an, wie die Situation ist!)

Die gesetzliche Vorgabe lautet, Frau Franzen, überwiegend sollten diese öffentlichen Mittel für die Eigentumsmaßnahmen eingesetzt werden. Davon sind wir noch sehr weit entfernt.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Dieser Antrag gefährdet überhaupt nicht den Mietwohnungsteil.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In einem ersten Schritt hat die Ministerin bereits auf die völlig verfehlte Bedarfsprognose reagiert. Im Bereich der Gruppenselbsthilfe wurde um über 100 % aufgestockt auf insgesamt 467 Einheiten.

Völlig unbeeindruckt zeigt sich die Landesregierung bisher aber von den ausgeschöpften Kontingenten im Bereich der einkommenschwachen Haushalte und der Haushalte mit mittlerem Einkommen in den Stufen 1 und 2.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, machen Sie jetzt bitte nicht den Fehler, die Förderung für Familien mit mittlerem Einkommen zu kappen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch, natürlich!)

Auch für diese Zielgruppe liegen weitere Anträge vor, die sofort auf den Weg gebracht werden könnten ohne Gefährdung des Mietwohnungsprogramms, das zur Zeit ja sehr schleppend läuft. Wenn wir das dann im Dezember feststellen werden, sind viele Entscheidungen nicht getroffen worden, die unserer Wirtschaft und unseren Familien helfen könnten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Ministerin denkt selbst daran, diese Umschichtung vorzunehmen. Das geht aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage dazu hervor, und zwar gerade in den Stufen 1 und 2. Das hat sie nicht ausgeschlossen. Deshalb halte ich die Fessel, die Sie mit Ihrem Antrag jetzt anlegen wollen, für nicht richtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Eigenheimbau wird die Nachfragerückgänge im Mietwohnungsbau nicht völlig ausgleichen. Das wissen wir alle. Aber wir sollten alles tun, damit die Nachfrage beim Wohneigentum auch in Arbeitsplätze umgesetzt wird.

Ein von der Wohnungswirtschaft nicht angenommenes Programm im Mietwohnungsteil darf nicht dazu führen, daß wir nur Leerlauf verwalten. Den Familien, die jetzt in den Startlöchern stehen, die den günstigen allgemeinen Marktzins ausnutzen wollen, die bereit sind, das Abenteuer Hausbau anzupacken, sollten wir kurzfristig mit einer Umschichtung helfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem moderaten und Handlungsspielraum für alle schaffenden Antrag.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher der Fachschule für Sozialpädagogik in Kiel und der Deutsch-Dänischen Gesellschaft aus dem Kreis Plön. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Gröpel.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein lieber Herr Storjohann, ich mußte schon darauf warten, bis Sie wieder hier im Saal sein würden, weil ich mich sonst ja mit Ihnen nicht unterhalten könnte. Ich glaube, es hätte keinen so guten Eindruck gemacht, wenn ich hier eine Rede gehalten hätte, ohne daß Sie anwesend gewesen wären.

Sie wollen mit Ihrem Antrag den Eindruck erwecken, als müßten Sie die Wohnungsbauministerin erst auffordern, **Anpassungen** am Wohnungsbauprogramm vorzunehmen. Sie haben ja schon darauf hingewiesen: In der Antwort auf Ihre eigene Kleine Anfrage steht sehr wohl, daß bereits Umschichtungen vorgenommen worden sind und daß sich die Landesregierung auch vorbehält, weitere Umschichtungen vorzunehmen.

Wir hatten allerdings gemeint, daß wir Ihnen entgegenkommen und nicht warten sollten, um im dritten und vierten Quartal - wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben - umzuschichten. Sie sagten selbst, Sie wollten es kurzfristig. Wir haben den Termin der Überprüfung bei der Wohnungsbauministerin offengelassen und den Zeitpunkt, wann Sie umschichtet, wenn denn umgeschichtet werden soll. Insofern legt unser Antrag weniger Fesseln an als Ihrer, in dem wortwörtlich steht „im dritten und im vierten Quartal“. Zum vierten Quartal müßten Sie noch einmal nachrechnen, wann das denn anfängt.

Die Umschichtungen, die bereits vorgenommen worden sind, basieren zum größten Teil - Sie haben darauf hingewiesen - auf der großen Nachfrage bei den **Gruppenselbsthilfemaßnahmen**. Aber dazu haben Sie als CDU nicht viel beigetragen, sondern es wurde ein SPD-Beitrag geleistet. Sie können sich vielleicht noch daran erinnern: Im Oktober des letzten Jahres hat die SPD-Fraktion die Initiative ergriffen und einen Antrag eingebracht, der eine verstärkte Förderung im kostengünstigen Eigenheimbau in Verbindung mit der

Reform des Kleinsiedlungswesens und vor allem für den Personenkreis mit niedrigem Einkommen zum Inhalt hatte.

(Ingrid Franzen [SPD]: Eben, und den hat die CDU abgelehnt!)

- Ja, die CDU hat diesen Antrag damals abgelehnt. Daran, glaube ich, können wir uns hier in diesem Hause alle noch sehr gut erinnern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werten deshalb diese Entwicklung im Wohnungsbauprogramm auch als Erfolg, und zwar als Erfolg dahin gehend, daß wir mit unseren Zielen richtig liegen. Das heißt zum einen, der Personenkreis mit niedrigem Einkommen, der ohne staatliche Förderung kein Eigentum erwerben könnte, soll vorrangig gefördert werden,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zum anderen heißt das, daß die Vorbildfunktion Schleswig-Holsteins beim kostengünstigen Bauen auch dazu geführt hat, daß Eigenheime erschwinglich werden.

Ich verweise dazu auf die Ergebnisse der Landesbausparkasse Immobiliengesellschaft für das erste Halbjahr 1997. Die stellt nämlich fest, daß im Bereich des **kostengünstigen Bauens** bereits deutliche Fortschritte erzielt worden sind und daß immer mehr Architekten und Bauträger Immobilienangebote für Einsteiger machen, die es gerade jungen Familien mit Kindern ermöglichen, Wohneigentum zu bilden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es heißt dort weiter, das kostengünstige Bauen sei mittlerweile zu einem Wachstumsmarkt mit Zukunft geworden, und der Dreiklang Wohneigentumsförderung, niedrige Zinsen und kostengünstige Angebote zeige, daß das ehrgeizige Ziel, die Eigentumsquote in den nächsten Jahren deutlich zu erhöhen, erreicht werden könne.

Die SPD-Fraktion allerdings will, gemeinsam mit der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, deutlich machen, daß die Landesförderung gezielt eingesetzt werden soll, um in den unteren Einkommensgruppen die

Eigentumsquote zu erhöhen. Das ist das Ziel unseres gemeinsamen Antrages.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD], Ingrid Franzen [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotzdem: Nach wie vor bleibt vorrangig für uns als Programmschwerpunkt der **Mietwohnungsbau**. Es hat zum Glück auf dem Wohnungsmarkt eine Entspannung gegeben, und wir können nicht ohne Stolz auf die gewaltigen Kraftanstrengungen des Landes in den vergangenen Jahren für den Wohnungsbau hinweisen, die letztlich zu dieser Entspannung geführt haben. Wir halten daher eine Verstärkung der Wohnungsbauförderung für dringend erforderlich, um eben auch dauerhaft ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und natürlich auch Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern.

Es können sich auch heute nach wie vor nicht alle ein Eigenheim leisten, und dieser Personenkreis ist darauf angewiesen, daß wir für ihn bezahlbaren Wohnraum schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und auch aufgrund geänderter Förderungsbestimmungen gibt es jetzt beim Mietwohnungsbauprogramm eine längere Anlaufphase. Wir wollen nicht, daß durch weitere **Umschichtungen zugunsten der Wohneigentumsförderung** grundsätzlich die Förderung des Mietwohnungsbaus gefährdet wird. Daher erwarten wir von der Wohnungsbauministerin eine sorgfältige Prüfung, bevor eine Umschichtung vorgenommen wird. Wenn umgeschichtet wird, soll das eben unter **sozialen Gesichtspunkten** geschehen. Das heißt, wir wollen eine gezielte Förderung für die Berechtigten in der Stufe 1, das heißt für die einkommensschwachen Haushalte, insbesondere mit Kindern und Schwerbehinderten, die die gesetzlichen Einkommensgrenzen des § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes einhalten. Das gilt ebenso für die weiteren Gruppenselbsthilfemaßnahmen, für kostengünstige Einfamilienhäuser in verdichteter Bebauung als Reihen-, Doppel- und Kettenhäuser sowie für Maßnahmen mit besonders ökologischen Ansprüchen. Davon wollen wir auch nicht herunter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wir bitten um Zustimmung zu unserem gemeinsamen Änderungsantrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Wohnungsbau zieht sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Plenartagungen. Leider läßt sich ein solcher in der Politik der Landesregierung nur schwerlich erkennen. Erst im Juni haben wir auf Antrag der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Erfordernis eines Berichtes über den Wohnungsmarkt diskutiert, mit dem die Grundlagen einer - ich zitiere - „zielgenauen und kontinuierlich an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Wohnungspolitik“ ermittelt werden sollten.

Bereits im August teilte uns die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Storjohann mit, daß im Bereich des Landeswohnungsbauprogramms 1997 nicht alle Kontingente voll ausgeschöpft sind. Das eine oder andere Manko scheint deshalb wohl offensichtlich zu sein.

So sind im Bereich der Mietwohnungsbauförderung die Kontingente nicht voll ausgeschöpft, während im Bereich der Eigentumsförderung bereits jetzt die Kontingente nicht nur vollständig ausgeschöpft sind, sondern sogar darüber hinausgehende Anträge vorliegen.

Von einer Zielgenauigkeit der Politik, geschweige denn von einer an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichteten Wohnungspolitik kann hier deshalb wohl kaum die Rede sein.

Zu einer anderen Auffassung hätte man bis zur Vorlage des Änderungsantrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allenfalls dann gelangen können, wenn man unterstellt hätte, daß die Bedürfnisse einseitig definiert und Eigentumsförderung nicht einschließen würden; denn bis dahin hieß es offenbar frei nach dem Motto: „Jedem seine Wohnung, aber nur zur Miete.“

Daß dieser Gedanke nicht ganz fern liegt, hat uns Frau Ministerin Birk bereits eindrucksvoll bei der Verteilung

der Darlehen zur zusätzlichen Finanzierung der Wohnraumbeschaffung in sozial dringlichen Fällen gezeigt. Auch hier wurden nachträglich Mittel gekürzt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil nur die Eigentumsförderung Grundgedanke des Darlehensprogramms war, für die angeblich keine Notwendigkeit mehr bestand.

Mit ihrem Änderungsantrag sehen die Kollegen von Rot-Grün nunmehr jedoch vor, daß eine **Umschichtung** zugunsten der Wohneigentumsförderung nicht mehr gänzlich ausgeschlossen werden soll. Bei Förderung des Programmschwerpunkts Mietwohnungsbau soll eine Umschichtung zugunsten von Wohneigentumsmaßnahmen jetzt möglich werden, allerdings unter dem Vorbehalt, daß **soziale Gesichtspunkte** Berücksichtigung finden. Die Umschichtung soll nur zugunsten einkommensschwacher Haushalte mit einer Einkommensgrenze des Anderthalbfachen des Sozialhilfesatzes und zugunsten Berechtigter der Stufe 1 für Gruppenselbsthilfemaßnahmen erfolgen.

Wir fragen uns, welches Hintertürchen sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesmal offenhalten wollen. Wenn eine Umschichtung befürwortet werden soll, dann doch jedenfalls unter Zugrundelegung der Kriterien, die bei der Bereitstellung des Programms maßgeblich waren. Sonst liegt der Verdacht nahe, daß sie bereits bei der Finanzierung der Wohnraumbeschaffung in sozial dringlichen Fällen die Voraussetzungen den Ergebnissen angepaßt werden sollen. Daß ein solches Vorgehen Zustimmung von der F.D.P. erhalten könnte, wird wohl keiner ernsthaft erwarten.

Frau Kollegin Gröpel, ich erinnere nur daran, daß die Anträge der F.D.P.-Fraktion zur Verstärkung der Finanzierung der Eigentumsförderung im Februar 1997 von Ihnen hier abgelehnt worden sind.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Damit komme ich zu dem Antrag der CDU zurück. Die Situation beim Landeswohnungsbauprogramm 1997 eröffnet uns heute die Möglichkeit, die schiefe Weichenstellung zu Lasten der Wohneigentumsförderung etwas zu korrigieren. Denn was liegt näher, als Gelder, die innerhalb eines Förderprogramms für einen Bereich vorhanden sind, aber nicht nachgefragt werden, in einen anderen Bereich umzuschichten, in dem die Mittel zwar benötigt und nachgefragt werden, aber bereits ausgeschöpft sind? Auch unsere Bauministerin müßte

für diese elegante Korrekturmöglichkeit eigentlich dankbar sein.

Wir regen an, dem Antrag der CDU auf Umschichtung des Landeswohnungsbauprogramms zugunsten der Wohneigentumsförderung zuzustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Dabei sollte allerdings noch der Prüfung unterzogen werden, ob die vorgesehene **Umschichtung** im Einklang mit der Verteilung von Bundesmitteln steht. Dabei sollte insbesondere hinterfragt werden, ob die Bundesmittel nicht an die Mietwohnungsbauförderung in Abgrenzung zur Eigentumsförderung zweckgebunden sind. Sofern sich hier keine Bedenken ergeben, werden wir dem Antrag der CDU zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip kann der SSW dem Antrag der CDU, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, im Landeswohnungsbauprogramm für das Jahr 1997 im dritten und vierten Quartal Umschichtungen zugunsten der Wohneigentumsförderung vorzunehmen, zustimmen.

Wenn tatsächlich nicht alle Mittel im Bereich der Mietwohnungsbauförderung ausgeschöpft werden, ist eine **Umschichtung** der überschüssigen Mittel vernünftig, zumal das Ministerium für Wohnungsbau in seiner Antwort zur Kleinen Anfrage Drucksache 14/839 des Abgeordneten Storzjohann darauf hinweist - ich zitiere -, daß sich das Landeswohnungsbauprogramm nicht als planwirtschaftliche Vorgabe, sondern als differenziertes Förderangebot versteht, welches einen nachfragegerechten Wohnungsbau in unterschiedlichen Bereichen ermöglichen und fördern soll. In dem Maße, wie die Nachfrage nach Mitteln der Wohnungsbauförderung unter dem Ansatz von 1997 liegt, wird das Ministerium selbst, so lese ich die Antwort des Ministeriums, eine Umschichtung innerhalb des Programms vornehmen. In dem Sinne kann der Antrag der CDU zumindest nicht schaden.

Trotzdem halten wir den Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für besser, der noch einmal wichtige Bedingungen für die Umschichtung definiert.

Auch der SSW möchte natürlich sicher sein, daß die Förderung des Mietwohnungsbaus durch die Umschichtung nicht grundsätzlich gefährdet wird. Wir sind der Meinung, daß besonders in den größeren Städten immer noch ein Bedarf an billigen **Mietwohnungen** vorhanden ist. Deshalb überrascht mich auch, daß die dafür vorgesehenen Mittel bisher nicht völlig ausgeschöpft worden sind. Ich kann mir das eigentlich nur so erklären, daß es auf der kommunalen Ebene Probleme gegeben hat. Wenn das der Fall ist, müßte man sich, so meine ich, verstärkt dafür einsetzen, daß ungenutzte Kontingente von anderen Kommunen genutzt werden können.

Auch den zweiten Teil des Änderungsantrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nämlich daß die Umschichtung zugunsten von Wohneigentumsmaßnahmen unter **sozialen Gesichtspunkten** auf einkommensschwache Haushalte beschränkt werden soll, kann der SSW voll unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal zu Ihnen, Herr Storzjohann. Grundsätzlich - das wurde hier schon verschiedentlich betont - laufen Sie hier offene Türen ein. Selbstverständlich sind wir bereit, im Laufe des Jahres umzuschichten. Das ist in der Vergangenheit häufiger so geschehen. Das wird auch zukünftig so sein.

Zu Recht weist die Abgeordnete Frau Spoorendonk darauf hin, was wir geantwortet haben. Die Nachfrage im Eigentumsbereich ist groß. Unser Landeswohnungsbauprogramm ist keine planwirtschaftliche Vorgabe, sondern ein differenziertes Förderangebot.

Ich habe - das kann ich hier deutlich wiederholen -, wie in der Anfrage angekündigt, schon jetzt eine erste Umschichtung vorgenommen.

Lassen Sie uns einen Moment beim Thema des Bedarfs bleiben. Was wir machen, ist natürlich ein Angebot. Aber es darf nicht einfach nur dem Trend hinterherlaufen. Die öffentliche Aufgabe der Wohnungsbauförderung soll ja gerade darin liegen, denjenigen, die Zugangsschwierigkeiten am Markt haben, zu helfen. Das kann sich auf Mietwohnungen beziehen - das ist in den letzten Jahrzehnten gerade in Schleswig-Holstein der Fall gewesen -, und das bezieht sich auf diejenigen in den unteren Einkommensschichten, die gleichwohl Eigentum schaffen möchten.

Ich betone das deswegen, weil wir darauf achten müssen, daß wir auch zukünftig keine Wiederholung der sogenannten Schweinezyklen aus den 70er und 80er Jahren bekommen. Bekanntermaßen hat die völlige **Einstellung der Wohnungsbauförderung im Mietwohnungsbau** durch die Bundesregierung und leider auch durch die Landesregierung mit dazu geführt, daß wir Ende der 80er Jahre plötzlich eine Wohnungsnot ungeahnten Ausmaßes auch hierzulande zu verzeichnen hatten. Das heißt, wir müssen ein wenig auch antizyklisch wirken. Ich denke, nur so rechtfertigen sich die öffentlichen Mittel. Sie sollten sozial ausgerichtet sein und dürfen nicht dem Markt hinterherlaufen.

Ich möchte deutlich machen: Angesichts der doch sehr bedenklichen Baukonjunktur haben wir noch recht erfreuliche Zahlen. Sie werden in der Kleinen Anfrage genannt. Ich möchte sie aus Zeitgründen hier nicht wiederholen.

Trotzdem - das haben wir zu Recht vor der Sommerpause diskutiert - brauchen wir ein genaueres Wohnungsmarktbeobachtungssystem. Wir werden im Herbst diese Daten vorlegen. Insofern bitte ich um Verständnis, daß ich jetzt nicht auf einen Schlag sämtliche Mittel umschichte. Das wäre unsinnig angesichts der Tatsache, daß gerade in diesen Tagen die letzten Daten regional aufbereitet und Ihnen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich denke, ein solches Instrument sollte ich nutzen, bevor ich entscheide.

Des weiteren laufen während des dritten und des vierten Quartals noch die Anträge für den Mietwohnungsbau ein. In den letzten Jahren war es so, daß der eigentliche Boom an Anträgen wirklich erst in der zweiten Jahreshälfte gekommen ist. Das hängt - Sie wiesen darauf hin, Frau Spoorendonk - mit den kommunalen Entscheidungen und den Zeitabläufen bei

den Kommunen zusammen. Sie müssen bedenken: Ein neues Wohnungsbauprogramm, das den Kommunen erst im Laufe des Frühjahrs nach und nach in den unteren Gliederungen bewußt und bekannt wurde, hat natürlich auch noch einen gewissen Gewöhnungs- und Beratungsbedarf.

Insofern werde ich schrittweise vorgehen. Ich weiß, daß die Investitionsbank so flexibel ist, daß dadurch keine Nachteile für die Betroffenen erwachsen. Daher kommen Sie mir mit der Ankündigung, mir hier Vorgaben machen zu wollen, überhaupt nicht ins Gehege. Im Gegenteil, Sie bestätigen damit die Ausrichtung des Programms. Ich bin für die öffentliche Unterstreichung dieser Ausrichtung sehr dankbar.

Wir sehen inzwischen gerade auch bei den Eigenheimprogrammen, daß die ökologischen Vorgaben, die in der öffentlichen Diskussion sind, von den verschiedensten Anbietern zunehmend befriedigt werden. Es kommen Angebote mit Holzbau, mit Vermeidung von PVC, mit Energiesparmaßnahmen - Dinge, die wir in dieser Form vor wenigen Jahren noch nicht auf dem Markt hatten. Insofern bewähren sich diese Vorgaben, und wir sollten sie nach wie vor unterstreichen.

Die sozialen Vorgaben, die dazu geführt haben, daß wir insbesondere im Bereich der Selbsthilfe auf dem Eigenheimsektor einen richtiggehenden Boom haben, haben sich ebenfalls als richtig erwiesen. Wir hatten sie im Ministerium vorbereitet und bekamen hierzu durch die Anträge der SPD auch Unterstützung. Es war der richtige Weg; wir werden ihn weiterverfolgen.

Insofern bin ich sehr dankbar dafür, daß jetzt zur Halbjahreszeit hier in diesem Hohen Hause der Wohnungsbau ein Thema ist. Ich denke, wir müssen den Wohnungsbaugesellschaften und auch den Kommunen klar machen, daß sie nach wie vor gefordert sind, sich an den **sozialen Bedingungen** derjenigen zu orientieren, die sonst ohne diese öffentliche Förderung in wenigen Jahren massenhaft wiederum keine Wohnung haben würden.

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses über das Wohnungsmarktbeobachtungssystem berichten werden. Ich denke, bis zu diesem Zeitpunkt können wir Ihnen klare Angaben darüber machen, wie weit wir umgeschichtet haben und wie wir das weitere Jahr gestalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Martin Kayenburg [CDU]: Zumindest gehört!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen - jedenfalls die, die sich mit der Sache beschäftigt haben - haben sich darauf verständigt, einen gemeinsamen Antrag zur Abstimmung vorzulegen. Herr Präsident, ich möchte an dieser Stelle Herrn Hentschel bitten, mir die entsprechende Vorlage wiederzugeben, die mir gerade abgenommen wurde, um das vorlesen zu können.

(Heiterkeit)

Wir haben uns interfraktionell darauf verständigt, Herr Präsident, daß im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der zweite Spiegelstrich wie folgt lauten soll:

„Die Umschichtung zugunsten von Wohneigentumsmaßnahmen soll vorrangig unter sozialen Gesichtspunkten zugunsten von“

- dann kommen die Punkte 1 und 2 -

„vorgenommen werden.“

Mit dieser Änderung wären alle Fraktionen dieses Hohen Hauses einverstanden, und wir könnten den Antrag einstimmig verabschieden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Danke sehr, Herr Abgeordneter Kubicki. Ich unterstelle, daß alle Fraktionen dem einvernehmlich zugestimmt haben. Ich möchte die Änderung wiederholen. Im zweiten Spiegelstrich soll es lauten:

„Die Umschichtung zugunsten von Wohneigentumsmaßnahmen soll vorrangig unter sozialen Gesichtspunkten zugunsten von ... vorgenommen werden.“

Ich hoffe, das haben alle verstanden.

Die Sprecher haben zugestimmt; das mag den einen oder anderen vielleicht beruhigen. Wer beschließen will, daß der Antrag in der so geänderten Fassung angenommen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Der Gesamtantrag in der geänderten Fassung muß auch noch abgestimmt werden!)

- Das habe ich so abstimmen lassen wollen.

(Heiterkeit und Zustimmung)

Ich rufe nun auf die Tagesordnungspunkte 6, 20 und 26:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/899

b) Hochbegabtenförderung in der Grundschule

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/900

c) Bericht über das Konzept zur Förderung von besonders begabten Kindern und Jugendlichen

Landtagsbeschluß vom 15. August 1996 Drucksache 14/168

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/796

Wird eine Begründung des Gesetzentwurfs oder des Antrages gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst das Wort der Frau Ministerin Böhrk, damit sie in den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/796, einführt.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich habe dem Bildungsausschuß im Februar einen Bericht über die bisherigen Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit einer besonderen Begabung gegeben. Dieser Bericht ist nun fortentwickelt worden zu einem **Konzept**, das auf den vielfältigen Erfahrungen mit dem

begabungsgerechten Unterricht an der Grundschule aufbaut. Es ist ein Konzept, das auf den folgenden drei Säulen beruht, erstens der Früherkennung, zweitens der Beratung und drittens der Förderung.

Zur besseren **Früherkennung** soll den Lehrkräften, aber auch den Erzieherinnen und Erziehern vorrangig in den Grundschulen ein stärkeres Bewußtsein dafür vermittelt werden, daß die besondere Begabung an typischen Lern- und Verhaltensmerkmalen erkennbar ist. Diese Früherkennung wird durch die Lehrerfortbildung flankiert.

Die zweite Säule des Förderkonzepts ist die **Beratung**. Fortgebildete Lehrkräfte beraten die Eltern bei vermuteter und festgestellter besonderer Begabung hinsichtlich der Schullaufbahn und der zusätzlichen Fördermöglichkeiten. Darüber hinaus beraten sie auch die Lehrkräfte. Es ist das Ziel, Schule und Elternhaus möglichst frühzeitig zusammenarbeiten zu lassen, um in Fällen beginnender Leistungsverweigerung oder drohenden Schulversagens die schulpsychologischen Dienste einzuschalten. Eine wichtige professionelle Beratung erfolgt zudem durch die beiden privaten Verbände, mit denen die Zusammenarbeit sich mittlerweile nicht nur eng, sondern auch fruchtbar gestaltet.

Die dritte Säule ist die **Förderung**. Der offene, binnendifferenzierende Unterricht hat in den vergangenen zehn Jahren in großer Breite Einzug in unsere Grundschulen gehalten. Die Lehrerfortbildung auf diesem Gebiet ist nachhaltig und intensiv gewesen und hat Früchte getragen. Dieser begabungsentwickelnde Unterricht erlaubt eine methodische Vielfalt, er schafft Freiräume zum vertiefenden, spielerischen, selbständigen und entdeckenden Lernen, er trainiert soziale Kompetenz durch die Notwendigkeit zur Absprache der Spielregeln und Umgangsformen, und dieser Unterricht erlaubt den Kindern auch, ihr Lerntempo selbst stärker zu bestimmen. Darüber hinaus lernen die Kinder, ihre Lernprozesse selbst zu steuern.

Der **offene Unterricht** kommt den Bedürfnissen aller Kinder mit ihrer jeweiligen besonderen Begabung entgegen. Ich bin stolz darauf, daß Schleswig-Holstein in der Realisierung und der flächendeckenden Umsetzung dieser Unterrichtsformen mit an der Spitze der Bundesländer steht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich weiß aber auch, daß wir noch weiße Flecken auf der Schullandkarte haben, um die wir uns kümmern müssen. Der binnendifferenzierende Unterricht ist nämlich der entscheidende Schlüssel für eine angemessene Förderung von Kindern mit einer besonderen Begabung nicht nur in der Grundschule, sondern auch in den weiterführenden Schulen.

Schließlich komme ich zum Thema Förderung. Das Konzept zur **Neugestaltung des Schulanfangs** ist ebenfalls auf eine bessere Förderung ausgerichtet. Der Orientierungsrahmen zur zweijährigen Eingangsphase ist Ihnen bekannt. Er sieht eine flexible Verweildauer von ein bis drei Jahren in den ersten zwei Klassenstufen vor. Einerseits ist nicht für jedes Kind mit besonderer Begabung das Springen, also die Verkürzung der Schulzeit die angemessene Maßnahme. Andererseits können wir mit Sicherheit davon ausgehen, daß zur Zeit in Schleswig-Holstein wie in den anderen Bundesländern auch noch zu wenig Kinder springen. Die Verkürzung der Schulzeit und die frühe Einschulung können, müssen aber nicht ein Instrument der Begabungsförderung sein, und es ist mit Sicherheit nicht der Königsweg, der alle anderen Maßnahmen überflüssig macht.

(Ursula Röper [SPD]: Das sagt auch keiner!)

Der Gesetzentwurf der CDU zielt auf eine Erweiterung der vorzeitigen Einschulung mit einer Kann-Bestimmung ab. Wenn Sie erlauben, möchte ich dies gleich in meinem Vortrag mit unterbringen. Ich habe Ihnen ja gesagt, daß ich mich in den Beratungen zur KMK für eine generelle Erweiterung der Möglichkeit der **vorzeitigen Einschulung** einsetzen werde. Das habe ich auch getan. Ich habe dafür plädiert, daß den Ländern die konkrete Regelung der Modalitäten vorbehalten bleibt. Es besteht gute Aussicht, daß die Entscheidung im Sinne der von Schleswig-Holstein gewünschten Erweiterung fallen wird. Ich stelle mir aber abweichend vom Gesetzentwurf der CDU vor, daß wir nicht auf die Hochbegabung als *conditio sine qua non* für die frühere Einschulung abstellen; denn daß eine Hochbegabung eindeutig und abschließend bereits in diesem Alter bei Kindern festgestellt werden kann, ziehen Schulpsychologen und die Fachpädagogen in Zweifel. Für mich wäre es bei auffällig früh entwickelten Kindern hinreichend, wenn sie aufgrund ihrer geistigen, körperlichen und sozialen Entwicklung erwarten lassen, daß sie erfolgreich in der Eingangsphase der Grundschule mitarbeiten können.

Ich glaube, daß es Einvernehmen darüber geben kann, den wenigen, besonders früh entwickelten Kindern die Möglichkeit zum frühzeitigen Schulbesuch zu eröffnen. Ich hoffe, daß es in diesem Hohen Haus keine Mehrheit für eine allgemeine Früheinschulung gibt, wie es von Herrn Bildungsminister Rüttgers vorgeschlagen worden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich bin für eine baldige Änderung des Gesetzes im Rahmen der anstehenden größeren Novellierung, und ich bin auch dafür, daß die Grundschulordnung geändert wird, aber mit Verlaub, ich bitte wirklich um Verständnis dafür, daß wir keine Flickschusterei machen wollen, sondern im Zusammenhang mit der zweijährigen Eingangsphase in der Grundschule sowohl Schulgesetz als auch Grundschulordnung ändern. Im Vorgriff auf diese Änderung habe ich aber bereits grünes Licht für das frühzeitige Überspringen einer Klassenstufe gegeben, sofern die Eltern dies wünschen.

Dies ist das Gesamtkonzept. Mit seiner Umsetzung ist in diesem Schuljahr begonnen worden. Es gibt bereits einen Arbeitskreis aus Vertreterinnen und Vertretern der Schulpsychologie, der privaten Verbände, der Hochschulen, des IPTS und von Lehrkräften und Fachreferenten. Eine Informationsbroschüre für Eltern und Lehrkräfte wird erarbeitet. Eine Informationsveranstaltung für Lehrkräfte wird vorbereitet, die das Modell für die anschließende regionale Lehrerfortbildung darstellen könnte. Die schulpsychologischen Dienste haben bereits mit Erfolg Lehrerfortbildung durchgeführt. Wir sind, wenn auch zunächst mit zeitlicher Einschränkung, über die psychologischen Dienste hinaus für Eltern und Lehrkräfte beratungsfähig. Das Konzept für begabungsgerechtes Lernen und begabungsgerechte Förderung haben wir - wie ich Ihnen im August letzten Jahres gesagt habe - weiterentwickelt und begonnen, es umzusetzen. Begabungsgerechtes Lernen ist mir ein wichtiges Anliegen. Ein wichtiges Anliegen ist es mir gleichermaßen für weniger ausgeprägte und schwache Begabungen wie für besondere Begabungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, daß unser Konzept die jüngsten wissenschaftstheoretischen und praktischen Erkenntnisse der Förderung von besonderen Begabungen berücksichtigt. Wir sollten uns davor hüten, das Thema der Beschleunigung und der Früheinschulung zum Zentrum der Überlegungen zu

machen. Es sind Teilelemente eines Konzeptes. Sie sind nicht für alle Kinder mit besonderen Begabungen geeignet. Sie können nur im Gesamtkonzept erkennend, beratend, fördernd wirksam sein. Ich freue mich auf und vielleicht sogar über einen breiten Konsens in der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 15. August 1996 debattierten wir aufgrund unseres Antrags über die Inhalte und Möglichkeiten eines Förderkonzeptes für hochbegabte oder besonders begabte Kinder. Ergebnis war ein abgespeckter Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der immerhin einige Punkte unseres Antrages aufnahm und die Landesregierung unter anderem aufforderte, ein Konzept für eine erweiterte Förderung für besonders begabte Kinder und Jugendliche vorzulegen.

Dieses Konzept wird uns nun vorgelegt. Für Kenner der Materie ist selten so deutlich geworden, wie die Landesregierung Vorschläge, Vorstellungen und Anträge der CDU-Fraktion mit Hilfe der Mehrheitsfraktion verschleppt und abblockt, um dann, nach langen Verzögerungen, die CDU-Vorstellungen als eigenes Konzept zu präsentieren.

(Beifall bei der CDU)

Daß dies das Los der Opposition ist, haben wir bereits in vielen anderen Bereichen erfahren. Man könnte jetzt auch meinen, im Sinne der Sache, also im Sinne der Hilfe und der Beratung für die betroffenen Eltern und Kinder, sei nun alles auf einem guten Wege. Doch die Ernüchterung stellt sich beim Lesen des Berichtes schnell ein.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß wir bei unseren bisherigen Debatten zu diesem Thema ganz deutlich gemacht haben, daß durch nicht erkannte Begabungen, falsche Erziehungsansätze und fehlerhaftes pädagogisches Einwirken Schulversagen und psychische Fehlentwicklungen ausgelöst wurden, die zu teilweise bedrückenden Schülerschicksalen führten. Dies ist ja auch im Bericht ausgeführt.

Bereits im Februar 1997 wurde uns, wie Frau Böhrk gerade anmerkte, als erster Schritt ein Bericht über die

bisherigen Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen zugeleitet. Schon darin wird festgestellt, daß während des **BLK-Modellversuches** ab August 1989, der ja leider abgebrochen wurde, alle von der Beratungsstelle befürworteten und begleiteten Vorgänge der vorzeitigen Einschulung und des Überspringens von Klassen erfolgreich gewesen seien und daß mit Sicherheit davon auszugehen sei, daß derzeit zu wenig Kinder Klassen überspringen. Daß dies kein Königsweg ist, ist völlig klar. Man muß es vielmehr im Einzelfall prüfen.

Kritisch angemerkt wird in dem Bericht auch, daß die Schüler, die aufgrund der Beratung von Klassenstufe fünf nach Klassenstufe sieben überwechselten, alle bereits in der Grundschule hätten springen müssen. Auch in dem jetzt vorgelegten Konzept ist ja das Ziel formuliert, die Schullaufbahn der besonders Begabten durch Springen zu beschleunigen. Also, denke ich, hätte es doch nahegelegen, daß durch eine sofortige Änderung der **Grundschulordnung** die Möglichkeit des Springens während der gesamten Grundschulzeit eröffnet würde. Denn bisher sieht diese Grundschulordnung das Springen erst ab Klassenstufe drei vor. Auch wenn Sie sagen, Frau Böhrk, daß von dieser Praxis in einigen Fällen bisher abgewichen worden sei, so bringt dies doch viele Unsicherheiten, zum Teil Eiertänze für Schulleiter und Eltern und Frust bei betroffenen Schülern mit sich. Dafür gibt es eine ganze Reihe Beispiele.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich: Warum wird bei erkannten Notwendigkeiten nicht gehandelt? Warum steht im Konzept, die Grundschulordnung solle bei einer Revision das Springen während der gesamten Grundschulzeit eröffnen, aber ein Zeitplan oder Hinweis auf diese Revision sind nicht gegeben? Das nenne ich Verwalberung der Betroffenen, und deshalb liegt heute unser Antrag zur Änderung der Grundschulordnung auf dem Tisch.

Auf Zeit gespielt wurde mittlerweile lange genug. Einsichten, die jetzt zumindest formuliert sind, müssen nun auch in Taten umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang muß auch die Versetzungsordnung für die Klassen fünf bis zehn der Gymnasien geändert werden.

Auch unser Antrag zur Änderung des Schulgesetzes im Hinblick auf fünfjährige Hochbegabte hat bereits eine zweijährige Geschichte. Wenn nun im Konzept der Landesregierung formuliert wird, daß die

Früheinschulung im Rahmen der nächsten Schulgesetznovellierung geregelt werde, so ist mittlerweile wirklich durch nichts mehr zu begründen, warum diese Regelung, deren Notwendigkeit erkannt wurde, nicht schon jetzt auf den Weg gebracht wird, damit zumindest für das Schuljahr 1998/99 die rechtliche Grundlage gegeben ist.

Auffällig ist, daß jedesmal, wenn von Seiten der CDU eine Schulgesetzänderung beantragt wird, diese auf die lange Bank geschoben werden soll, aber wenn Änderungswünsche seitens der Landesregierung oder der SPD realisiert werden sollen, dieses sofort geschehen kann.

(Angelika Volquartz [CDU]: So ist es!)

Das nenne ich Verzögerungstaktik zu Lasten von Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden hier über das Schicksal von kleinen Menschen, die ein Recht darauf haben, wie andere Kinder auch, die Rahmenbedingungen zu erhalten, um ihre Fähigkeiten und ihre geistigen Stärken entfalten zu können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Daher bitte ich Sie wirklich herzlich, jetzt endlich dieser Schulgesetzänderung zuzustimmen. Hamburg ist diesen Weg bereits gegangen. Also greift auch der Hinweis auf die KMK nicht.

Ich sprach vorhin von der Ernüchterung, die sich beim Lesen des **Konzeptes** der Landesregierung zur **Förderung besonders Begabter** einstellt. Ich möchte das gern noch an einigen Beispielen erläutern.

Zahlreiche Ziele und Notwendigkeiten werden formuliert, die offensichtlich aufgrund der fachkompetenten Arbeitsgruppe, die dieses Konzept ja diskutiert hat, zustande kam. Das ist zu begrüßen, denn dafür holt man sich ja schließlich fachliche Zuarbeit. Aufgabe der Politik und hier also der Landesregierung ist es jedoch, die notwendigen Schlüsse zu ziehen und in Handeln umzusetzen. Genau hier beginnen die vielen Fragezeichen. Denn es fehlt ein Zeit- und Finanzierungsplan für die Umsetzung.

Zum Beispiel heißt es in dem Konzept, das Erkennen von besonderer Begabung sei die Grundlage und

Voraussetzung für eine gezielte Förderung. Wohl wahr. Und die Voraussetzungen zum Erkennen von besonderer Begabung sollten verbessert werden. Nur, wie das geschehen soll, ist vage formuliert. Entsprechende Lehrbausteine sollen in die Ausbildung aller Erzieher und Erzieherinnen, der Lehrkräfte aller allgemeinbildenden Schulen aufgenommen werden. Das war bereits unsere Forderung vor einem Jahr. Aber über die Kosten, den Zeitplan, die Realisierung oder eine stufenweise Verwirklichung wird nichts gesagt. Das ist wirklich dürftig.

(Beifall bei der CDU)

An anderer Stelle ist formuliert, die Fortbildung der Lehrer solle in der Fortbildungsplanung der Regionalseminare des IPTS berücksichtigt werden. Meine Damen und Herren, jeder, der sich etwas in der Aufgabenstellung und Mittelverteilung der IPTS-Regionalseminare auskennt, weiß, daß jetzt schon die Mittel und das entsprechende Personal für bisher formulierten Aufgaben fehlen. Ohne einen Zeit- und Finanzierungsplan eine derartige Forderung zu formulieren, ist unseriös und weckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können.

Laut Konzept soll auch ein umfassendes Beratungsangebot dezentral eingerichtet werden. Das ist ein lobenswerter Vorsatz, der jedoch auch nur als Absichtserklärung dort steht. Denn wer soll die Lehrkräfte fortbilden, die als Berater fungieren? Wer bezahlt die Fortbildung, und in welcher Zeit soll dieses Vorhaben realisiert werden?

Sie wissen selbst, daß die Beratungsmöglichkeiten der privaten Träger kapazitätsmäßig ausgereizt sind, es sei denn, die Landesregierung würde mit einer Finanzhilfe eine Personalverstärkung unterstützen.

Oder weiter aus dem Konzept: Die unterrichtliche Arbeit der Lehrkräfte solle durch Fortbildung und Hinweise auf zusätzliche, für besonders Begabte entwickelte Lernmaterialien unterstützt werden. Frage: Wer bildet fort? Wer entwickelt die zusätzlichen Lernmaterialien? Wie sieht hier der Zeitplan aus. Denn deutlich wird in dem Konzept, daß zur Zeit nur eine sehr kleine Gruppe in Schleswig-Holstein über einen guten Kenntnisstand zu den Lern- und Verhaltensmerkmalen besonders begabter Kinder und zu ihrem qualifizierten Förderbedarf verfügt. Daher ist es um so notwendiger, ein detailliertes Konzept für die Umsetzung der als erforderlich erkannten Maßnahmen zu erarbeiten und zu veröffentlichen, damit für die Betroffenen die Schritte und Vorhaben endlich transparent und nachvollziehbar werden.

Wir können heute mit der Annahme unserer beiden Anträge einen ersten Schritt in diese Richtung tun. - Lassen Sie uns endlich starten!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon oft in diesem Haus über Hochbegabung gesprochen; es ist aber nicht ein Nachweis parlamentarischer Hochbegabung, wenn wir uns immer wiederholen.

Als erstes möchte ich einen Dank an die Ministerin dafür richten, daß sie hier einen Bericht und ein Konzept vorgelegt hat, in dem wir sehr viel Bemerkenswertes und Unterstützenswertes finden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Außerdem möchte ich meine Anerkennung gegenüber der CDU aussprechen, daß sie Anstöße gegeben hat, die die parlamentarische Diskussion befruchtet haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Auch wenn es hier nur einen kleinen Kreis von Interessierten gibt, sollten wir gemeinsam überlegen, was es für Grundeinsichten gibt, die in der Debatte, im Bericht und im Konzept vorhanden sind, und wie wir sie weiterentwickeln können. Eine Grundeinsicht ist für meine Fraktion, daß Hochbegabung offensichtlich ein integrierter Teil im gesamtschulischen System ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man kann Hochbegabung nicht abspalten, sie gehört in bezug auf Differenzierung, auf Integration, auf Unterrichtsmethoden und auf Projektansätze in die Schule mit hinein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten mehr Aufmerksamkeit auf diese Form der Teilhabe an gesamtschulischen Angeboten richten.

Mit der zweiten Grundeinsicht möchte ich einen Punkt ansprechen, der nicht nur uns Schulpolitiker, sondern uns alle - vielleicht als Eltern oder Verwandte - angeht. In dem Bericht der Regierung ist die bemerkenswerte Aufforderung enthalten, daß man sich insbesondere auf **Hochbegabung bei Mädchen** konzentrieren solle. Was verbirgt sich dahinter? - Wissenschaftler sagen, daß rund 50 % der Hochbegabungen nicht erkannt werden. Gleichzeitig sagen sie, daß der Anteil von nicht erkannten hochbegabten Mädchen überproportional hoch ist. Das hat etwas mit unserer Grundwahrnehmung von Begabung bei Mädchen im Unterschied zu Jungen zu tun.

In der „Frankfurter Rundschau“ gab es im Juli dazu einen Bericht, der analysiert, mit welchen Strukturen das zu tun hat. - Es hat etwas mit den tieferliegenden Verhaltensstrukturen zu tun. Männliche Hochbegabte reagieren aggressiv, demonstrativ gelangweilt, störend und provozieren dadurch Aufmerksamkeit. Das sind alles Formen der klassischen Sozialisation, die in bezug auf Jungen und Mädchen in unserer Gesellschaft noch nicht ausgelöscht sind. Lehrer und Eltern reagieren genauso. Sie haben - auch wenn es immer rühmliche Ausnahmen gibt - eher Erwartungen an Jungen, bei ihnen eher ein Bild vor Augen, was aus ihnen werden könnte als bei Mädchen.

Eine weitere Komponente ist, daß sich Mädchen, die besondere Interessen entfalten, die mit der Hochbegabung einhergehen, stärker von der Gruppe der Gleichaltrigen - für Kinder immer ein wichtiger Wert - isolieren, als es Jungen tun, von denen man eher erwartet, daß sie den Marschallstab im Tornister haben. Ich spreche das Thema hier an, weil sich Gleichstellungspolitik und Förderpolitik, die ja ein Nahziel dieser Regierung sind, darin widerspiegeln. Wenn, wie in dem Konzept angekündigt wird, Materialien zur Erkennung und Beratung in Schulen, Kindertagesstätten und anderen gesellschaftlichen Bereichen verteilt werden, bitte ich darum, daß das immer mit besonderem Hinweis auf das Begabungspotential bei Mädchen geschieht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Eine dritte Grundeinsicht ist, daß Hochbegabung Teil einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe ist. Frau Röper, natürlich werden alle Fragen, die Sie als Opposition pflichtschuldig stellen, wenn ein Konzept vorgelegt wird, abzuarbeiten sein. Wir haben aber auch die

gemeinsame Aufgabe, zusätzliches Interesse in wirtschaftlichen Bereichen und in Stiftungsbereichen zu wecken. Schon mit wenig Geld kann eine Menge bewegt werden.

Am Ende meiner Rede komme ich noch auf ein Beispiel aus meiner Heimatstadt zurück. Die 3.000 DM, die ein doppelter Jugendpreisträger von „Jugend forscht“ vom Bundespräsidenten bekommen und in chemische Reagenzien umgesetzt hat, waren wenig Geld, bedeuteten aber für den Preisträger ungemein viel. Wenn Sie in den genannten Bereichen ein Interesse wecken können, dann ist Hochbegabung, eine Zuwendung zu dieser besonderen - auch eine besondere Intensität an Material erfordern - Auseinandersetzung mit intellektuellen anderen Aufgaben etwas, was gesamtgesellschaftlich auch konstruktiv aufgenommen werden kann.

Die vierte Grundeinsicht ist, Hochbegabung braucht **Förderung**. Wir finden das in vielem wieder, was im Konzept enthalten ist. Ich möchte mich deshalb in der Kürze der Zeit auf drei eher kritische Punkte beschränken. Zum einen sollte man über das nachdenken, was die Ministerin in bezug auf das **Einschulungsalter** mit fünf Jahren gesagt hat. Ich habe mich a) gewundert, b) geärgert, und c) habe ich gar nicht gewußt, daß der Rüttgers so dumm sein kann, die Debatte um das Einschulungsalter so einzuläuten, wie er das gemacht hat. Es ist doch so, daß wir in bezug auf die veränderte Kindergartenpädagogik erleben, daß beim Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz allen Kindern mit fünf Jahren nicht Aufbewahrung, sondern Förderung zuteil wird. Dort hat sich die Kindergartenpädagogik nachhaltig verändert. Insofern ist es schon eine Beleidigung, die Rüttgers gegenüber dem Stand der Kinderpädagogik ausgesprochen hat. Ich weiß nicht, wem er damit einen Gefallen tun wollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns weiter fragen, was wir eigentlich gewinnen, wenn wir darauf insistieren - wie es die CDU tut -, Hochbegabte schon mit fünf Jahren für die Schule zuzulassen. Gleichzeitig sagt die CDU auf Bundesebene, das solle für alle gelten.

Es ist so, daß Rüttgers sich im Text etwas anders ausgedrückt hat, als es die Medien transportiert haben. Wir wollen aber festhalten, daß er die besondere Förderung - auch im Einschulungsalter - bei all denjenigen, die davon profitieren können, und gleichzeitig den fließenden Übergang vom

Kindergartenangebot zur Schule für alle Kinder im Alter von fünf bis sechs Jahren fordert. Es wäre schön, wenn wir das gemeinsam festhalten könnten, denn sonst geriete Ihr eigenes Anliegen darüber in Zweifel.

Ein zweiter kritischer Punkt ist, daß es auf der einen Seite natürlich so ist, daß das Überspringen von Klassen etwas ist, das Hochbegabten die schulische Laufbahn erleichtern kann, und daß diese Möglichkeit im Konzept zu Recht ausgedehnt werden soll. Auf der anderen Seite hat es in Hamburg einen Bund-Länder-Kommissionsversuch gegeben, dessen Ergebnis ich hier kurz darlegen möchte. Man hat verschiedene Schulen - Gymnasien und Gesamtschulen - genommen und unterstellt, man würde über geeignete Maßnahmen - dort gab es für Gruppen von Überspringern sieben Wochenstunden Extraförderunterricht - zwei bis drei Kinder pro Klasse zu einem solchen Springerangebot hinführen können. Das Ergebnis war, daß das bei 1,6 Kindern pro Schule funktioniert hat. Das ist allerdings eine deutliche Steigerung gegenüber der normalen Springerrate von 0,14 Kindern pro Schule. Ein Grund, weshalb Eltern und Kinder es oft nicht gemacht haben, war, daß sie den Klassenverband nicht verlieren wollten, weil es für sie wichtig war, im Klassenverband lernen und bestehen zu können. Ich glaube, daß wir uns mehr darauf konzentrieren sollten, nicht das Springen zu absolutieren, sondern das differenzierte Fördern im Klassenverband herauszustellen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil das offensichtlich im Interesse von Eltern und Kindern liegt, und auch von der Differenzierung her, die wir in der Schule insgesamt brauchen, der ertragreichere Weg - vielleicht aber auch der schwierigere Weg - sein könnte. Damit wäre die andere Möglichkeit nicht ausgeschlossen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist genau der Punkt!)

Diese Untersuchung hat ebenfalls gezeigt, daß die Kinder, die eine Klasse übersprungen hatten, nicht den gleichen Leistungsstand im Vergleich zu den anderen hatten; sie konnten nicht das gleiche Notenniveau - wenn man das als einzigen Maßstab nehmen will - in die nächste Klasse übertragen.

Ein weiterer kritischer Punkt: Manchmal frage ich mich, ob die Auseinandersetzung dieser Gesellschaft mit Hochbegabung uns zu schnell vergessen läßt - man soll vorsichtig mit Unterstellungen sein, aber vielleicht haben manche auch ein Interesse daran, es vergessen zu

machen -, daß an ganz anderer Stelle Begabungen von Kindern und Jugendlichen nicht ausgeschöpft werden, weil es dort nach wie vor soziale Diskriminierung gibt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In Hamburg hat es eine Studie gegeben, daß Eltern, die sich entscheiden sollten, ob sie ihr Kind beim Gymnasium oder bei einer anderen Schulform anmelden sollten, den Ratschlag für eine gymnasiale Bildung bekamen, wenn sie selbst eine akademische Ausbildung hatten, dagegen Arbeiterkinder, Angestelltenkinder, Ausländerkinder, Asylbewerberkinder und so weiter diesen nicht bekamen. Diese Vorurteile bestehen weiter. Das führt dazu, daß Begabungen - jenseits von Hochbegabungen - nicht ausgeschöpft werden. Daran müßten wir aber ein Interesse haben, weil es hierbei um eine viel größere Zahl von Betroffenen geht. Wir haben in Deutschland leider einen Rückgang an geförderten Kindern aus sozial schwächeren Schichten, aus bildungskleineren Schichten erlebt. Wir waren schon einmal etwas weiter, wenn wir an die Denkschrift „Begabung und Lernen“ des Deutschen Bildungsrates von vor 25 Jahren denken. Wenn es uns gelingt, Hochbegabung ernst zu nehmen, gleichzeitig aber auch den Einsatz für Begabungen in weiteren Kreisen der Bevölkerung, die sozial diskriminiert sind, zu unterstützen, wäre das ein rundes Konzept.

Ich möchte mit der Schilderung eines Erlebnisses schließen, das unser Umweltminister - der jetzt gerade nicht da ist - sich nicht hat nehmen lassen. In Elmshorn, am traditionsreichen Bismarck-Gymnasium - wo ich nie zu den Hochbegabten zählte -, gibt es einen jungen Menschen, der jetzt schon zweimal den Preis „Jugend forscht“ im Bereich der Chemie gewonnen hat und dessen Biographie beispielhaft ist. Mit neun Jahren bekam er den ersten Chemiebaukasten. Dann durfte er einmal eine Klasse auf dem Gymnasium überspringen; er macht jetzt sein Abitur.

Wodurch ist er besonders gefördert worden? Er ist dadurch gefördert worden, daß er einen Lehrer hatte, der sich nicht fragte, was er an Entlastungsstunden kriegt, sondern der sich fragte, was er mit dem Schüler zusammen lernen kann und wie ihn der Schüler fordert.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Lehrer hat einem Schüler, der noch nicht in die Oberstufe hineingehörte, angeboten, ihn in den Chemieleistungsbereich mit hineinzunehmen. Der

Schüler ist ferner dadurch gefördert worden, daß er einen Hausmeister gefunden hat, der ihm den Schlüssel für den Chemieraum gegeben hat, so daß er nicht nur zu Hause im Keller, sondern auch im Chemieraum der Bismarckschule ständig forschen konnte. Im übrigen hat der Schüler viele kleine Geldbeiträge erhalten, so etwa 3.000 DM von „Jugend forscht“, 3.000 DM vom Bundespräsidenten. Darüber hinaus hat er Fachliteratur und anderes bekommen. Schließlich war dieser Schüler, was die Eltern und die Lehrer betrifft, von Glück gesegnet. Dies gilt auch für die Schulleitung, die das, was wir uns in der Auseinandersetzung mit Hochbegabten wünschen, in folgende Worte gekleidet hat: Dieser Eike Hübner - so heißt er - ist ein stinknormaler junger Mann, der das einfach unbefangen schaffte. - Wenn wir das in bezug auf Hochbegabte sagen können, dann haben wir das erreicht, wozu wir jetzt schon etliche Debatten geführt haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Anke Spoorendonk [SSW] - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Konzept der Landesregierung und die Anträge der CDU belegen, daß es eine Annäherung der Standpunkte gegeben hat. Das ist gut für die Betroffenen, wie viele es auch immer sein mögen. Vielleicht gelingt es im Zuge der Umsetzung des Konzepts, statistische Daten zu ermitteln, die uns die Einschätzung der Größenordnung dieses Problembereichs in der Bildungspolitik erleichtern. Herr Dr. Rossmann hat darauf in seiner - wie ich finde - beachtenswerten Rede hingewiesen.

Wir stimmen darin überein, daß es zu einer sachgerechten Flexibilisierung der Schullaufbahn kommen muß. Von einer generellen Einschulung ab fünf Jahren halten wir - auch da stimme ich mit Herrn Dr. Rossmann überein - nichts. Der frühe Einschulungstermin sollte an die Diagnose besonderer Begabungen, die in den Kindertagesstätten möglicherweise manchmal nicht ganz ausreichend gefördert werden können, gekoppelt bleiben, wobei ich hinzufügen möchte: Das ist natürlich auch immer eine Frage an die Elternhäuser. Ich kann mich gut daran

erinnern - das schätze ich auch aufgrund meiner umfangreichen beruflichen Praxis so ein -, daß sich Kinder in der Zeit des Übergangs zur Grundschule, also vom Ende des vierten beziehungsweise fünften Lebensjahres und dem beginnenden sechsten Lebensjahr in einer Weise interessieren und in der Lage sind zu lernen, daß Eltern und auch die Kinder selber häufig das Gefühl haben, daß die Kinder nicht ausgelastet sind. Die Kinder fangen an zu lesen und zu schreiben, bevor sie in die Schule kommen, und man denkt, wie es überhaupt noch weitergehen soll. Ich persönlich bin damit so umgegangen, daß ich anfang, mit meiner Tochter Englisch zu sprechen, was ganz sicher eine gute Sache war. Später hat sie Anglistik studiert und war darin ziemlich erfolgreich.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber das nur als Beispiel nebenbei. Ich will das - Herr Dr. Rossmann hat das auch angesprochen - gar nicht mit wissenschaftlichen Untersuchungen belegen. Wir alle haben in unserem näheren oder weiteren Umfeld solche Erfahrungen gemacht.

Aus meiner Sicht wäre es also wünschenswert, wenn es parallel zur Umsetzung des Konzepts eine **Begleituntersuchung** gäbe, um zu ermitteln, welche Maßnahmen denn wirklich hilfreich sind. Die Kollegin Sabine Schröder hat in ihrer Pressemitteilung zum Bericht bereits zu Recht darauf hingewiesen, daß es zwischen Unter- und Überforderung der betroffenen Kinder nur eine schmale Grenze gibt, die es zu beachten gilt, wobei ich glaube, daß Jungen an dieser Stelle durchaus empfindlicher reagieren als Mädchen. Abgesehen davon gibt es die bekannten Wahrnehmungsprobleme im Klassenverband. Das gibt es keineswegs nur bezogen auf die Hochbegabten, sondern im Hinblick auf die Aufmerksamkeit der Lehrer gegenüber Mädchen und Jungen insgesamt. Vielleicht läßt sich eine solche Untersuchung - das wäre unsere Idee dazu - kostensparend im Rahmen einer Examensarbeit durchführen, wenn die pädagogischen Abteilungen unserer Hochschulen dafür interessiert werden können.

Mit flexiblen Eingangsphasen und der Fortentwicklung binnendifferenzierter Unterrichts sind wir meines Erachtens auf dem richtigen Weg, um begabungsgerechtes Lernen zu ermöglichen. Der pädagogische Konflikt zwischen Gleichheit und Auslese wird sich sicherlich nie vollständig lösen lassen. Die Grundsätze integrativer Pädagogik haben aber auch im Hinblick auf besonders begabte Kinder

ihre Gültigkeit. Auch besonders begabte Kinder müssen im Unterricht Angebote bekommen, die zieldifferentes Lernen ermöglichen.

Schließlich betrachte ich auch das Angebot jahrgangübergreifender Lerngruppen als ein Modell dafür, wie Kindern ermöglicht werden kann, in einem stabilen sozialen Umfeld - das scheint mir gerade bei Hochbegabung, aber auch bei niedriger Begabung wichtig zu sein - voneinander zu lernen. Soziale Kompetenz gehört in meinen Augen zu einer vollständigen Definition von Intelligenz dazu. Die altersgemischte Lerngruppe ist eine Chance für Kinder, die in der heutigen, von Vereinzelung geprägten Kindheit nur eingeschränkte Möglichkeiten für soziale Erfahrungen haben.

Wir werden uns daher bei der anstehenden Schulgesetznovelle dafür einsetzen, daß jahrgangübergreifende Klassenbildungen zugelassen werden und den Schulen eine Erprobung ermöglicht wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Konzept der Landesregierung sieht die Stärkung der Diagnostik von Hochbegabung vor. Meines Erachtens ist es notwendig und sinnvoll, das Lehrpersonal und die Erzieherinnen und Erzieher bereits in der Ausbildung mit dem Thema Hochbegabung vertraut zu machen. Diese Absicht der Landesregierung findet daher unsere volle Unterstützung. Man muß dazusagen, daß schon heute verschiedene Schritte ausgenutzt werden könnten, nach meinem Dafürhalten auch sollten.

(Ursula Röper [CDU]: Wo denn?)

Allerdings brauchen wir - das ist richtig, Frau Röper -, wenn wir wirklich zu tragfähigen Konzepten kommen wollen, die wir verantwortungsbewußt finanzieren können, sicherlich Zeit, um das zu entwickeln. Daher sollten wir jetzt nicht irgendeinen Schnellschuß tun, weil wir meinen, irgend etwas Gutes machen zu müssen. Vielmehr brauchen wir eine eingehende Beratung im Ausschuß. Daher plädiere ich dafür, dies in den Ausschuß zu überweisen und bei der Novellierung des Schulgesetzes zu berücksichtigen.

(Ursula Röper [CDU]: Das diskutieren wir seit drei Jahren!)

Mit Interesse habe ich dem Bericht der Landesregierung entnommen, daß die Lehrkräfte

aufgefordert werden sollen, in der Grundschulphase - ich sagte es bereits - ihr Augenmerk auf die besondere Begabung von Mädchen zu richten. In der tradierten Neigung von Mädchen, sich anzupassen, bleiben besondere Begabungen offenbar leichter unerkannt. Dieser geschlechtsspezifische Aspekt des Themas sollte auch bei der Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals berücksichtigt werden.

Abschließend stelle ich fest, daß wir uns in der Sache weitgehend einig sind. Die CDU hat dem Ministerium mit ihren Anträgen vielleicht Arbeit abgenommen, aber auch Anstöße für bestimmte Anstrengungen gegeben. Das ist ein Beispiel für Zusammenarbeit in der Sache, das hier nicht zerredet werden sollte. Andererseits glaube ich, daß natürlich jede Partei beziehungsweise Fraktion ihre kaiserlichen Werften hat. Ich freue mich, Frau Röper, daß Sie es geschafft haben, ein Stück vorwärts zu kommen. Das gönne ich Ihnen. Aber ich bin sicher: Wenn die Situation umgekehrt wäre, würden Sie uns mindestens genauso lange zappeln lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht zur Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher in der Schule ist eine angenehme Überraschung; denn es handelt sich um eine durchweg positive, aus Sicht der F.D.P.-Fraktion jedenfalls sehr zu begrüßende Ausarbeitung des Bildungsministeriums, das uns in dieser Hinsicht bekanntermaßen nicht besonders verwöhnt.

Daß sich die Frau Kollegin Röper in ihrer Presseerklärung vom 5. Juni und auch heute in ihrer Rede in heller Empörung darüber beschwert hat, daß viele Punkte aus früheren Anträgen der CDU zu diesem Thema von der Regierung abgekupfert seien, ist menschlich sicherlich verständlich. Aber, liebe Frau Röper, lassen Sie sich einen guten Rat geben: Beschweren Sie sich lieber dann, wenn die Sozialdemokraten sozialdemokratische Vorstellungen vervielfältigen. Falls die Sozialdemokraten jedoch ganz oder teilweise Konzepte der Opposition kopieren, sollten Sie sie dafür loben; denn schließlich nehmen sie uns in einem doppelten Sinn die Arbeit ab. Im übrigen ist das nach unserer Erfahrung der einzige Weg, um aus der Opposition heraus überhaupt in die konkretere

Regierungsarbeit hineinwirken zu können. Meine Fraktion hat da einschlägige Erfahrungen gemacht.

Bei aller Zufriedenheit, in die ich den Dank an die Mitarbeiter des Ministeriums einschließen möchte, gibt es freilich ein paar Wermutstropfen. Meine Damen und Herren der SPD, Ihnen wäre durchaus kein Zacken aus der ohnehin nicht mehr ganz vollständigen Krone herausgefallen, wenn Sie schon vor zweieinhalb Jahren den damals von Frau Röper von der Union präsentierten Gesetzentwurf zu einer kleinen Schulgesetzänderung bejaht hätten,

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

nämlich im Einzelfall mit einem bestimmten Prüfungs- und Begutachtungsverfahren die **Einschulung von fünfjährigen Kindern** möglich zu machen. Diese Früheinschulung wird, wenn auch - wie die Ministerin angekündigt hat - ohne den Begriff „Hochbegabung“, nun von der Regierung in der für das nächste Jahr angekündigten Schulgesetznovelle in Aussicht gestellt. Wäre die Landtagsmehrheit bereits vor zwei Jahren bereit gewesen, das so zu machen, hätten schon Kinder aus drei Schülerjahrgängen von dieser sinnvollen Öffnungsklausel profitieren können.

(Beifall bei der CDU)

Anders ausgedrückt: Weil die SPD der Opposition grundsätzlich keine erfolgreichen Gesetzesinitiativen gönnt, blieb beziehungsweise bleibt die besondere Förderung begabten Kindern aus drei Schülerjahrgängen versperrt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] - Unruhe)

Einem hierfür geeigneten Kind einen solchen Förderungsweg zu versperren, bedeutet nichts anderes, als daß man dieses Kind in seinen individuellen Lebenschancen einschränkt. Deshalb sollte die Mehrheit des Hohen Hauses meines Erachtens jedenfalls jetzt bereit sein, dem erneut von der Kollegin Röper vorgelegten Gesetzentwurf zu folgen und es ermöglichen, daß jedenfalls zum nächsten Einschulungstermin sichergestellt wird - auch wenn es nur wenige Kinder in Schleswig-Holstein sein mögen - , daß diese davon profitieren können.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns das nicht aus dem formalen Grund, das in eine große Schulgesetznovelle im nächsten Jahr

hineinpacken zu wollen, noch einmal um ein Jahr hinausschieben. Darum bitte ich Sie ganz herzlich.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das wollen wir auch nicht!)

- Gut, ich danke Ihnen, Frau Fraktionsvorsitzende.

Außerdem erwarte ich vom Ministerium, daß es uns in der Ausschußdiskussion über den Bericht darlegt, wie die Umsetzung der geplanten Maßnahmen im einzelnen über das hinaus, was im Bericht genannt ist, erfolgen soll. Das gilt insbesondere für die besonders notwendigen Fortbildungskonzepte für die Lehrer. Das ist von einigen Vorrednerinnen und Vorrednern schon angesprochen worden. Hier kommt es nach unserer Auffassung besonders darauf an, schnell wirksame Fortbildungsangebote für die Lehrer in den Schulen bereitzustellen.

Dem Antrag der Unionsfraktion, das **Überspringen** auch an Grundschulen zu ermöglichen, stimmen wir zu. Ich finde es grundsätzlich richtig, gut und begrüßenswert, daß wir in der Sache, im Kern eine breite Übereinstimmung bei dem Thema haben. Unser Ziel muß es sein, den hochbegabten Kindern und Jugendlichen Lust am Lernen in der Schule zu vermitteln und das Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu verwirklichen. Zugleich tun wir damit Gutes für unsere Gesellschaft, die eines Tages von den Fähigkeiten und Leistungen der besonders begabten jungen Menschen profitieren wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute nicht zum erstenmal mit besonders begabten Kindern und Jugendlichen. In der letzten Wahlperiode wurde eine Anhörung durchgeführt, in der auch betroffene Eltern zu Wort kamen, die sich oftmals in Vereinen zusammengefunden haben. Weil wir uns bereits häufiger mit den Problemen hochbegabter Kinder befaßt haben, dürfte die grundsätzliche Haltung des SSW hierzu bekannt sein, die sich in zwei Aussagen zusammenfassen läßt.

Erstens. Der SSW ist gegen eine zusätzliche Herabstufung des Einschulungsalters.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Zweitens. Der SSW befürwortet die Alternative, Schüler Klassen überspringen zu lassen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Heute möchte die CDU-Fraktion sowohl die Herabstufung des Einschulungsalters als auch das leichtere **Überspringen von Klassenstufen** erreichen. Das Erleichtern des Überspringens von Klassen kann durch Zustimmung zum entsprechenden Antrag gewährleistet werden, weil es dazu lediglich der Modifizierung der Grundschulordnung bedarf. Die Senkung des Einschulungsalters erfordert demgegenüber eine Änderung des Schulgesetzes.

Gleichzeitig legt uns der Bericht der Landesregierung das Konzept zur Förderung von besonders begabten Kindern und Jugendlichen vor. Auf diesen Bericht möchte ich als erstes näher eingehen.

Der SSW hat seinerzeit die Erstellung dieses Berichts befürwortet. Wir waren daran interessiert, ob und gegebenenfalls was von wem für Hochbegabte getan wird. Wir wollten dadurch einen Ausgangspunkt zur Anstellung weiterer Überlegungen erhalten. Das hat sich erübrigt, weil damals gleichzeitig ein Konzept zur Förderung besonders Begabter beschlossen wurde. Im Bericht heißt es, daß Kinder und Jugendliche durch Verkennung besonderer Begabungen, falsche Erziehungsansätze und fehlerhaftes pädagogisches Einwirken vereinsamen und psychische Fehlentwicklungen erleiden könnten. Auslösend für ihre Entwicklung zu Schulversagern sei häufig eine starke Unterforderung.

Dies entspricht den Ausführungen, die anlässlich der damaligen Anhörung von mehreren Seiten gemacht wurden. Der Bericht geht jedoch auch davon aus, daß bis zu 50 % der Kinder und Jugendlichen mit besonderen Begabungen unerkant geblieben sind, ihren Bildungsgang aber ohne Probleme durchlaufen hätten.

Künftig soll das Erkennen besonderer Begabungen möglichst frühzeitig, nämlich vor dem Wechsel in weiterführende Schulen, erfolgen. Ein Lehrbaustein in der Ausbildung aller Erzieherinnen und Erzieher sowie

der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen soll unter anderem dazu beitragen, dies zu gewährleisten.

Zur Förderung besonders begabter Kinder und Jugendlicher sieht das Konzept zwei Strategien vor. Eine Möglichkeit sollen binnendifferenzierende Maßnahmen bei Verbleiben in der jeweiligen Klassenstufe, gegebenenfalls mit Anreicherungen des Unterrichtsangebotes, darstellen. Nach dem Bericht kann besonders begabten Schülern in der Regel auch beim Verbleiben in der Klassengemeinschaft Rechnung getragen werden.

Die zweite Möglichkeit soll im beschleunigten Durchlaufen des Bildungsganges bestehen. Hinsichtlich dieses Überspringens von Klassen verweist der Bericht auf Ergebnisse wissenschaftlich begleiteter Projekte. Danach verkürzen zu wenige Kinder in der Grundschule und Schüler der Eingangsphase der weiterführenden Schulen ihren Bildungsgang durch Springen.

Eine Herabstufung des Einschulungsalters sieht der Bericht demgegenüber nicht vor. Die Ministerin hat gerade in ihrem mündlichen Bericht deutlich gemacht, wie sie dazu steht.

(Ursula Röper [CDU]: Doch, es steht drin!)

- Dann habe ich das übersehen.

Sofern dem Gedanken, die Klassenstufen 1 und 2 in der Grundschule gemeinsam zu unterrichten, landesweit Rechnung getragen würde, würde man den besonders begabten Kindern einen Gefallen tun. Das Überspringen der Klassenstufe 1 würde sich insofern erübrigen, als diese Schüler von dort direkt in die dritte Grundschulklasse wechseln könnten. Insgesamt wäre eine flexiblere Gestaltung der Grundschulphase wünschenswert. Wenn sich die Kinder einfacher hin- und herbewegen könnten, wäre das auch für die Kinder von Vorteil, die zurückgestuft werden. Die Zurückstufung wäre dann nicht gleichbedeutend mit einem Gesichtsverlust der Kinder.

Wir alle haben gelernt, daß es sich bei den besonders begabten Kindern um eine Minderheit von 2 % bis 3 % handelt. Erhalten sie keine Herausforderungen, dann ist zu befürchten, daß sie sich in sich selbst zurückziehen und Desinteresse zeigen. Das bedeutet aber, daß besonders begabte Schülerinnen und Schüler im Grunde ein erhöhtes Bedürfnis nach **individueller Zuwendung** haben. Eine solche Zuwendung erhalten sie aber nicht durch frühere Einschulung. Sie erhalten

sie letztlich auch nicht durch das Überspringen von Klassen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie Sie alle wissen, setzt sich der SSW seit jeher für eine ungeteilte Schule ein, was nicht Einheitsbrei heißt. Das möchte ich gern einmal deutlich machen. Das hat damit zu tun, daß die Schule aus Sicht des SSW nicht lediglich ein Ort sein darf, an dem der mit Scheuklappen ausgestattete Leistungserbringer herangezüchtet wird.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid
Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

In der Schule soll auch soziales Verhalten gelernt werden. Besonders begabte Kinder bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und Zuwendung. Das gilt im Grunde genommen ebenso für schwachbegabte Kinder. Je mehr man sich mit ihnen beschäftigt, um so mehr vermag man ihnen beizubringen und mit auf den Weg zu geben.

Dieses Ziel ist aber nur durch kleinere Klassen und **Binnendifferenzierung des Unterrichts** zu erreichen. Nur in kleinen Klassen können Lehrer sowohl besonders begabte als auch schwachbegabte Kinder gemeinsam unterrichten. Nur in kleinen Klassen können Lehrer auf die individuellen Bedürfnisse eines jeden Schülers eingehen.

Das Schlagwort muß also lauten: Das Kind im Mittelpunkt. Wenn man von den Kindern ausgeht, muß man auch das soziale Umfeld berücksichtigen. Wer in einem Elternhaus mit Klavier groß geworden ist, hat von vornherein einen Vorteil.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind schon angesprochen worden. Die Mädchen sehen in der Grundschule häufig ihre wichtigste Aufgabe darin, Beziehungen zu kitten, Klassen zusammenzuhalten. Ich halte diesen Ansatz auch für wichtig, wenn es darum geht, sich mit Hochbegabten zu beschäftigen. Aus der Sicht des SSW gehen in der schlicht leistungsorientierten Gesellschaft viel zu viele Werte verloren.

Als Argument für eine frühere Einschulung hat die CDU-Landtagsfraktion mehrfach auf Rüttgers' Thesenpapier „Projekt Zukunftschancen“ verwiesen. Ich halte es fast schon für zynisch, wenn dort ausgeführt wird, daß in deutschen Kindergärten Begabungen brachlägen. Ich frage: Sollen demnächst schon die Zweijährigen im Internet surfen, oder was will man? Immerhin stellt Rüttgers eine Alternative vor, wenn er den Fünfjährigen entweder den Besuch der Grundschule oder eine moderne Vorschulerziehung anbieten will.

Ich halte sowohl den Antrag als auch den Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion zum jetzigen Zeitpunkt für wenig konstruktiv, muß ich sagen. Nun haben wir gerade den Bericht der Landesregierung mit den entsprechenden Förderkonzepten erhalten. Damit sollten wir uns nun auch auseinandersetzen.

(Ursula Röper [CDU]: Seit drei Jahren immer dasselbe!)

- Jetzt haben wir doch den Bericht. Ich gehe von dem Bericht aus.

(Ursula Röper [CDU]: Da steht doch die Begabtenförderung drin!)

Wir haben ja den Bericht angefordert. Deshalb verstehe ich nicht, wozu wir Gelder in Berichte investieren, wenn wir uns der Debatte berauben, indem wir die Berichte gleich von links oder von rechts mit Anträgen überholen. Ich meine, wir müssen uns zunächst mit den vorliegenden Konzepten auseinandersetzen. Das Überspringen von Klassen ist ja auch schon nach der jetzt existierenden Grundschulordnung möglich. Das sollte vielleicht erst einmal ausgeschöpft werden.

Einer Ausschußüberweisung werde ich natürlich zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem von der Opposition! Ich möchte doch noch einmal etwas zu der Situation in den Kindergärten sagen, und vor allem auch zu der Verlogenheit der Opposition an

dieser Stelle. Ich selbst habe jahrelang im Kreis Segeberg Jugendpolitik gemacht und war auch als Erzieherin im Kindergarten tätig. Immer dann, wenn es um die Diskussion über Standards in Kindergärten ging, waren die CDU und auch die F.D.P. dafür, diese Standards zu senken.

(Zuruf von der CDU: Es kommt darauf an, von welcher Höhe!)

- Es komme darauf an, von welcher Höhe, sagen Sie. Es geht um die Gruppengröße. Wer von der Opposition macht sich denn in den Kommunen stark dafür, daß die Gruppengrößen gesenkt werden? Wer macht sich denn stark dafür, daß es zwei Fachkräfte in den Gruppen gibt?

(Zuruf von der CDU: Wer soll das bezahlen?)

- Da fragen Sie: Wer soll das bezahlen? - Ich sage Ihnen: Wenn wir keine qualifizierte Arbeit in den Kindertagesstätten leisten oder sie verstärken, dann wird es natürlich dazu kommen, daß Hochbegabte dort übersehen und dann vielleicht auffällig werden und in den Kindergärten gar nicht klar ist, warum ein Kind auffällig ist. Dieses Kind dann vorzeitig in die Schule zu stecken, damit ist das Problem überhaupt nicht gelöst.

Machen Sie sich vor Ort stark für eine qualifizierte, auch teure - Bildung kostet Geld - Ausstattung in den Kindertagesstätten! Streiten Sie dort für Fachpersonal und für kleine Gruppen! Wenn sich dann bei der guten Förderung herausstellt, daß Kinder hochbegabt sind und daß es für diese Kinder sinnvoll wäre, sie aus ihrer sozialen Gruppe herauszunehmen und vorzeitig in die Schule zu integrieren, dann kann ich dazu ja sagen, aber vorher nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung unter Tagesordnungspunkt 6. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 14/899, dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse dann über den CDU-Antrag, Drucksache 14/900, abstimmen. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ist auch Ausschußüberweisung beantragt?

(Zurufe: Ja!)

- Ausschußüberweisung ist beantragt; dann geht das vor. Ich bitte um Handzeichen, wer für die Ausschußüberweisung in den Bildungsausschuß stimmen möchte. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich abstimmen zu Tagesordnungspunkt 26. Es ist Ausschußüberweisung in den Bildungsausschuß beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch der Bericht so überwiesen.

Ich höre gerade, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten und daß wir um 14:00 Uhr die Sitzung fortsetzen mit den Tagesordnungspunkten 18, 19 und 23.

(Unterbrechung: 12:46 bis 14:03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Nachmittagsitzung und rufe die Punkte 18, 19 und 23 der Tagesordnung auf.

Gemeinsame Beratung

a) Länderübergreifende Vergleiche von Schulleistungen

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/897

b) Landesweit vergleichbare Leistungsstandards

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/898

c) Schulische Bildung in Schleswig-Holstein stärken

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/904 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir bitten für die Verspätung um Entschuldigung, aber wir mußten uns auch in der Mittagspause mit dem Thema Bildung befassen. Deshalb hat sich alles etwas verzögert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tank eines Autos faßt 35 l Benzin.

(Ursula Kähler [SPD]: Das ist ein kleines Auto!)

- Ja, wir sind ja umweltbewußt, Frau Kollegin. Das Auto verbraucht 7,5 l Benzin auf 100 km. Eine Fahrt über 250 km wurde mit vollem Tank begonnen. Wieviel Benzin ist am Ende der Fahrt noch im Tank?

(Heiterkeit)

Oder ein anderes Beispiel: Wenn $3(x+5) = 30$ ist, was ist dann x ?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt weiß ich, warum so viele Schüler lieber Lehrer werden wollen!)

Die Antwort überlasse ich Ihnen. Das sind Fragen, die nicht nur Schüler von achten Klassen an vielen Orten beschäftigt haben. Sie haben mittlerweile als Bestandteile der Dritten Internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie zur **Ermittlung** und zum **Vergleich** von **Schulleistungen** politische Schlagzeilen gemacht.

Dabei haben die erwähnten Fragen einen Vorzug: Wir müssen nicht über die Antworten streiten, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses. Die Antworten lauten übrigens: 16,25 l und fünf.

Aber wir meinen auch, daß bei allen unübersehbaren Unterschieden in der Schulpolitik zwischen uns und der derzeitigen Regierungskoalition von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über unsere heute eingereichten Anträge leicht Einvernehmen zu erzielen wäre, wenn wir uns auf drei Feststellungen verständigen könnten:

1. Es ist ein Verfassungsgebot, allen Schülerinnen und Schülern unabhängig vom Wohnort **vergleichbare Bildungschancen** einzuräumen. Die Einhaltung dieses

Gebotes läßt sich aber nur feststellen, wenn wir wirklich vergleichen können.

2. Wir haben zu gewährleisten, daß sich junge Menschen auch im zunehmenden **internationalen Wettbewerb** behaupten können. Und wir haben dafür Sorge zu tragen, daß die Haushaltsmittel der Bildungsetats optimal eingesetzt werden. Darin sind wir uns nach meiner Meinung auch einig.

3. Um diese Ziele zu erreichen, muß eine Voraussetzung erfüllt sein. Wir brauchen solide **Daten zum Stand unseres Bildungswesens**. Wir brauchen Informationen, die uns sagen, wo Schleswig-Holstein inhaltlich in der Substanz steht.

Nach dem neusten Bericht der OECD erreichen deutsche Schüler in einem Mathematikvergleich der achten Klassen den 16. Platz unter 26 Ländern, und zwar knapp vor Neuseeland und deutlich hinter Rußland, Irland oder der Tschechischen Republik.

Wenn wir in wirtschaftspolitischen Debatten ständig von der Globalisierung sprechen, die alles erklären und entschuldigen soll, dann müssen wir uns klar machen, daß es hier nicht nur um Produktionsziffern geht. Für den einzelnen heißt das auch, sich aufgrund von Qualifikationen zu behaupten, die er oder sie zunächst einmal zu Hause erworben hat. Hinzu kommt natürlich - das ist die andere Seite der Medaille -, daß **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** ganz unmittelbar etwas mit **Bildung** zu tun hat.

(Beifall bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

- Deshalb müssen uns die erwähnten Ergebnisse des Berichtes der OECD alarmieren, Frau Kollegin Walhorn.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Noch bedenklicher ist die einleitende Feststellung der Dritten Internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie, in der es heißt:

„Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wenigen Industrienationen, die zwar ein komplexes System der Steuerung des im deutschen Fall föderalen Bildungssystems entwickelt haben, aber auf nationale Qualitätskontrollen der Ergebnisse von

Bildungsprozessen und deren Justierung im internationalen Vergleich praktisch verzichten.“

Hier muß dringend etwas getan werden. Nehmen wir nicht die Beteiligung an der TIMSS-Studie als Kissen für weitere Schlafmützigkeit!

Es ist das erste Mal seit 25 Jahren, daß wieder **verlässliche Daten** verfügbar sind, die Auskunft über den **Ausbildungsstand** ausgewählter Schülerjahrgänge geben. Es ist zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler dieser Generation, wenn wir gemeinsam nicht alles unternehmen, um Bildung auf der Grundlage solider Daten und mit Blick über den regionalen Tellerrand betreiben.

Ein weiteres kommt hinzu: Die Studie hat zumindest punktuell neben dem internationalen Vergleich auch **vergleichende Erhebungen innerhalb Deutschlands** einbezogen. Die Ergebnisse sind nicht wenig bemerkenswert. Denn das Leistungsgefälle in Deutschland bei Schülern der achten Klasse zwischen einem Bundesland A und einem Bundesland B - es ist bekannt, daß es sich dabei um die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern handelt - wird darin auf bis zu 1,5 Schuljahre beziffert.

Man stelle sich vor, bei einer Schulpflicht von neun Jahren ein Leistungsgefälle bis zu 1,5 Jahren! Was bedeutet das für Schülerinnen und Schüler im Wettbewerb um Lebenschancen, aber auch - der Finanzminister ist leider nicht da - für die Effizienz der in Bildung investierten Mittel? Hier geht es nicht um Peanuts, sondern um Milliarden.

Ich will am Rande darauf hinweisen, daß die Differenz von 1,5 Jahren in einer Größenordnung liegt, die wir regelmäßig als schleswig-holsteinisches Defizit bei einem Vergleich der Zahlen über die Unterrichtsversorgung gegenüber Bayern festgestellt haben.

Hier muß endlich etwas geschehen. Sicher müssen wir auch darüber reden, was es bedeutet, daß eine Schulform 30 % teurer als jede andere **Schulform** geschätzt wird und im Leistungsvergleich wie im Bereich des sozialen Lernens deutlich schwächer abschneidet.

Wir diskutieren über unsere Anträge Drucksachen 14/897 und 14/898 zur Leistungserhebung gemeinsam mit unserem Entschließungsantrag „Schulische Bildung in Schleswig-Holstein stärken“. Dieser Antrag befaßt sich unter Voraussetzung der bekannten Bildungs- und Erziehungsziele in sechs Punkten mit

Rahmenbedingungen und Grundforderungen. **Verbindliche Festlegungen** zum Beispiel auf Fachlehrkräfte, auf Studententafeln und Vergleichbarkeit sollen dazu beitragen, die notwendigen Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit unserer Schulen zu verbessern.

Die Fragen, die zum Thema Bildungserhebungen aufgeworfen worden sind, sollten es uns allen in diesem Haus leichtmachen, den Anträgen der CDU zuzustimmen -

(Beifall bei der CDU)

dies um so mehr, als es deutliche Signale von sozialdemokratischen Ministern aus anderen Ländern gibt. Ich nenne hier Herrn Wernstedt aus Niedersachsen und Frau Behler aus Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Mit der Umsetzung unserer Anträge könnten wir eine wesentliche Verbesserung der **Entscheidungsgrundlage für Bildungsinvestitionen** erreichen. Niemand muß deshalb seine schulpolitischen Grundüberzeugungen aufgeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es geht allein um eine Verbesserung der Datenlage. Wir können zu einem effizienten Einsatz der Mittel kommen, und - das ist das Wichtigste - wir könnten die Chancen für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein wirksam verbessern. Daß natürlich Erhebungen, die uns internationale Vergleiche ermöglichen, daß Daten zwischen den Ländern nur Sinn haben, wenn wir zuvor feststellen, wie es denn im Lande zwischen Niebüll und Büchen, zwischen Büsum und Puttgarden aussieht, liegt auf der Hand. Was im Bereich der Wirtschaft selbstverständlich ist, nämlich unterstützende, fördernde Mittel auf der Grundlage gesicherter Daten einzusetzen, das muß auch im Bildungsbereich selbstverständlich werden.

Ein großer Teil der Proteste von Eltern, Schülern und Lehrern gegen die Politik der derzeitigen Bildungsministerin ist durch Probleme vor Ort ausgelöst worden, weil sich Schüler benachteiligt sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen wir also die Entscheidung zur Bildungspolitik gemeinsam auf eine solide Grundlage, fassen wir den bundesstaatlichen

Wettbewerb ins Auge, und folgen wir in der Bildungspolitik endlich denen, die zu Recht sagen: Die Regionen sind das eine, das größere Europa ist das andere. Wie gut wir trotzdem sind, darüber wird in diesem Hohen Hause entschieden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU hat die sogenannte TIMSS-Studie bereits in einer Reihe von Landtagssitzungen zum Anlaß genommen, die Leistungsfähigkeit der Schule im jeweiligen Land zu hinterfragen. Die Absicht ist klar: Wo die CDU regiert, sind die Schulen besonders leistungsfähig,

(Beifall bei der CDU)

wo sie opponiert, soll der Finger auf die vermeintlichen Defizite gelegt werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wo Sie recht haben, haben Sie recht! - Angelika Volquartz [CDU]: Warum machen das dann auch Frau Behler und Herr Wernstedt? Das sind doch Sozialdemokraten!)

Es geht um **schulische Leistung**, ihre **Meßbarkeit** und **Vergleichbarkeit**. Wären es doch nur die Kulturtechniken Lesen, Rechnen, Schreiben! So einfach ist unser komplexes Leben im internationalen Verflechtungsbereich mit schnell veraltetem Wissen, Verfall von sozialen Bindungen, fehlenden Ausbildungsplätzen und Armut nicht zu bewältigen.

(Zurufe der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Angelika Volquartz [CDU])

Schulische Vorbildung ist und bleibt, Frau Kollegin Volquartz, eine wichtige Voraussetzung zur Bewältigung schwieriger Lebensaufgaben. Darin sind wir uns einig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dazu gehören **Anforderungen, Mühe, Erfolg**. Doch ich frage mich, wer mehr leistet, ein geistig behindertes Kind, das statt 20 Rechtschreibfehlern im Diktat nur

noch zehn macht, oder ein begabtes Kind, das sich wenig Mühe geben muß und sich drei Fehler leistet.

Eine Untersuchung an Hamburger Grundschulen - sie soll übrigens eine halbe Million DM gekostet haben - stellt fest, was Fend schon vor Jahrzehnten wußte: Leistungen sind auch abhängig von der sozialen Struktur des Stadtteils.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Was besagt eine Zwei in Mathematik an einer Hauptschule im sozialen Brennpunkt einer Stadt im Vergleich zu einer Zwei in einer dörflichen Idylle, obwohl vielleicht die Gaußsche Glockenkurve stimmt?

Herr Dr. Klug, auch der F.D.P.-Satz „Leistung muß sich wieder lohnen“ ist für manch einen Arbeitslosen mit exzellenten Schulabschlüssen blanker Zynismus.

(Frauke Walhorn [SPD]: So ist es!)

Abfragbares, vergleichbares Wissen als Leistung zu deklarieren, greift zu kurz. Die Tarifpartner auf Bundesebene, die Arbeitsämter und die Hochschulen sehen das Denken in Einmaleins- und Dreisatzkategorien längst als überholt an. Sie fordern von der Schulbildung Lernen zu lernen, Teamfähigkeit, Kreativität, selbständiges Planen, Durchführen, Kontrollieren, mehr Wissen über Studiengänge und berufliche Möglichkeiten. Ist das so einfach zu messen und abzufragen?

Die TIMSS-Studie übrigens bescheinigt den **Schülern** - das ist richtig festgestellt - **mittelmäßige Mathematik- und Naturwissenschaftsleistungen** im Ländervergleich, nicht mehr und nicht weniger. Frau Volquartz, aber Sie scheinen nicht gründlich genug gelesen oder zugehört zu haben; denn wir waren ja gemeinsam im Conti-Hansa, als darüber referiert wurde. Die Analyse der **Ursachen** widerspricht einfachen Denkstrukturen.

Erstens. Die Leistungen sind unabhängig von der Organisationsstruktur der Schulsysteme. Im übrigen hat Japan nur Gesamtschulen.

Zweitens. Schulunlust und Interessensabfall werden beklagt.

Drittens. Defizite bundesrepublikanischer Leistungen liegen im Mangel an konzeptionellem Denken und am Verständnis naturwissenschaftlicher Arbeitsweisen.

Viertens. Teilwissen sollte systematisch wiederholt werden.

Fünftens. Es mangelt an motivierenden Lerngelegenheiten und an Zeit für den individuellen Prozeß des Erarbeitens.

Sechstens. Die Übungen sind nicht variationsreich und anspruchsvoll genug.

Siebtens. Statt abfragbares Wissen einzupauken, müssen problemorientierte Aufgaben mit offenen Lösungen gestellt werden.

Achtens. Die Unterrichtsinhalte müssen in flexiblen Sozialformen vermittelt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD -
Angelika Volquartz [CDU]: Immer noch
nichts begriffen!)

An diesen **Voraussetzungen für hohe Leistung** fehlt es an unseren Schulen - nicht an zu testendem, abfragbarem Wissen. Hier muß die Bildungspolitik ansetzen, und die Lehrplanreform war ein erster Schritt, Frau Ministerin. Die Anforderungen an Lehreraus- und -fortbildung müssen folgen.

Die Kultusministerkonferenz hat bereits 1979 die einheitlichen **Prüfungsanforderungen für Abiturprüfungen** beschlossen und seither regelmäßig überarbeitet, und zwar für insgesamt 35 Fächer, von denen viele nur an sehr wenigen Schulen in zwei oder drei Ländern unterrichtet werden. Rahmenrichtlinien von knapp 30 und weit über 100 Seiten regeln das Abitur bis hin zu Fächern wie Ernährungslehre, Psychologie, Polnisch oder Türkisch. Diese Vereinbarungen, deren Zweck explizit darin besteht, einerseits die nötige Gestaltungsfreiheit zu erhalten, andererseits aber die Kompatibilität zu gewährleisten, lagen und liegen selbstverständlich auch der Neufassung der Lehrpläne zugrunde. Deshalb gilt für die Vereinbarungen über die Schularten und Bildungsgänge der Sekundarstufe I der KMK-Beschluß von 1993.

Auch ich will mehr Leistung an den Schulen. Dazu gehört natürlich auch die Wissensvermittlung, aber es gehören auch sozialpädagogische Fähigkeiten, Didaktik und Methodik dazu. Ich wehre mich nicht gegen Ländervergleiche. Sie müssen aber Grundlage für eine differenzierte und wissenschaftlich begleitete Betrachtung sein. Das kostet Zeit und Geld.

Wenn ich etwas mehr Geld für den Einzelplan 07 hätte, Frau Volquartz, würde ich es lieber in die Unterrichtsversorgung als in eine solche Studie stecken.

Richtig und wichtig bleibt: Eine gute schulische Grundbildung und eine abgeschlossene Berufsausbildung sind Voraussetzung für die Bewältigung der komplexer werdender Lebenssituationen.

Deshalb muß es gemeinsames Ziel sein, die Zahl der Schüler und Schülerinnen ohne Abschluß zu senken und möglichst allen eine Ausbildung zu vermitteln, Voraussetzungen für vielfältige berufliche Qualifikationen zu schaffen, den Schulen die Eigenverantwortung zu geben, sich ihrer Schule und den Schülern gemäß den Herausforderungen zu stellen, statt sie gleich wieder in ein neues Regularienkorsett einzuzwängen. Die Lehrer müssen befähigt werden, den immer schwieriger werdenden Situationen und Schülern gewachsen zu sein.

Auch das von der F.D.P. immer wieder geforderte Zentralabitur sichert keine Studierfähigkeit. Es suggeriert einen festen Kanon an Wissen, den es für die Studierfähigkeit gar nicht gibt. Mehr Leistung und Vergleichbarkeit sind zwar zu bejahen, es müssen aber die Kriterien und die Voraussetzungen, die Ziele und die Kosten diskutiert werden. Das kann im Bildungsausschuß geschehen. Deswegen bin ich für Überweisung an den Bildungsausschuß.

Was aber die Entschließung angeht, kann uns niemand zumuten, die sechs Kernthesen altbekannter konservativer Bildungspolitiker lang und breit im Ausschuß zu erörtern, auch nicht - nachdem Ihnen sicherlich selber die Peinlichkeit aufgefallen ist -, daß die Vermittlung von Grundfertigkeiten und elementaren Kulturtechniken wohl kaum im Vordergrund des Schulunterrichts bis hin zur gymnasialen Oberstufe stehen kann.

Ich bitte, daß über diesen Antrag in der Sache abgestimmt wird. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema hat landesweite und

länderübergreifende Bedeutung. Zu vergleichbaren Leistungsstandards sollen wir durch eine Entschließung etwas sagen.

Aus meiner Sicht ist unbestreitbar, daß die Grundlage für vergleichbare Schulabschlüsse die **Vergleichbarkeit von Leistungsstandards** ist. Diese Standards zu definieren und zu aktualisieren ist eine ständige Aufgabe der Regierungspolitik in den Ländern. Soweit ist die Angelegenheit für mich erst einmal ein Selbstgänger und muß nicht eigens beschlossen werden.

Was unser Land betrifft, so gibt uns der jährliche Bericht zur Unterrichtsversorgung bereits weitgehende Aufschlüsse - wir meinen, daß sie hinreichend sind - über den **Stand der schulischen Entwicklung** in den einzelnen Landesteilen. Wir können aber von mir aus gern im Bildungsausschuß darüber diskutieren, welche Daten möglicherweise noch erforderlich sind, um ein komplettes Bild zu bekommen.

Auch gegen die Prüfung dessen, was in Nordrhein-Westfalen unternommen wurde, um die Vergleichbarkeit von Zeugnissen im Land zu verbessern, habe ich nichts einzuwenden. Allerdings glaube ich nicht, daß die Notengebung völlig objektivierbar ist. Dazu ist die Skala der Beurteilungsmöglichkeiten in Form von Noten viel zu gering.

Der **Begriff „Leistungsfähigkeit“** - beinahe schließt das nahtlos an die Debatte an, die wir vorhin zu den Hochbegabten hatten - beruht auf Vordefinitionen, die sehr unterschiedlich ausfallen können, genauso unterschiedlich wie die Bildungsideale von CDU und Grünen.

Schon den Glauben an abstrakt festgesetzte Standards, eine objektive Definition von Leistung, teile ich nicht. Dabei kommt nichts weiter heraus als die Selbstbeschäftigung der ministeriellen Bürokratie - in allem Respekt gesprochen. Es ist aus meiner Sicht nicht möglich, eine abschließende und zentral gültige Festlegung dafür zu treffen, was eine gute Schule ausmacht. In jedem Fall sind dazu nicht nur meßbare Kennzahlen heranzuziehen, sondern auch die regionalen Rahmenbedingungen sowie die konkreten Schülerinnen und Schüler einer Schule. Die Relationen müssen also klar sein.

Deswegen plädieren wir dafür, den **Schulen mehr Bewegungs- und Gestaltungsspielraum** zu geben, damit sie auf ihre unterschiedlichen örtlichen Bedingungen jeweils angemessen reagieren können.

Es hat sich erwiesen, daß die bürokratisch-zentralistische Steuerung die notwendigen Lernprozesse, denen sich auch die Schule als Institution stellen muß, massiv behindert. Ein Schulprogramm soll den verselbständigten Schulen dazu dienen, sowohl intern als auch extern Evaluation betreiben zu können. Wie Sie sehen, geht es hier nicht um die Institutionalisierung von Beliebigkeit, sondern um eine unserer Gesellschaft und pädagogischen Erfordernissen angemessene Schulstruktur.

Daß das funktioniert, dazu ziehe ich einmal ein Beispiel aus Kanada heran. Dort gibt es eine Region, die die weltbesten Schulen hat. Sie gehören dem Durham Board of Education an und wurden im Herbst letzten Jahres ausgezeichnet. Diese Schulen hatten sich Ende der achtziger Jahre plötzlich ganz am Schluß der Welthitliste befunden. Das hat bei ihnen offensichtlich eine kleine Kulturrevolution ausgelöst. Da haben sich nämlich die Lehrer auf den Hosenboden gesetzt. Sie haben erkannt: Niemand kann von anderen verlangen zu lernen, wenn er nicht selber damit beginnt. Nach diesem Motto hat man dort angefangen, die sich selber ergänzende und lernende Schule zu entwickeln. Jetzt hat die Region die besten Schulen der Welt.

Lernen ist eben nicht nur Belehrtwerden. Ich habe den Eindruck - entschuldigen Sie, Frau Volquartz -, als wenn das immerhin das Credo und der durchgängige Tenor Ihrer Anträge ist. Deswegen kann ich mich höchstens dazu verstehen, daß wir im Ausschuß weiter darüber diskutieren. Aber in der Sache zustimmen kann ich dem auf keinen Fall.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Entschließungsantrag der CDU zur schulischen Bildung in Schleswig-Holstein macht eben wieder einmal deutlich, welchen **bildungspolitischen Grundsätzen** die **CDU** huldigt. Separation statt Integration heißt die Devise, die vor allem in den Punkten 4 und 5 des Antrags ihren Niederschlag findet.

Unsere Bildungspolitik hat, wie Sie wissen, einen entgegengesetzten Ansatz, so daß wir den Antrag an dieser Stelle ablehnen müssen.

Es bringt uns meines Erachtens nicht weiter, wenn wir in den bildungspolitischen Grabenkämpfen der siebziger Jahre verharren und immer wieder das gegliederte Schulwesen und das Gesamtschulkonzept

gegeneinander diskutieren. Aus diesem Glaubenskrieg sollten wir uns verabschieden.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Denn es geht immer weniger um die Schulform als um die **Kultur des Unterrichts**. Dieser Befund ist es, der an der von Frau Volquartz so gern zitierten TIMMS-Studie so bemerkenswert ist.

Der ehemalige Kieler Professor und jetzige Leiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Professor Jürgen Baumert, betont beispielsweise, daß der deutsche Mathematikunterricht wie ein Trichter sei. Er wird immer enger, bis die Lösung an der Tafel steht. Baumert kritisiert, daß im deutschen Mathematikunterricht der Glaube an die eine Lösung vorherrsche. Dagegen betonen die Verfasser der TIMMS-Studie - Frau Volquartz, das müßten Sie doch bitte auch zitieren; ich finde es ja sehr schön und dankenswert, daß Sie uns auf diese Studie aufmerksam machen; aber dann müssen Sie auch wirklich lesen, was darin steht - in einem Vergleich den konstruktiven Ansatz des japanischen Mathematikunterrichts, der sich in einem Feld von Alternativen und Möglichkeiten bewegt. Ich gestehe offen, daß auch ich nicht genau weiß, wie man sich ausgerechnet im Matheunterricht auf verschiedenen Wegen der Lösung annähern will. Ich bin natürlich durch mein Schulsystem geprägt. Aber mir ist klar, daß eine offene Art des Unterrichtens, eine ergebnisoffene Einladung an Schülerinnen und Schüler, wo es heißt: „Sucht einmal den besten Weg“, vor allem Mädchen viel besser in das Lernen einbezieht als unsere vorgegebenen engen Lösungen. Jedenfalls ist die Teamarbeit auch unter Lehrkräften in Japan weit ausgeprägter als hierzulande.

Mein Fazit aus dieser Studie lautet, daß wir helfen müssen, die Kultur des Unterrichts zu verändern. Schülerinnen und Schüler müssen zu Kreativität ermuntert werden.

Damit sind aber auch Lehrerinnen und Lehrer anderen Anforderungen ausgesetzt. Sie werden selber zu Lernenden. So kann Lernen zu dem werden, was der Publizist Reinhard Kahl als „ansteckende Gesundheit“ bezeichnet. Er sagt nämlich: Gesundheit kann man nicht einfordern, man kann sie nur weitertragen. - Wenn wir hier darüber eine Debatte führen, fände ich es toll, wenn Sie dabei zuhörten.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, Herr Kahl hat völlig recht, wenn er diese Thesen so formuliert: Man kann die „ansteckende Gesundheit“, nämlich Lernfähigkeit zu erlangen, nicht einfordern, sondern nur weitertragen. Das betont Herr Kahl richtigerweise.

Dazu müssen wir uns aber von den Methoden des Frontalunterrichts und von der über allem schwebenden, jeglicher Kritik entzogenen Lehrkraft verabschieden.

(Angelika Volquartz [CDU]: Falsch! Dasselbe finden auch Erziehungswissenschaftler falsch!)

Wie wir wissen, arbeiten viele Schulen der verschiedensten Art in Schleswig-Holstein schon an offeneren Formen des Unterrichts. Diesen Mut zur institutionellen Kreativität wollen wir stärken. Die Schulgesetznovelle soll aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag dazu sein.

Um Ihnen noch einmal etwas deutlicher zu machen, wie auch Repräsentanten des deutschen Geisteslebens und der deutschen Wirtschaft die heutige deutsche Schule einschätzen, will ich Sie mit folgenden Zitaten noch ein bißchen piesacken.

Thomas Sattelberger, Chef der Personalentwicklung bei der Lufthansa:

„Die Firmen stehen am Scheideweg zwischen Söldner- und Kulturgemeinschaften.“

Unsere Schulen müssen sich genau diese Frage auch stellen. Ich unterstreiche es noch einmal mit den Worten des Philosophen Peter Sloterdijk:

„Schüler verlassen Schulen wie Landsknechte eine aufgelöste Armee.“

(Unruhe bei der CDU - Angelika Volquartz [CDU]: So etwas von daneben! Das ist eine Beleidigung aller Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer! Das ist ungläublich!)

- Ich weiß, daß Sie das nicht gern hören, Frau Volquartz. Aber ich höre Ihre Reden auch nicht so furchtbar gern und bezähme mich und höre Ihnen zu. Deshalb bitte ich Sie, auch mir zuzuhören.

Zum Abschluß noch einmal ein Zitat von Reinhard Kahl, freier Publizist in Hamburg, für Bildung,

Wissenschaft und Jugendpolitik zuständig und dort auch besonders kundig:

„Abendländisches Denken in den engen Schemata von richtig und falsch, entweder oder, wo ich stehe, da kannst du nicht sein, hat unsere Kultur zu den Weltmeistern der Industrieepoche geführt und qualifiziert.“

Wir sehen ja, wo wir heute stehen: Wir sind nicht mehr die Weltmeister.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen müssen wir uns besinnen und nicht die anderen.

Soviel an dieser Stelle. Alles Weitere dann im Bildungsausschuß. Dann ist Ihr Hörvermögen vielleicht auch ein bißchen gebessert, Frau Volquartz. - Ich danke trotzdem für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer Frage beginnen. Wo gibt es heute wohl einen Bildungsminister, der folgenden Standpunkt vertritt:

„Ich bin für Disziplin, für solides Kopfrechnen, für gründliches Lesen und Schreiben, viele Hausaufgaben, hohe Anforderungen und Ausschöpfung allen Potentials?“

Die Antwort lautet: Im Kabinett von Tony Blair. Der Mann heißt David Blunkett.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Positionen, die David Blunkett zur Bildungspolitik vertritt - ich habe hier nur eine kleine Illustration gewählt -, sind von den Standpunkten linker Bildungspolitiker in Deutschland so weit entfernt wie die Erde vom Mond.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Rossmann, in diesem Falle leben auf dem Mond diejenigen, die noch immer - ich zitiere aus einem SPD-Papier - gegen einen auf „individuelle und kognitive Leistungsfähigkeit“ bezogenen Leistungsbegriff polemisieren und den Verfall von Leistungsstandards in unserem Schulwesen leugnen oder verniedlichen, so wie es die Kollegin Schröder eben getan hat.

Meine Damen und Herren, die F.D.P. fordert seit langem eine bildungspolitische Kurskorrektur. Wir Liberale wollen eine **leistungsorientierte Schule** mit hohen Standards. Wie sehr diese Umkehr vonnöten ist, zeigte unlängst die bereits erwähnte Third International Mathematics and Science Study, eine Untersuchung, die 45 Staaten, 15.000 Schulen und rund eine halbe Million Schüler einbezogen hat und deren Ergebnisse wirklich ernüchternd sind. Danach erreichten nämlich die deutschen Schüler im Fach Mathematik gerade einmal den mittelmäßigen 24. Platz und im Fach Physik Platz 20. Auch wenn diese Studie nach den Ausführungen, die Professor Baumert dazu in der letzten Zeit ergänzend vorgetragen hat, nicht zu einem Ländervergleich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland herhalten kann - da gibt es einfach methodische Begrenzungen, die das nicht hergeben, was zum Teil hineingelesen worden ist -, ist doch der Gesamtbefund der schlechten Ergebnisse an den Schulen unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, eine Tatsache, die uns wirklich einmal zum Nachdenken darüber veranlassen müßte, ob wir nicht endlich eine Aufholjagd beginnen und dafür sorgen müssen, daß unsere Schüler in ihrem Bildungsergebnis, das sie in das Arbeitsleben und in ihren späteren Lebensweg mitbringen, nicht hinter den Altersgenossen aus Ländern wie Tschechien, Slowenien, Ungarn, Singapur, Korea oder Japan zurückfallen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, ein mittelmäßiges Bildungsniveau führt über kurz oder lang auch zu einem mittelmäßigen Wohlstandsniveau. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Wer das will - das sage ich gerade denjenigen, die sich immer für eine gerechte Verteilung im sozialen Bereich einsetzen -, der muß so weitermachen wie bisher und, Herr Kollege Rossmann, in der Bildungspolitik die Absenkung von Leistungsstandards propagieren und entsprechende Instrumentarien und Regelungen einführen, die die Situation dann noch verschlechtern.

Ich verweise auf die „Elmshorner Nachrichten“ vom 23. August: Die vom Herrn Kollegen Rossman eingeleitete Diskussion über das neue Schulgesetz mit der glorreichen Überschrift: „Das Sitzenbleiben soll ein Ende haben“.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Früher hehre Worte über Flexibilisierung, und jetzt soll das alles nicht mehr wahr sein!)

Wenn es nicht mehr möglich ist, daß man bei schlechten Leistungen in der Schule die Klasse wiederholt, wenn man die Schullaufbahn weiterbeschreiten kann, ohne daß es eine entsprechende **Leistungskontrolle** gibt, wenn Sie so weitermachen wollen, dann gehen Sie den Weg eines Niedergangs, einer Erosion von Bildungsniveau und Bildungsqualität in unserem Lande eben weiter.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dann müssen Sie aber auch die Konsequenzen, die ich vorhin genannt habe, in Kauf nehmen.

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaft klagt doch schon lange über Mängel in der Schulbildung und über die Aussagekraft von Zeugnissen. Das kann man doch nicht in Abrede stellen. Die hessischen Industrie- und Handelskammern haben eine Längsschnittuntersuchung seit 1977 vorgelegt und konstatieren als allgemeinen Trend eine ständige Verschlechterung der Leistungen in den beiden grundlegenden Kulturtechniken Schreiben - Lesen und - Rechnen. Die Untersuchung, die anhand von jahrelangen Testergebnissen bei dem großen Unternehmen BASF durchgeführt worden ist, zeigt, daß dies quer über die Schulabgänger unterschiedlicher Schularten in den letzten Jahren der Fall ist. In Kiel haben sich Arbeitsamt und Betriebe erst kürzlich, nämlich Anfang Juli dieses Jahres, darüber beklagt, daß jeder fünfte Bewerber für einen Ausbildungsplatz nicht ausbildungsreif sei. Hier geht es um die Frage, ob nicht unsere Schulen erheblich mehr leisten müßten, ob sie nicht erheblich nachbessern und dafür sorgen müßten, daß die jungen Leute das Rüstzeug für ihr Leben bekommen, das sie heute einfach brauchen.

Die Frage ist natürlich, was jetzt zu tun ist. Da reicht es bestimmt nicht aus, obwohl dies ein brauchbarer Ansatz ist, regelmäßige Leistungsvergleiche und bundesweite Stichproben für einzelne Fächer durchzuführen. Die Lösung der Misere kann sicherlich nicht darin bestehen, daß man die Mißstände künftig genauer beschreibt als bisher. Die vorhandenen

Probleme jahrelang exakt zu analysieren und darüber dann zu palavern und zu lamentieren, ist doch eigentlich die typische „deutsche Krankheit“. Worauf es ankommt, ist, rasch zu handeln und endlich Schluß zu machen mit der Verteufelung von Leistung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die CDU schlägt einige brauchbare Rezepte hierfür vor, manches greift aber auch zu kurz, und einiges fehlt im Katalog der Unionsforderungen. Das will ich auch ansprechen.

Wenn die Schulen wieder stärker an einem klaren Leistungsprofil orientiert werden sollen - dafür plädiert die F.D.P. -, dann müssen die Schulen auch wieder mehr Einfluß auf die Auswahl ihrer Schüler erhalten. Wir wollen die **Verbindlichkeit der Grundschulgutachten** stärken. Falls die Eltern von der Schulartempfehlung nach oben abweichen wollen, dann muß nach unserer Auffassung die aufnehmende Schule künftig das Recht und die Pflicht haben, diese Entscheidung durch einen Aufnahmetest zu prüfen, das heißt gegebenenfalls auch nein sagen zu können.

Wenn jede Schulart ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Schüler für alle geöffnet wird, dann produziert man erstens Überforderung und Mißerfolgslebnisse, die jede Lernmotivation und Bildungsbereitschaft zerstören, und verhindert zweitens auch die notwendige Schärfung von Leistungsprofilen.

Ich teile die Auffassung, die kürzlich Hildegard Hamm-Brücher in einem Interview vertreten hat. Sie hat gesagt, daß der freie Zugang zu allen Bildungswegen unabhängig von der sozialen Herkunft gewährleistet - das ist ganz wichtig -, natürlich aber auch mit klaren Eingangsvoraussetzungen verbunden sein muß. Ich zitiere:

„... dazu gehört auch der Nachweis, daß man dazu fähig ist, und auch, daß man dazu selber etwas beiträgt.“

Die Schulabschlüsse müssen sich wieder stärker an einheitlichen Maßstäben orientieren. Nur durch ein **Zentralabitur** wird sicherzustellen sein, daß die Schularten, die heute zur allgemeinen Hochschulreife führen, das heißt, Gymnasium, Gesamtschule und Fachgymnasium, sich hinsichtlich ihrer Anforderungen nicht immer weiter auseinanderentwickeln.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Martin Kayenburg [CDU])

Das gilt erst recht bei zunehmender Eigenverantwortung der Schulen, Stichwort Schulautonomie. Wenn nämlich diese **Schulautonomie** ohne Leistungskontrollen und Prüfungsstandards eingeführt wird, wird dadurch automatisch ein weiterer Leistungsverfall forciert.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Forderung nach dem Zentralabitur, beziehungsweise nach vergleichbaren einheitlichen Prüfungsanforderungen in anderen Bereichen fehlt im Unionsantrag, Drucksache 14/898. Dieser Antrag enthält im übrigen eine Reihe von Prüfaufträgen, denen ich ausdrücklich zustimme. Diskutieren müßte man noch einmal über die Frage der **schulübergreifenden Korrektur von Klassenarbeiten**. Ich habe das bei der Lektüre so verstanden, daß Schule A die Klassenarbeiten von Schule B korrigieren soll. Ob der Aufwand, den das mit sich bringen würde, wirklich sinnvoll ist - darüber sollte man noch einmal nachdenken.

Der Sechs-Punkte-Antrag, Drucksache 14/904, hat in der gestern verteilten Neufassung eine sinnvolle Korrektur erhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Was vorhin gesagt worden ist, kann ich bestätigen. In der alten Formulierung war er sicherlich nicht tragbar. So, wie es jetzt dasteht, kann ich das ausdrücklich unterschreiben.

Die übrigen Punkte entsprechen den von uns Liberalen schon seit langem hier im Landesparlament vertretenen Positionen, Positionen, die auf der linken Seite des Hohen Hauses bekanntermaßen auf blankes Entsetzen und auf heftige Ablehnung stoßen. Meine Damen und Herren von der SPD, vielleicht gehen Sie aber doch noch einmal bei New Labour in die Schule. Das Dumme ist, daß die Sozialdemokraten immer jahre- oder jahrzehntelang die falsche Politik betreiben, dann aber plötzlich in einen Zustand der Erleuchtung geraten und auf einmal Dinge wie die A 20, die Gentechnik, die Privatisierung von Staatsbetrieben oder den Abbau der Regulungsdichte in den Rang erstrebenswerter sozialdemokratischer Errungenschaften erheben.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist klar, daß Sie das nicht gern hören.

Dieser unverkennbare Hang zu später Lernfähigkeit könnte ja eines Tages auch die Schulpolitik erfassen. Das kann man nicht ausschließen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das wäre traumhaft!)

- Das wäre traumhaft! Dann sitzt aber Herr Kollege Rossmann sicherlich schon im Deutschen Bundestag und kümmert sich um die Entwicklungshilfe oder um ähnlich wichtige Themen.

Zu Nummer 2 des Antrages, Drucksache 14/904 (neu), möchte ich noch feststellen, daß die Sicherung von Leistungsstandards nicht allein durch eine stärkere Gewichtung und Verankerung der Schulaufsicht erreicht werden kann. So wichtig das Thema Schulaufsicht ist, meine ich aber doch, daß man hier auch die begrenzte Arbeitskapazität der Schulaufsichtsbeamten beachten muß. Die Arbeitskapazität der Schulaufsichtsbeamten ist nicht unbegrenzt erweiterbar. Deshalb kommt in der Praxis an den Schulen der Rolle der Schulleiter viel mehr Bedeutung zu, der Rolle, die die Schulleiter bei der Einhaltung pädagogischer Standards in den Schulen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Die Schulleiter müssen - viel mehr als bisher - nicht nur als administrative, sondern auch als pädagogische Führungskräfte angesehen werden. Sie dürfen nicht bloß als Moderatoren betrachtet werden, die zwischen den verschiedenen Gruppen der Schule vermitteln und dort irgendwo hin- und herlavieren, wie es die Bildungsministerin in einer Antwort auf meine Kleine Anfrage vor Jahren einmal formuliert hat. Nein, es kommt darauf an, daß die **Schulleiter** in ihrer pädagogischen, inhaltlichen Leitungsaufgabe in den Schulen bestärkt werden. Sie müssen Lehrkräften, die das angestrebte Bildungsziel in ihren Klassen nicht erreichen - salopp gesagt -, auch auf die Füße treten können. In dem Zusammenhang finde ich es außerordentlich kontraproduktiv - damit komme ich zurück auf die Schulgesetzbestrebungen des Kollegen Rossmann -, wenn man die Schulleiter in Zukunft durch die Schulkonferenz auf Zeit wählen läßt. Dann wird man am Ende Schulleiter haben, die mit Blick auf Mehrheiten und auf Stimmungen in der Schule eher geneigt sein werden, den bequemeren Weg zu gehen.

Die Führungsaufgabe, die wir ihnen eigentlich übertragen müssen, die werden sie in einer solchermaßen geschwächten Position nicht mehr wahrnehmen können. Es wird in vielen Fällen - das ist meine große Sorge - der Weg des geringsten Widerstandes gewählt werden. Ich sehe überhaupt nicht ein, weshalb beispielsweise der Schulleiter oder die Schulleiterin eines Gymnasiums mit A 16 ein Wahlamt und ihr Stellvertreter mit A 15 plus Zulage, also praktisch mit dem gleichen Gehalt, eine Lebensstellung haben soll. Dadurch wird im Hierarchiegefüge der Schule letzten Endes der Vize zu dem eigentlich starken Menschen in der Schulleitung.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die geplante Schulgesetzänderung hat erhebliche Nachteile, und ich halte es für falsch, den Weg einer Schwächung der Position der Schulleiter zu gehen, so wie Sie das in der Landesregierung und in der SPD-Fraktion wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich fasse zusammen: Die drei Anträge der CDU-Fraktion weisen, wenn zum Teil auch nur bruchstückhaft, in die Richtung eines stärker leistungsorientierten Schulwesens. Die Richtung stimmt also.

Ein Bildungsniveau auf Platz 24 führt über kurz oder lang auch zu einem Wohlstandsniveau auf Platz 24 - ein paar Treppenstufen höher sollte unser Land schon stehen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die unter diesem Tagesordnungspunkt zu behandelnden Anträge betreffen die Vergleichbarkeit schulischer Leistungen. Den Antrag zu länderübergreifenden Vergleichen von Schulleistungen hält der SSW für problematisch. Bildungspolitik ist in Deutschland eine der letzten Bastionen, die den Ländern geblieben ist. Seine Hoheit in diesem Bereich wird ein Bundesland kaum freiwillig abgeben wollen.

(Ursula Röper [CDU]: Es ziehen auch einmal Schüler um!)

Das Land soll sich bei der Kultusministerkonferenz für die Schaffung einer Rahmenvereinbarung stark machen, heißt es. Ziel dieser Rahmenvereinbarung soll ein regelmäßiger **Ländervergleich** zur Qualität schulischer Bildung sein. Mit der Erstellung dieses Vergleichs sollen regierungsunabhängige wissenschaftliche Institute beauftragt werden, die die Ergebnisse offenlegen. - Und dann? Was kommt danach, frage ich. Auf diese Frage bietet der Antrag nur die Antwort, daß die Landesregierung dem Landtag regelmäßig berichten soll.

(Ursula Röper [CDU]: Das liegt doch wohl auf der Hand! - Angelika Volquartz [CDU]: Frau Spoorendonk!)

Andere Konsequenzen werden nicht aufgezeigt.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß wir künftig regelmäßig mit den Top ten der Bildungshitliste konfrontiert werden. Sollte Schleswig-Holstein auf einem der oberen Ränge rangieren, können wir uns alle gegenseitig auf die Schulter klopfen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Wenn nicht, dann haben wir eine gute Grundlage, um einmal mehr das Bildungsministerium in das Zentrum der Kritik stellen zu können.

Bedenkt man, mit welchen Ausgaben die Erstellung solcher regelmäßigen Ländervergleiche verbunden wären, dann halte ich den Nutzen für recht dünn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber auch möglich, daß ich den Antrag ganz falsch verstanden habe und daß die Kolleginnen und Kollegen der CDU in Wirklichkeit daran denken, die Kultusministerkonferenz mit der Schaffung bestimmter Maßnahmen zu beauftragen, durch die die Länder auf ähnliche Niveaus gebracht werden sollen. Das würde dann aber die Bereitschaft der CDU erfordern, sich gegebenenfalls den Vorschlägen der Kultusministerkonferenz zu fügen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Angesichts der aktuellen Debatte zur Rechtschreibreform halte ich eine solche Bereitschaft der CDU im Moment für äußerst fragwürdig.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Obwohl sich nämlich die regierungsunabhängigen Sprachwissenschaftler darin einig sind, daß der Rest dieses übriggebliebenen Reförmchens immer noch sinnvoll ist, wird dies von der CDU nach wie vor vehement bestritten.

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie recht!)

Kollege Maurus, seines Zeichens Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses, fordert nach wie vor - ich kann fast sagen, in stringenter Unbelehrbarkeit -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Abschaffung der Reform. In diesem Fall muß ich dem Bundeskanzler ausnahmsweise einmal zustimmen: Es ist schon sehr bedauerlich, daß nun das Bundesverfassungsgericht herangezogen werden muß. Wenn man der Kultusministerkonferenz einerseits jegliche Entscheidungsbefugnis abspricht, kann man sie andererseits nicht mit der Schaffung bestimmter Leistungsstandards beauftragen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich komme also zu dem Ergebnis, daß die Kolleginnen und Kollegen von der CDU gut daran täten, ihren Antrag zu den länderübergreifenden Vergleichen von Schulleistungen nochmals zu überdenken.

Auch landesweit sollen **vergleichbare Leistungsstandards** erarbeitet werden. Die Leistungsanforderungen sollen in den verschiedenen Schularten mit Hilfe bestimmter Maßnahmen vergleichbar gestaltet werden, heißt es. Als Maßnahmen werden unter anderem verbindliche Musteraufgaben für die Kernfächer und die erste Fremdsprache sowie die Stärkung der verbindlichen Anforderungen in den Richtlinien und Lehrplänen erwähnt. Sollte dieser Antrag einmal mehr eine versteckte Kritik an den Gesamtschulen beinhalten, dann muß ich sagen, bin ich es ehrlich gesagt leid, darauf einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen ist es im Grunde genommen egal, was diese Schulen leisten. Selbst wenn sie beim Vergleichen der Schularten untereinander gut abschneiden, wird die CDU immer noch ein Haar in der Suppe finden.

Ernsthaft: Natürlich gibt es Schülerinnen und Schüler, die im Laufe ihrer Schulzeit umziehen, die von einem Bundesland in das nächste oder innerhalb desselben Bundeslandes umziehen. Häufig werden sie die Erfahrung machen, daß sie in einigen Fächern noch nicht so weit sind wie die Schüler, in deren Klasse sie kommen. In anderen Fächern ist ihr Wissen schon größer als das ihrer neuen Klassenkameraden. In den meisten Fällen - sage ich jetzt einmal ganz salopp - wächst sich das alles im Laufe kurzer Zeit zurecht. Ich weiß sehr wohl, daß es die OECD-Studie gibt, daß man das ernsthaft erörtern muß und daß es Probleme gibt. Aber wenn man sich mit einer solchen Studie auseinandersetzt, dann muß man sie auch hinterfragen. Dann muß man sich die Studie genau angucken und kann nicht einfach sagen: Guck mal, hier haben wir den Beleg dafür, daß alles nicht so ist, wie es sein sollte.

Wenn man Qualität in der Schule haben will - dafür bin ich allemal zu haben -, dann muß man sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. In dem Entschließungsantrag wird ausgeführt, daß von Fachlehrkräften unterrichtet werden muß. Ich möchte einmal sehen, wo das realistischerweise machbar ist. Das gilt auch für die Forderung nach verbindlichen Stundenanteilen oder nach verbindlichen Zeugnissen und Zensuren. Ohnehin muß man sich einmal überlegen, was mit Zensuren bezweckt wird. **Zensuren** sind für das System da und nicht für diejenigen, die sich weiterentwickeln wollen, die etwas lernen wollen. Sie müssen Berichte haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Klaus Schlie [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Herr Schlie, dann haben Sie keinen Begriff davon, was mit Zensuren bezweckt wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich stehe ein bißchen dichter an der Praxis als Sie!)

- Ob das zutrifft, weiß ich nicht! Wenn zum Beispiel gesagt wird, daß es möglich sein muß, sitzenzubleiben, daß Sitzenbleiben machbar sein muß - Kollege Klug, so ungefähr lautete die Forderung doch -, dann muß

ich, wenn ich mir angucke, was es bringt, sitzenzubleiben - ich habe da genügend praktische Erfahrung -, sagen: Die Schülerinnen und Schüler, die sitzengeblieben sind, sind am Ende genau da, wo sie vorher waren. Sie müssen sich nämlich selbst mitschleppen. Das ist doch das Problem.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU] - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Ich möchte jetzt in meiner Rede fortfahren.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Abgeordnete! - Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Nun sind wir gerade einmal so weit, daß wir mehr **Eigenverantwortung** und mehr Spielraum an die Schulen und die Lehrkräfte delegieren wollen; darüber reden wir ja auch. Das ist ein erster vernünftiger Schritt in eine Richtung, die mit der des Antrags einfach nicht zusammenpaßt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn mehr in eigener Verantwortung gestaltet werden soll, dann können wir nicht gleichzeitig von oben herab diktieren, was wann wie gemacht werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bedenken Sie bitte, daß wir den Lehrern gleichzeitig ein bestimmtes Maß an Kreativität abverlangen. Auch die Wirtschaft will Kreativität. Ihnen muß wenigstens ein bißchen Luft zum Atmen bleiben.

Im „Hamburger Abendblatt“ war von einer vergleichenden Untersuchung an Hamburger Schulen zu lesen - auch das ist schon gesagt worden -, an der 12.400 Fünftkläßler teilgenommen haben. Die Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß der Leistungsstand regional sehr unterschiedlich ist. Gegenüber den elf Vororten, in denen der Durchschnitt relativ hoch sei, hätten soziale Brennpunkte, etwa in der City, das Nachsehen. Die Hamburger Schulsenatorin ist über die Unterschiede überrascht und

will in Zukunft Bildungsbarrieren abbauen. Die Untersuchung hat 500.000 DM gekostet. Auch das muß man sich einmal durch den Kopf gehen lassen. Daß die Leistungsunterschiede je nach Wohngebiet unterschiedlich sind, entbehrt natürlich nicht einer gewissen Logik und überrascht mich nicht besonders. Es ist klar, daß die Leistungen erwartungsgemäß dort höher sind, wo die Erziehungsberechtigten und Ersatzpersonen sich am intensivsten mit den Kindern auseinandersetzen können, wo man etwa am Mittagstisch den Aufsatz von gestern diskutiert. Die Lust am Lernen entsteht doch durch positive Motivation.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierbei helfen verbindliche Musteraufgaben und verbindliche Lehrpläne nicht viel weiter.

In dem Thesenpapier von Rüttgers wird völlig zu Recht bemängelt, daß zu viele junge Menschen ohne Schulabschluß bleiben. Das ist ein ernsthaftes Problem; das ist klar.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Jahr für Jahr verlassen junge Menschen die Schulen ohne ausreichende Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen. In der Konklusion, die Zahl der Bildungsaussteiger müsse drastisch gesenkt werden, kann ich ihm nur zustimmen. Dieses Ziel kann seiner Auffassung nach dadurch erreicht werden, daß an Schulen, die im Rahmen eines Vergleichs besonders schlecht abschneiden, ohne Gehaltsausgleich für die Lehrer und ohne Stundenausfall an anderer Stelle Nachhilfekurse durchgeführt werden. Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn die Lehrer auch noch dafür verantwortlich gemacht werden sollen, daß ihre Schüler außerhalb der Schule keine Aufmerksamkeit und Zuwendung erhalten, dann sind wir wirklich weit gekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

So sollten wir solche schwerwiegenden Probleme nun wirklich nicht angehen.

Zu dem Entschließungsantrag der CDU habe ich bereits alles gesagt; darauf werde ich jetzt nicht weiter eingehen. Wenn wir uns weg von dem Verständnis der Schule als weisungsgebundener Verwaltung hin zu einer individuellen Gestaltung der Schule bewegen

wollen, die am Bedürfnis der Kinder, ihrer Eltern und Lehrer ausgerichtet ist, dann sind natürlich Umstrukturierungsmaßnahmen erforderlich. Die CDU hält aber - das muß ich klar sagen - an liebgewonnenen Traditionen wie dem gegliederten Schulwesen fest. Das geht aus den Anträgen hervor. Dafür sind wir vom SSW - Sie wissen es - nicht zu haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was unseren Schulen fehlt, ist der kreative Wettbewerb. Woran es unseren Schulen mangelt, worunter unsere Schulen leiden, ist die Überregulierung, die übermäßige Gängelung, sind die zu vielen detaillierten Regelungen, daß etwas so und so gemacht werden muß. Die Schulen brauchen endlich die Freiheit, sich einem Wettbewerb in bezug auf die Kreativität zu stellen, die Freiheit, selber Initiativen zu entfalten. Das ist auch das, worin sich das deutsche Schulwesen extrem von den Schulwesen anderer Länder unterscheidet. Unser Schulwesen ist überreguliert. Davon sollten wir herunterkommen.

Angesichts dessen erscheint es äußerst seltsam, daß eine der großen Parteien in diesem Lande mit Reformvorschlägen kommt, durch die dieser Überregulierung sogar noch eins draufgesetzt wird, durch die ein ganzer Katalog von neuen Regulierungen geschaffen werden soll, wodurch die Schulen noch mehr in ein Korsett gepreßt werden, aus dem sie sich endlich befreien müßten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Absurd finde ich die Aussage der Freien Demokraten zu den Schulleitern. Ich sage einmal: Vielleicht sind 50 % der Schulleiterposten hervorragend besetzt. Vielleicht sind 25 % der Besetzungen solche, die gerade noch hinnehmbar sind und die übrigen 25 % Fehlbesetzungen. Das sind geschätzte Zahlen; es kann auch ganz anders sein. Ein **Schulleiter** hat, wenn er vorher Lehrer war, keine Erfahrungen im Führen eines

großen Kollegiums einer solchen Einrichtung. Das Problem besteht darin, daß die Besetzung eines Schulleiterpostens dann, wenn es sich um eine Fehlbesetzung handelt, nach der heutigen Gesetzeslage bis zum Ende der Dienstzeit des Betroffenen - das sind häufig 20, 25 Jahre - nicht korrigiert werden kann.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Daß da endlich etwas anders gemacht wird, daß die Möglichkeit geschaffen wird, so etwas zu korrigieren, ist für mich eine absolute Notwendigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin fassungslos, daß sich ein Liberaler hier hinstellt und das verteidigt.

Ein Letztes! Ich glaube, daß Lernen sehr viel mit Kreativität, Spaß und Motivation zu tun hat. Unterhalten Sie sich einmal mit einem normalen Erwachsenen und prüfen Sie einmal ab, was er beispielsweise vom Schulstoff seines Gymnasiums behalten hat. Nehmen wir einfach einmal Geschichte oder sonst irgendein Fach. Ich glaube, Sie werden feststellen, daß vom Faktenwissen eher 5 % als 10 % hängengeblieben sind. Das ist normal. Wenn Sie sich aber an Ihre eigene Vergangenheit erinnern, Frau Volquartz, welche Erlebnisse, welche Situationen, was aus Ihrem Schulwesen Sie besonders gut behalten haben, dann waren das doch die Dinge, die spannend herübergebracht worden sind, wo der Unterricht interessant war, wo etwas los war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihr ganzes Leben lang in Erinnerung geblieben. Die langweiligen Stunden haben Sie alle vergessen, wenn Sie ehrlich sind.

Daraus schließe ich: Wenn wir es schaffen, das Engagement in der Schule zu fördern, die Lehrer aus dem Korsett zu befreien, einen Wettbewerb der Schulen zu erzeugen, und wenn sich die Lehrer selbst mehr Mühe geben, die Schüler zu begeistern, statt darüber zu jammern, daß sie an der falschen Schule sind, am falschen Ort eingesetzt sind oder sowieso zu alt sind, dann schaffen wir die Situation, daß die Schule mehr Spaß macht. Wenn wir es dann schaffen, vielleicht den Inhalt von 5 % dessen, was behalten wird, auf 10 % zu steigern, dann hat sich das Wissen

verdoppelt. Sie müssen sich einmal überlegen, wieviel das wäre. Dann würden wir international an der Spitze stehen, und dahin will ich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Meine Herren und Damen! Frau Präsidentin! Die Leistungsdebatte ist ein bedeutsames Thema in der gegenwärtigen Bildungspolitik. Ich finde, diese Debatte wäre verschenkt, wenn wir dieses Thema dazu benutzen würden, etwa alte Hüte der Kampagne gegen die Gesamtschule wieder herauszuholen, oder diese Debatte dazu benutzen würden, das, was man immer schon meinte, noch einmal zu unterfüttern.

Herr Dr. Klug, wenn Sie in Ihren Darlegungen des liberalen, modernen Leistungsbegriffes der Reihe nach Formulierungen verwenden wie „Wir brauchen wieder...“, „Es muß wieder so werden wie früher“, „Verfall der Leistungsstandards“, was Sie überhaupt nicht belegen können,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Doch!)

- nicht über irgendeine vergleichbare Studie; die TIMSS-Studie ist ja keine Langzeitstudie, sondern eine Studie zu einem bestimmten Punkt -, dann machen Sie deutlich, daß es Ihnen nicht darum geht, zu versuchen, einen modernen Leistungsbegriff zu definieren, sondern Ihre Vorstellungen von Bildungspolitik im neuen oder alten Gewand wieder darzustellen. Dies würde eine Leistungsdebatte, die notwendig ist, zunichte machen.

Der Begriff „Leistung“ ist ja nicht in ehernen Tafeln hineingemeißelt, die man irgendwo abholen kann,

(Zuruf von der SPD: Nur bei der CDU!)

und man kann auch nicht sagen, man wendet sich vom Leistungsbegriff weg, sondern der Leistungsbegriff verändert sich natürlich mit den gesellschaftlichen Anforderungen. Ich erinnere daran, daß wir Sozialdemokraten in den sechziger und siebziger Jahren dem Leistungsbegriff den Begriff der sozialen Gerechtigkeit und den Begriff der gleichen Bildungschancen hinzugefügt haben, was ja inzwischen komplette Übereinstimmung ist; denn Sie

haben von gleichen Bildungschancen gesprochen. Das war in den siebziger Jahren eine absolute Revolution und erschien als leistungsfeindlich. Ich nehme für uns Sozialdemokraten in Anspruch, daß wir hinsichtlich der Frage, welches der moderne Leistungsbegriff ist, der dem Individuum und den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird, versuchen, so unideologisch wie möglich zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fände ich es schade, wenn wir diese Debatte verschenken und sie zu einem blinden Schlagabtausch nutzen würden.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß man eine Definition von Leistung nicht hinbekommt, wenn man sie mit einem Ranking der Bundesländer beantwortet. Die TIMSS-Studie gibt das nicht her. Sie gibt auch keine Information darüber, wie das Schulwesen in Schleswig-Holstein oder woanders ist. Zu Schleswig-Holstein findet sich darin nur eine kleine Stichprobe; wir sind überhaupt nur mit 200 Schülern einbezogen worden, brauchen aber mindestens 1200 Schüler. Es gibt also für die Länder keine valide Aussage, sondern es ist eine repräsentative Stichprobe für die Bundesrepublik Deutschland.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Schlimm genug!)

- Ja, okay. - Ich fände es gut, wenn wir jetzt nicht überlegen würden, noch die nächste Million für eine neue Studie zur Verfügung zu stellen, sondern zu überlegen, welche Evaluationsinstrumente wir heute haben und wie wir sie weiterentwickeln können.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten auch sehen, welche Fragestellungen uns die **TIMSS-Studie** mit auf den Weg gibt. Ich finde zum Beispiel die Frage enorm spannend: Warum gibt es eigentlich hinsichtlich des Interesses an Physik und Mathematik geschlechtsspezifische Unterschiede, die in Deutschland größer sind als in den USA und in Japan? Was kann die Schule dazu beitragen, etwa das Interesse von Mädchen an Physik und Mathematik zu verstärken? Wir haben ja einige Ansätze in unserem Schulgesetz, um das Thema Koedukation auch anders zu wenden. Es wäre also durchaus sinnvoll, die Ergebnisse dieser Studie als Hypothese zu nehmen und zu fragen: Was können wir tun, unterstellt, daß bestimmte Unterschiede vorhanden sind, um dies zu verändern?

Wir fangen, was diesen Leistungsstandard betrifft, mitnichten bei Null an, sondern unser gesamtes föderatives System ist darauf ausgerichtet, daß es Absprachen zwischen den Ländern gibt. Die setzen natürlich nicht in der siebten Schulwoche der sechsten Klasse an, sondern logischerweise in erster Linie bei Schulabschlüssen. Wir haben zum Beispiel eine Ländervereinbarung über einheitliche Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfungen. Das bedeutet, wir haben einen Austausch von Abiturprüfungen zwischen den Ländern, wir haben einen Austausch der Schulaufsichtsbeamten, und die KMK hat im Zusammenhang mit der Richtungsentscheidung über die gymnasiale Oberstufe vereinbart, Schlüsseljahrgänge der Oberstufe periodisch zu beobachten, um genau solch einen Vergleich hinzubekommen. Das ist, bezogen auf die Oberstufe und die Auswirkungen der Vereinbarungen der KMK auf die Oberstufe, ein, wie ich finde, sinnvolles Instrument, das wir anwenden wollen.

(Beifall bei der SPD)

Auch für den mittleren Schulabschluß hat die Kultusministerkonferenz Qualitätsstandards festgelegt, und zwar für die Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die das erst neuerdings überlegen oder einführen - Sie haben von der Debatte in Hamburg gelesen -, gibt es in Schleswig-Holstein eine Realschulabschlußprüfung, die auch für die Gesamtschule gilt. Die hat sich bewährt und dient der Qualitätssicherung des Bildungsabschlusses.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

Wenn wir uns weiter fragen, welche zusätzlichen Instrumente wir haben und welche wir brauchen, dann müssen wir uns darüber klar werden, daß abfragbares Wissen nicht das ist, auch nicht nach der TIMSS-Studie, was Aufschluß gibt über die Leistungsfähigkeit und die Leistungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte den vielen Zitaten aus der Wirtschaft, die schon gebracht worden sind, etwa daß es eben nicht mehr um Fachwissen geht, sondern um ein Höchstmaß an geistiger Beweglichkeit - Markl -, oder der Aussage des Chefs der Deutschen Bank, Michael Swoboda, daß die Faktenhuberei überholt sei, reihenweise weitere Zitate von Wirtschaftsleuten hinzufügen, die in die Zukunft denken und wissen, daß angesichts des schnellen Wandels, den wir haben, auch ein anderer

Leistungsbegriff vermittelt werden muß. Daß die Schulen auch noch stärker angeschoben werden müssen, ist ja durchaus richtig. Aber man bekommt es nicht dadurch hin, daß man wieder so wie früher irgendwelche Tests macht und glaubt, mit dem Zentralabitur eine Vergleichbarkeit im Sinne von besserer Leistung zu bekommen. Davon halte ich nichts.

Es geht vielmehr darum, daß wir die **Qualitätsstandards** von Bildung weiterentwickeln. Ich bin Frau Schröder dafür dankbar, daß sie schon deutlich gemacht hat, daß genau dies in unseren Lehrplänen enthalten ist, nämlich einerseits ein Begriff von Leistung, der pädagogische Freiheiten einräumt, andererseits aber ein Lern- und Leistungsbegriff, der nicht mehr Wissen und methodisches Können gegen Selbst- und Sozialkompetenz setzt, sondern das einbezieht. Es ist heute nicht mehr möglich, Wissen gegen Handeln und kognitive Leistung gegen die Fähigkeit der Selbsteinschätzung auszuspielen. In der Schule von heute und morgen müssen Fachliches und Methodisches gleichberechtigt neben selbsterfahrendem und selbstbeurteilendem Lernen und neben sozialkommunikativem Lernen stehen. Das muß insgesamt vermittelt werden.

Neben diesem Ansatz eines modernen, erweiterten Leistungsbegriffs verfolgen die Lehrpläne auch das Prinzip, an bestimmten Punkten sehr deutlich eine gemeinsame Grundbildung für alle deutlich zu machen, die verpflichtend ist, auf der aufbauend sich fachspezifische Themen und Aufgaben ergeben. Da die Lehrpläne im ganzen verbindlich sind und verpflichtende Anforderungen benennen, haben wir mit ihnen ein Instrument der Vergleichbarkeit von schulischen Abschlüssen und Übergängen.

Das heißt, wir haben mit ihnen beides: eine Erweiterung des Leistungsbegriffes als eines modernen Leistungsbegriffes, und wir haben gleichzeitig die Festlegung über bestimmte Verbindlichkeiten, die Festlegung, daß an den Schulen bestimmte Dinge gemacht werden müssen, und im Rahmen bestimmter Abschlüsse bestimmte Sachen erbracht werden müssen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie haben das doch heruntergeschraubt!)

- Sie behaupten etwas von Herunterschrauben nach Standards, die Sie hier nicht definieren können, bei denen Sie noch nie den Versuch gemacht haben, sie zu

definieren. Sie sagen „Wieder Leistung wie früher“. - Ja, welche denn und welche nicht? Deswegen fordere ich Sie auf, kommen Sie hier her und sagen Sie, welche Leistungsdefinition Sie meinen, und dann kommen wir ein Stückchen weiter.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Wenn es um die Vergleichbarkeit von Leistungen und um dieses wunderbare Wort „Evaluation“, die wir stärker als bisher brauchen, geht, haben wir nicht ein Instrument - schon gar nicht ein Zentralabitur oder ein Leistungstest -, sondern wir brauchen die verschiedenen Punkte Abitur, Abschlüsse, auf Länderebene Lehrpläne - ich werde auf einige weitere Punkte noch zu sprechen kommen -, um die Leistungsfähigkeit der Schulen weiter zu sichern und zu verbessern. Das ist ja auch das Ziel.

Natürlich muß uns die TIMSS-Studie insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland zu denken geben. Das ist völlig klar.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Die Konsequenz daraus für uns ist, daß wir in diesen Wochen ein bundesländerübergreifendes Modellprojekt mit dem Titel starten „Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts“. Programmträger für dieses bundesländerübergreifende Modellprojekt wird das IPN sein in Zusammenarbeit mit Fachdidaktikern an anderen Hochschulen. Die Koordination für dieses Projekt liegt beim schleswig-holsteinischen Bildungsministerium. Sie sehen daran, daß wir diesem Punkt besonderes Interesse entgegengebracht haben und deswegen die Koordination in diesem BLK-Bereich übernommen haben und zusammen mit dem IPN dieses Thema angehen, um auch den Lehrkräften bessere Möglichkeiten für einen effektiveren Unterricht an die Hand zu geben.

Ich will nur noch darauf hinweisen, daß das Thema „Qualitätsstandards“ auch in der **beruflichen Bildung** eine Rolle spielt. Wir nehmen an einem BLK-Versuch teil, bei dem es zum Beispiel um die Frage geht, welche Richtlinien und Ziele in Zukunft in der beruflichen Erstausbildung verfolgt werden sollen und - das ist besonders wichtig - welche Inhalte von Qualitätsmanagement in der beruflichen Erstausbildung vermittelt werden sollen. Schließlich müssen wir auch festhalten, daß gerade deshalb, weil wir die Eigenverantwortung an Schulen stärken wollen, das Controlling eine wichtige Rolle spielen wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich unterstreiche das, was die Bildungskommission in Nordrhein-Westfalen gesagt hat:

(Unruhe)

Wir brauchen auch innerhalb der Schule, nicht nur zwischen den Schulen, Feedback-Strukturen, die vor dem Hintergrund vereinbarter Ziele Vergleiche ermöglichen und Impulse zur Qualitätsverbesserung geben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU] - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Frau Ministerin! Ich möchte das Haus um etwas mehr Ruhe bitten. Der Geräuschpegel ist relativ hoch.

Sie haben weiter das Wort, Frau Ministerin.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Das heißt für die schulische Praxis konkret, daß sowohl die interne Evaluation - das ist das Gespräch von Lehrkräften über die Art und Weise ihres Fachunterrichtes an der Schule X im Rahmen ihres Unterrichts oder auch ihres Schulprogramms - genauso wichtig und bedeutsam ist und verstärkt werden muß wie die externe Evaluation, bei der es etwa darum geht, wie die Ressourcen im aufgezeigten Sinne verwandt werden.

Wir haben erste Schritte zu dem Thema interne und externe Evaluation in den Fortbildungen für Lehrkräfte und für Schulleiter bereits getan. Das heißt, wir sind dabei, hier eine Weiterentwicklung in Gang zu setzen; die brauchen wir, die brauchen die Schulen selbst auch. Ich warne nur wirklich davor, zu glauben, daß wir mit einer Studie - ich glaube, die Hamburger haben 500.000 DM bezahlt -, die nach ihrem Vorschlag unter 1 Million DM wohl nicht zu bekommen sein wird, tatsächlich eine verbesserte Datenbasis dergestalt bekämen, daß es anschließend voranginge.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich bin sehr dafür, daß wir uns im Bildungsausschuß über dieses Thema noch einmal austauschen, aber ich bitte, das nur dann zu tun, wenn wir nicht wieder alte Hüte verkaufen wollen und sagen, das dreigliedrige Schulsystem sei das beste oder die Gesamtschule sei schlecht, sondern wenn wir uns ansehen, welche möglichen Vergleichbarkeiten und welche vernünftigen Vergleichbarkeiten wir haben, und wenn wir uns fragen, wie wir das weiterentwickeln wollen, ohne die Schule zu überbürokratisieren und ohne sie alle über einen Leisten zu schlagen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die demokratische Leistungsschule - ich sage das sehr deutlich, weil der Begriff ja fast schon nicht mehr modisch ist -, die wir wollen, verträgt keinen verordneten Zentralismus - auch nicht, was bestimmte Leistungsanforderungen anbetrifft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 18, Länderübergreifende Vergleiche von Schulleistungen, abstimmen, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/897. Es ist Überweisung der Vorlage an den Bildungsausschuß beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über den Tagesordnungspunkt 19, Landesweit vergleichbare Leistungsstandards, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/898, abstimmen. Auch hier ist Ausschußüberweisung der Vorlage an den Bildungsausschuß beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig zu beschlossen.

Nunmehr lasse ich über die EntschlieÙung „Schulische Bildung in Schleswig-Holstein stärken“, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/904 (neu), abstimmen. Hierzu ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. - Auch Ausschußüberweisung?

(Holger Astrup [SPD]: Nein!)

- Nein, also Abstimmung in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt worden mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P..

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meinte es mit meinem Hinweis auf den Geräuschpegel sehr ernst. Ich bin nicht bereit zu schreien, und ich bin auch der Meinung, daß es den Rednerinnen und Rednern gegenüber nicht fair ist, das von ihnen zu verlangen.

Ehe ich gleich den Tagesordnungspunkt 8 aufrufen werde, möchte ich auf der Besuchertribüne den Unteroffizierslehrgang des Stabdienstes der Marineversorgungsschule von List auf Sylt, begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDUDrucksache 14/906

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Beratung.

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag zur Änderung des Schulgesetzes, damit die Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten auf eine rechtlich einwandfreie Grundlage gestellt wird, hat ja schon im Vorfeld zu zahlreichen Presseveröffentlichungen geführt.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Dabei ist einerseits erfreulich, daß sich SPD, F.D.P. und die Landesregierung auch für den Erhalt dieses erfolgreichen Ausbildungsweges an der **Theodor-Litt-Schule** in Neumünster ausgesprochen haben und daß

der Erlaß über den Aufnahmestopp für diesen Ausbildungsgang in der letzten Woche zurückgenommen wurde.

Dagegen ist andererseits jedoch nicht nachzuvollziehen - wie es in der SPD-Pressemitteilung vom 20. August 1997 zu lesen ist -, daß die SPD-Fraktion und Frau Ministerin Böhrk die notwendige rechtliche Absicherung nicht jetzt vornehmen wollen, sondern erst bei einer irgendwann anstehenden Novellierung des Schulgesetzes, die - wie man hier hört - erst im Herbst 1998 vorgesehen ist. Das macht stutzig, das irritiert die Betroffenen, und das bringt weiter Planungsunsicherheit und blockiert die 1,6 Millionen DM, die die Stadt Neumünster für die dringend notwendige Modernisierung der Labore bereitliegen hat und auch investieren will; das aber nur - wie der Oberbürgermeister in der Presse am 22. August 1997 ausführte -, wenn von seiten der Landesregierung eine schriftliche Versicherung vorliegt, daß die staatliche Schule auf Dauer erhalten bleibt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Einen Moment, Frau Abgeordnete Röper. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, und wenn unbedingt Gespräche notwendig sind, dann sind sie bitte draußen zu führen.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Döring sollte deshalb den Neumünsteranern einmal erklären, warum der CDU-Antrag angeblich purer Aktionismus ist. Denn diese Planungssicherheit können wir heute mit einem gemeinsamen Beschluß zur Gesetzesänderung auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CDU)

Damit gäben wir ein wichtiges Signal an die Stadt Neumünster, an die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, an die Schülerinnen und Schüler und auch an die Bürgerinnen und Bürger, die endlich einmal erleben würden, daß die von Landtagspräsident Arens mehrfach beschworene Gemeinsamkeit und Kooperation bei anstehenden Entscheidungen über Parteigrenzen hinweg funktionieren kann, zumal in diesem Falle alle das gleiche Ziel haben. So hoffe ich es jedenfalls.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Ich meine, hier ist auch schnellstmöglich einiges gutzumachen; denn die ganzen Aufregungen und

Irritationen bei den Betroffenen und bei der Stadt wären nicht notwendig gewesen, wenn vom Ministerium im Vorfeld eine Klärung herbeigeführt worden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Bei einem derartig offenkundigen Handlungsbedarf wäre es meiner Ansicht nach der richtige Weg gewesen, durch das Ministerium umgehend die rechtliche Absicherung zu schaffen, wie es andere Bundesländer übrigens auch getan haben, und nicht erst per Erlaß eine letztmalige Aufnahme der Interessenten zum 1. August 1997 anzukündigen. Das ist dilettantischer Wirrwarr und konterkariert die Bemühungen, gerade auch für junge Frauen gute Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die ihnen nach Abschluß einen sicheren Arbeitsplatz bieten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die fertigen **PTAs** finden sofort eine Beschäftigung. Außerdem wird dieser Beruf sowohl in Vollzeit als auch vielfach in Teilzeit ausgeübt, eine Tatsache, die ganz besonders Frauen mit Familie zugute kommt und doch auch unser Anliegen stärkt, mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen.

Vor dem Hintergrund des Bündnisses für Ausbildung und der vielfältigen Bemühungen um jeden einzelnen Ausbildungsplatz ist das bisherige Vorgehen wirklich eine Posse; sie ist nur leider nicht besonders witzig.

Und noch ein positives Signal können wir mit einer schnellen Schulgesetzänderung den PTA-Absolventinnen und -Absolventen geben. Sie hätten dann auch die Möglichkeit, einen Fachhochschulabschluß zu erwerben; denn in Verbindung mit den **CTAs**, den chemotechnischen Assistentinnen und Assistenten, wäre die Theodor-Litt-Schule in der Lage, entsprechende schulische Angebote zu machen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es liegt jetzt in unserer Hand, Rechtssicherheit zu schaffen, die finanziellen Investitionen auf den Weg zu bringen und für klare Verhältnisse zu sorgen. Deshalb bitte ich Sie sehr um Ihre Zustimmung zu dieser Gesetzesänderung.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Döring.

(Meinhard Füllner [CDU]: Dann schauen wir mal, was der sagt!)

Uwe Döring, [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Röper, Sie hatten in Ihrer Pressemitteilung zunächst gesagt: Vielen Dank für die Zustimmung schon im voraus. Ich möchte entgegenhalten: Vielen Dank für die Mithilfe bei der ganzen Aktion, die PTA-Ausbildung abzusichern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Ursula Röper [CDU]: Ich war die Initiatorin!)

Ihre Initiative ist Anfang August gekommen, aber ich kann doch sagen, daß wir bereits Ende Juni/Anfang Juli uns vor Ort mit diesem Thema beschäftigt haben. Sie waren jetzt mit der parlamentarischen Initiative schneller, das ist in Ordnung und wird anerkannt, wenn auch nicht ganz ohne Neid. Keine Frage, Sie waren schneller.

In der Sache können wir uns sehr schnell einig sein; deshalb setze ich diesen Satz vorweg: Die SPD-Fraktion will den Erhalt der PTA-Ausbildung in Neumünster sichern.

(Beifall im ganzen Haus)

Eines aber muß ich feststellen. Wir vor Ort waren überrascht - deswegen stehe auch ich heute hier am Rednerpult -, in der Presse von derartigen Problemen zu lesen; denn diese Schule gibt es ja seit 28 Jahren, und ich kann auch sagen, daß wir vor Ort uns sehr bemüht haben, die 1,6 Millionen DM im Doppelhaushalt bereitzustellen, um die Labore endlich zu modernisieren. Es gab in der Tat diese Verunsicherung, und deswegen haben wir uns vor Ort sofort dafür ausgesprochen, daß die Ausbildung erhalten bleiben muß. Wir haben auch die Gründe dargelegt. In der heutigen Ausbildungsplatzsituation, in der bei einem Ausbildungsgang bei 200 Bewerbern 75 Plätze angeboten werden, ist es auch für uns nicht vorstellbar, diese Ausbildung einfach abzuschneiden und zu sagen, sie werde nicht mehr angeboten.

(Ursula Röper [CDU]: Wir brauchen Rechtssicherheit!)

Wir haben gesagt, daß es sich überwiegend um junge Frauen handelt, die nach dieser Ausbildung fragen, und daß sie eine gute Möglichkeit haben, einen Arbeitsplatz nach ihrer Ausbildung zu finden.

Deswegen wäre auch der alleinige Ersatz durch eine Privatschule für uns nicht denkbar; denn da würde das Schulgeld aus sozialer Sicht sicherlich Probleme machen. Ich habe mich allerdings gewundert, warum F.D.P. und CDU den Privatisierungsgedanken von Anfang an gleich vom Tisch gefegt haben,

(Ursula Röper [CDU]: Es ging uns darum, den Bedarf abzudecken!)

denn normalerweise sind Sie doch diejenigen, die sagen, wenn das jemand privat machen kann, warum soll er das nicht tun. Gut, ich will Ihnen gern konzidieren, daß es auch bei Ihnen irgendwo den sozialen Gedanken gibt und Sie sagen, aus sozialen Gründen ist so etwas nicht machbar.

(Ursula Röper [CDU]: Es ist eine Kapazitätsfrage!)

In der Sache sind wir uns, wie gesagt, einig. Sie haben auch schon deutlich gemacht, daß das Bildungsministerium inzwischen die Voraussetzungen geschaffen hat, daß im nächsten Schuljahr wieder Bewerberinnen und Bewerber diese Ausbildung aufnehmen können. Deswegen gibt es in der Sache überhaupt keinen Streit, und wir lehnen Ihren Antrag deswegen auch nicht ab. Wir werden ihn im Bildungsausschuß schnell beraten, damit die zweite Lesung bald stattfinden kann.

Zur Frage des Inkrafttretens möchte ich folgendes sagen - ich möchte es generell formulieren -: Wenn man Gesetze laufend für Einzelfälle ändert, kommt man in der Tat in die Gefahr des Aktionismus und übersieht dabei eventuell den einen oder anderen Fallstrick. Deswegen ist die SPD gewillt, sehr sorgfältig darüber zu beraten, ob es eventuell Probleme, das heißt Auswirkungen auf andere Ausbildungsgänge gibt, wenn ich so etwas für einen einzigen Ausbildungszweig regele.

(Ursula Röper [CDU]: Bei eigenen Anträgen zieren Sie sich nicht!)

Es mag sein, Frau Röper, daß das nicht zutrifft, und ich kann Ihnen auch in Absprache mit den Bildungspolitikern meiner Fraktion und mit meiner Fraktionsspitze zusichern: Wenn dieses nicht zutrifft, dann gibt es keinen Grund, nicht schnell eine Änderung herbeizuführen. Wenn es denn aber Gründe geben sollte, die die Sache etwas länger dauern lassen, dann haben wir erstens die Zusage, daß es diese Ausbildung

weiterhin geben wird, so wie es sie 28 Jahr lang gegeben hat,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst-Dieter Rossmann [SPD])

denn wir wollen die Schule ja gemeinsam erhalten. Wir meinen allerdings, daß handwerklich sauber vorgegangen werden muß.

Es kann auch sehr gut sein - deswegen signalisiere ich hier Offenheit, was das Inkrafttreten anbelangt -, daß diese Bedenken nicht tragen, und dann gibt es keinen Grund, die Änderung nicht schnell zu beschließen.

Wichtig ist zweitens - weil Sie auch von den Investitionen gesprochen haben; genauso wie ich -, daß dieser Landtag interfraktionell ein Signal an die Stadt gibt, daß die 1,6 Millionen DM freigegeben werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Und wenn wir das heute gemeinsam durch unsere Wortbeiträge haben verdeutlichen können, dann wird die Stadt Neumünster die Ausschreibung sicherlich wieder in Gang setzen,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr gut!)

und wir werden sehr schnell dazu kommen, daß diese Labore modernisiert werden. Das soll nicht an irgendwelchen gesetzestechnischen Problemen scheitern.

Ich wiederhole: Wir wollen die Schule gemeinsam erhalten. Lassen wir uns das gemeinsam anstreben, aber lassen Sie es uns gesetzestechnisch sauber angehen. Wenn Ihr Weg der richtige ist, dann gehen wir ihn mit, und ansonsten bitte ich darum, nicht eine weitere Verunsicherung vor Ort zu betreiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Herr Präsident! Ich erkläre für meine Fraktion, daß wir uns den Worten meines Vorredners anschließen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Hervorragend! Damit erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

(Zuruf von der SPD: Auch Dr. Klug schließt sich sicherlich an!)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin beim Thema Hochbegabte begründet, warum man einen einzelnen Gesetzesänderungsantrag vorziehen könnte, um nämlich beim nächsten Einschulungstermin eine neue Regelung greifen lassen zu können.

In diesem Fall hier ist es so, daß aufgrund der Erklärungen aller Fraktionen aus diesem Hohen Haus das Ministerium inzwischen die Einstellungsverfügung des Ausbildungsganges PTA in Neumünster bereits zurückgenommen hat. Das heißt, die bruchlose Fortsetzung auch beim nächsten Aufnahmejahrgang ist bereits jetzt sichergestellt, so daß man ganz pragmatisch entscheiden kann, ob man hier eine Einzeländerung vornimmt oder die Änderung im großen Aufwasch einer umfassenden Novellierung des Schulgesetzes erschließt. Das ist materiell gleichgültig.

Eines ist aber - ich kann es kurz machen - positiv festzustellen. Ich bin am letzten Donnerstag in der Theodor-Litt-Schule in Neumünster gewesen und habe mit der Schulleitung, mit Lehrkräften und dem Personalrat gesprochen und kann den Eindruck des Gesprächs, weil es alle in diesem Hause betrifft, an Sie weitergeben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ach, das ist ja nett!)

Der Eindruck dort ist der, daß man die Fortsetzung des gut angenommenen, für die jungen Leute, vor allem Frauen, sehr aussichtsreichen Ausbildungsganges deshalb erreicht hat, weil es ein Engagement des Parlamentes, und zwar fraktionsübergreifend, gegeben hat. Der positive Eindruck ist der: Das Landesparlament hat eine Entscheidung, die von der Regierung getroffen worden ist, relativ rasch korrigiert. Das heißt, man hat einen positiven Eindruck zugunsten des Landesparlamentes insgesamt gewonnen. Darüber sollten wir uns freuen. Wir sollten uns darüber freuen, daß an der Theodor-Litt-Schule in Neumünster ohne Unterbrechung weiterhin **pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten** mit guten

Berufsaussichten in einem attraktiven Berufsfeld ausgebildet werden.

Ich darf daran erinnern, daß in diesem Jahr auf 75 Plätze 277 Bewerbungen kamen. Herr Kollege Döring, ich habe nichts dagegen, daß es auch private Anbieter gibt. Nur hat der private Anbieter in Raisdorf - wenn ich das richtig weiß - in diesem Jahr gerade acht Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Das heißt, daß wir für den notwendigen und zukunftssträchtigen Ausbildungsgang der Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen und Assistenten das Neumünsteraner Bildungsangebot an der Theodor-Litt-Schule brauchen. Dies zu erhalten, war das Engagement aller Fraktionen wert.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Ich habe meine Rede hier. Ich würde sie gern zu Protokoll geben.

(Holger Astrup [SPD]: Geht aber nicht! - Unruhe)

Ich finde, daß es ein guter Antrag war, Frau Röper. Ich werde dem Antrag zustimmen. Ich halte es für wichtig, daß die Ausbildung erhalten bleibt.

Auch ich habe die Schule in Neumünster vor ein paar Wochen besucht, nicht in erster Linie wegen der PTA-Ausbildung, sondern weil ich mich über die Situation des Studienkollegs erkundigen wollte. Auch das ist ein wichtiges Thema.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wir arbeiten daran!)

Im Moment geht es allerdings um die **PTA-Ausbildung**. Ich hoffe, daß wir den jungen Leuten so schnell wie möglich Sicherheit dafür geben können, daß dieser Ausbildungsgang weiterhin bestehen wird.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Reden können wir nach unserer Geschäftsordnung nicht zu Protokoll geben. Geben Sie sie hierher, dann ist sie gut aufgehoben! - Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich will es kurz machen. Obwohl das Land dazu nicht verpflichtet ist, die **PTA-Ausbildung** anzubieten, wäre in einer Zeit, in der für den Erhalt und die Schaffung von Ausbildungsplätzen erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, die Schließung dieser Berufsfachschule, die zu einem Verlust von 75 Ausbildungsplätzen führen würde, nicht vertretbar. Da haben die Abgeordneten recht. Da hat das Parlament einen guten Eindruck hinterlassen, und das Bildungsministerium hat sich der schlüssigen Argumentation angeschlossen.

Frau Röper, Sie sollten Ihr Talent, das Sie ja heute morgen schon gezeigt hatten, nicht insoweit weiterentwickeln, daß Sie noch ein Haar in der Suppe finden, wenn die Sache schon gegessen ist.

(Ursula Röper [CDU]: Gesundes Mißtrauen ist schon angesagt!)

Die Ausbildung an dem Standort ist gesichert. Das Anmeldeverfahren zum 1. August 1998 kann laufen. Wenn wir dazu vorher eine gesetzliche Änderung brauchen, machen wir sie. Wenn wir sie nicht brauchen, machen wir sie nicht; da gehen wir ganz pragmatisch vor. Die Schule hat zu wissen bekommen, daß das Anmeldeverfahren weiterläuft und daß wir den gesetzlichen Tatbestand derzeit prüfen.

Wir sollten bei der Allparteienkoalition von Legislative und Exekutive in der Sache festhalten: Wir haben 75 Ausbildungsplätze für junge Mädchen gesichert. Daran sollten wir nicht herumkritteln und sagen: „Ja, vielleicht,“ sondern diese Aussage steht, das wollen alle, auch die Regierung.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 und 22 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Trilateraler Wattenmeerplan

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/891

b) Trilateraler Wattenmeerplan

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/902

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/933

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit der mißglückten Vorstellung des Syntheseberichtes durch die Landesregierung verfolgen die Menschen an der Westküste alle Vorhaben mit Skepsis, die zur Entwicklung ihrer Region von außerhalb hereingetragen werden. Sie fühlen sich fremdbestimmt und protestieren dagegen, daß andere über ihre Region bestimmen wollen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Die Diskussion zu § 2 des Nationalparkgesetzes, den die Regierung substantiell angeblich nicht, aber im Prinzip eben doch ändern will, hat in der Region Unsicherheit hervorgerufen. Diese Unsicherheiten übertragen sich auf alle Vorhaben, die Auswirkungen auf die Region haben könnten.

Entsprechend aufmerksam wird verfolgt, in welcher Weise die trilaterale Regierungskonferenz im Oktober in Stade vorbereitet wird. Dort wollen die drei beteiligten Länder, Niederlande, Deutschland und Dänemark, den jetzt diskutierten **Trilateralen Wattenmeerplan** verabschieden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Menschen an der Westküste nicht wissen, was auf sie zukommt, wie zum Beispiel eine Novellierung des Nationalparkgesetzes aussehen wird - können wir damit rechnen, daß wir einen solchen Gesetzentwurf der Bundesregierung oder der bündnisgrünen Fraktion noch vor der Kommunalwahl

sehen werden, damit wir wissen, worüber wir zu diskutieren haben? -, welcher Verhandlungsspielraum angesichts der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag überhaupt besteht, ist es verständlich, daß sie unter allen Umständen verhindern wollen, daß im Trilateralen Wattenmeerplan Festlegungen vorgenommen werden, die spätere Gesetzesänderungen nach sich ziehen. Sie wollen nicht, daß ihnen sozusagen durch die Hintertür Beschränkungen auferlegt werden und sie nur ohnmächtig zusehen können.

Dabei ist unmittelbar einsichtig, daß nur durch einen gemeinsamen Schutz des Wattenmeeres in den Niederlanden, Deutschland und Dänemark diese einzigartige Landschaft erhalten werden kann. Schutzmaßnahmen in nur einer Region, beschränkt auf nur ein Land müssen unwirksam bleiben, wenn nicht in den benachbarten Ländern dasselbe Schutzziel verfolgt wird.

Was bewirkt ein Walschutzgebiet vor Sylt, das die Autoren des Syntheseberichtes vorschlagen, wenn die Tiere anschließend in dänischen Stellnetzen verenden, wie der Synthesebericht an anderer Stelle berichtet? Was für den Walschutz gilt, trifft in ähnlicher Weise für weitere Bereiche zu, wie den Vogelschutz, die Abwehr von Verschmutzungen und anderes. Zu einem gemeinsamen Schutzkonzept für das Wattenmeer gibt es keine Alternative. Das bedeutet, daß die politische Verantwortung für ein so ehrgeiziges Vorhaben wie die Verabschiedung des Trilateralen Wattenmeerplanes erheblich ist. Dieser Verantwortung wird die Landesregierung nicht gerecht.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh, oh!)

Die vorliegende Entwurfsfassung des Planes macht an vielen Stellen deutlich, welchen Stellenwert die drei Staaten der aktiven **Beteiligung der Bevölkerung** beimessen. Leider ist in Schleswig-Holstein festzustellen, daß unsere Landesregierung diese Abschnitte offensichtlich nicht gesehen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

Sie ist an den Verhandlungen gemeinsam mit den Landesregierungen von Niedersachsen, Hamburg und Bremen beteiligt. Es ist ihre Aufgabe, die Kommunen, Nutzer- und Naturschutzverbände zu beteiligen. Die Landesregierung hat die Nationalparkkuratorien beteiligt, Gemeinden und Nutzerverbände blieben dagegen vor der Tür. Wer den Schutz des gesamten Wattenmeeres wirklich will, muß mit allen, die von der Regelung betroffen sein könnten, so früh wie möglich reden. Das ist nicht geschehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Genau an diesem Defizit hapert die gesamte Diskussion über den Synthesebericht, hapert die Art und Weise, in der die Landesregierung an der Westküste vorgeht. Die Aktivitäten der Allianz der Westküste, die Beratung in den Ausschüssen der Kreistage von Nordfriesland und Dithmarschen über den Trilateralen Wattenmeerplan geben der Überschrift der „KN“: „Im Wattenmeer kehrt Ruhe ein“ einen doppelten Sinn. Es ist die Ruhe vor dem Sturm. Dabei bedeuten einige Regelungen im Trilateralen Wattenmeerplan einen deutlichen Fortschritt für die wirtschaftlichen Chancen der Region. So heißt es in der Juli-Fassung des Planes:

„Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Erholungsnutzung sind von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für die Wattenmeerregion und müssen in einer harmonischen Beziehung zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und der ökologischen Integrität gegeneinander abgewogen werden.“

Nicht der Vorrang für Ökologie, wie Rot-Grün immer fordert, sondern das Abwägen zwischen ökonomischen und ökologischen Bedürfnissen bestimmt in wesentlichen Teilen den Plan.

Daher sieht die F.D.P. in der Aussetzung der Beschlußfassung des Trilateralen Wattenmeerplans keinen Vorteil. Im Gegenteil, wir fordern, daß die im Wattenmeer formulierten Ansprüche der Bevölkerung auf eine Beteiligung und die Pflicht zur Abwägung zwischen **ökologischen und ökonomischen Erfordernissen** verstärkt Eingang in die Diskussion über die Zukunft des Nationalparks Wattenmeer finden.

Die Beschäftigung mit den Beschlüssen von Esbjerg und Nordenham zeigt, daß Schleswig-Holstein in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle spielt. Beispiel: Einstellung der Herzmuschelfischerei, die in den Niederlanden und Dänemark weiter durchgeführt wird. Es gibt daher keinen Grund, im Hinblick auf internationale Standards die Nutzungsmöglichkeiten der Bevölkerung an der Westküste weiter einzuschränken.

Der Änderungsantrag, den die Regierungsfractionen zum F.D.P.-Antrag eingereicht haben, ist unzureichend. Der Landtag macht sich zum Kasper, wenn er es begrüßt, daß sich der Umweltminister an bestehende Gesetze hält. Solches erwarten wir von ihm.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Für ein anderes Verhalten besteht keine Rechtsgrundlage.

Wir können weiter nicht begrüßen, daß die Nationalparkanrainergemeinden nur über die Nationalparkkuratorien an der Abstimmung über den Entwurf beteiligt wurden. Wir kritisieren dies. Die Beteiligung der Gemeinden war eine ureigene Aufgabe der Landesregierung.

Weiter sind wir der Auffassung, daß die Landesregierung den Bericht in der September-Sitzung geben sollte. Danach ist er Schnee von gestern. Eine solche Aussage fehlt im SPD-Antrag.

Die Umformulierung der einzelnen Punkte des von der F.D.P. geforderten Berichts macht versteckt die Defizite der Landesregierung deutlich. So wollen die Regierungsfractionen zum Beispiel die Initiativen Schleswig-Holsteins bei der Erarbeitung des Trilateralen Wattenmeerplans nicht dargestellt wissen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört! Hört!)

Warum eigentlich nicht?

Den ersten drei Punkten des CDU-Antrags können wir zustimmen. Wir sind voll derselben Meinung. Bei Punkt 4 ist das jedoch nicht der Fall. Wir halten eine Aussetzung der Verabschiedung des Wattenmeerplans aus inhaltlichen und strategischen Gründen für falsch.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit März liegt den Nationalparkkuratorien der Entwurf des sogenannten Trilateralen Wattenmeerplans in verschiedenen Fassungen, so sage ich einmal, vor, und zwar mit einer englischen, fehlerhaften Rohübersetzung vom Februar 1996. Ich glaube, die letzte Fassung hat den Stand vom 4. Juli 1997.

Dieser **Trilaterale Wattenmeerplan** geht auf die Erklärung der sechsten Trilateralen Regierungskonferenz in Esbjerg zurück, die im Jahr 1991 stattgefunden hat. Auf dieser Konferenz beschlossen die Teilnehmer Dänemark, Niederlande und Deutschland, für das Wattenmeer die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung eines zusammenhängenden besonderen Schutzgebiets zu ergreifen, das von Esbjerg bis Den Helder reicht und für das ein koordinierter Managementplan gelten soll. Des weiteren sollten gemeinsame Schutzziele noch mehr konkretisiert werden.

Auf der siebten Regierungskonferenz in Nordenham wurden weitere Eckpunkte des Wattenmeerplans verabschiedet, nämlich die Festlegung der Grenzen des Trilateralen Kooperationsgebiets, die Leitgrundsätze einschließlich der Managementgrundsätze und weitere ökologische Ziele.

Die Nationalparkkuratorien sowohl in Nordfriesland wie auch in Dithmarschen haben diese Schritte zumindest zur Kenntnis genommen. An der Öffentlichkeit sind sie aber schlichtweg vorbeigelaufen. Der Trilaterale Wattenmeerplan soll dies nicht.

Gerade nach der stümperhaften Präsentation des Syntheseberichts „Ökosystemforschung Wattenmeer“ hätte man eigentlich erwarten können, daß Sie etwas dazugelernt hätten. Aber leider kann ich dies nicht feststellen. Obwohl der Wattenmeerplan selbst darstellt, daß die Ziele in offener Form formuliert wurden, obwohl festgestellt wird, daß der Plan unter Beteiligung von Fachbehörden und Interessengruppen ausgearbeitet wurde, obwohl von interregionaler Kooperation ausgegangen wird und das Prinzip der sorgfältigen Entscheidungsfindung bemüht wird, war davon zumindest hier in Schleswig-Holstein und an der Westküste nichts zu spüren. Es blieb bei einer Beteiligung der **Nationalparkkuratorien**.

Als „saumäßig“ bezeichnete der nordfriesische Landrat Dr. Bastian das praktische Verfahren. Ich kann Ihnen nur sagen: Recht hat er.

(Beifall bei der CDU)

Von daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn das Nationalparkkuratorium auf seiner Sitzung am 15. August 1997 beschlossen hat - ich zitiere -:

„Das Kuratorium stimmt der vorliegenden deutschen Fassung des Trilateralen Wattenmeerplans nicht zu, da Änderungen notwendig sind. Es bittet um Vorlage einer

aktuellen deutschen Fassung, um ein abschließendes Votum herbeizuführen.“

Anschließend wird auf die Stader Erklärung eingegangen.

Der **Kreis Nordfriesland** ist zur Zeit dabei, sich im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts mit dem Wattenmeerplan zu beschäftigen. Wirtschafts-, Agrar- und Umweltausschuß des Kreises beschlossen einstimmig - ich wiederhole: einstimmig -:

„Eine abschließende Beratung und Beschlußfassung über eine Stellungnahme zu dem Entwurf des Trilateralen Wattenmeerplans ist in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht leistbar. Der vorliegende Plan ist wegen der Vielzahl nicht geklärter Einzelpunkte zur Zeit nicht unterschriftsreif und von daher auszusetzen. Die Bundesumweltministerin und der Landesumweltminister werden gebeten, aus diesen Gründen nicht zuzustimmen.“

Ich bin mir sicher, daß der Kreistag auf seiner morgigen Sitzung diesen Beschluß übernehmen und sogar noch einmal bekräftigen wird.

Neben dem Kreis sind noch eine Vielzahl von Ämtern, Gemeinden und Verbänden direkt betroffen. Ihre berechnete Forderung nach Beteiligung und damit Gehör steht nach wie vor im Raum.

Ich appelliere an Sie, Herr Minister Steenblock, und bitte Sie eindringlich, dieser Forderung nachzukommen. Denn nach dem Rio-Prozeß sind auch Sie verpflichtet, Verbände und Kommunen intensiv in solche Planungsüberlegungen einzubeziehen. Sie machen es sich in der Tat zu einfach, wenn Sie die geforderte Beteiligung auf die Nationalparkkuratorien begrenzen.

Sozialdemokraten und Grüne formulieren in ihrem Antrag:

„Der Landtag begrüßt die intensive Beteiligung der Nationalparkkuratorien und somit auch der darin vertretenen Nationalparkanrainergemeinden bei den Abstimmungsverfahren über den Trilateralen Wattenmeerplan seit Vorliegen des ersten Entwurfs.“

Sie suggerieren damit intensive Beteiligung, die es eigentlich gar nicht gegeben hat.

Wissen Sie denn nicht, daß ein Großteil - ich kann sagen: die überwiegende Mehrheit - der Nationalparkanrainergemeinden überhaupt nicht im Kuratorium vertreten ist? Wissen Sie denn nicht, daß sich gerade aus diesem Grund Ämter, Inselgemeinden und Nationalparkanliegergemeinden zu der Westküstenallianz zusammengeschlossen haben, um ihre Interessen wenigstens geschlossen formulieren zu können?

Binden Sie die Menschen in der Region mit ein, wie es der Plan auch fordert, der ja - ich zitiere - von einer informierten, engagierten und aktiv teilnehmenden Bevölkerung ausgeht! Tun Sie das nicht, dann garantiere ich Ihnen schon heute, daß sich die Region wieder anderweitig Gehör verschaffen wird.

Die Menschen wollen vernünftig informiert werden, um sich anschließend aktiv mit einzubringen. Daß selbst bei denen, die sich mit dem Plan bereits beschäftigt haben, zusätzlicher Erörterungsbedarf besteht, dürfte allein aufgrund der vorliegenden Beschlußfassung deutlich geworden sein. Kommen Sie diesem Informationsbedürfnis nach, und binden Sie die Menschen ein! Dann kann Wattenmeerschutz erfolgreich betrieben werden.

Ich will in meinem Beitrag natürlich auch nicht verhehlen, daß der Entwurf des Trilateralen Wattenmeerplans aus dem Bundesumweltministerium kommt. Ich will ebenfalls nicht verhehlen, daß die Umweltbeamten auch der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein eifrig daran mitgebastelt und abgenickt haben.

Wie groß der Korrekturbedarf in diesem Plan ist, zeigen Ihnen die 49 Änderungsvorschläge des nordfriesischen Kuratoriums, das sich unter äußerst schwierigen Rahmenbedingungen in die Materie eingearbeitet hat. Es ist für mich schlichtweg ein Unding, wenn hier ehrenamtlich Tätigen die englische Fassung eines Vertragstextes zur Beratung vorgelegt wird. Dies haben wir auch der Bundesumweltministerin unmißverständlich mitgeteilt.

Am 21. Oktober 1997 soll nun die achte Trilaterale Wattenmeerkonferenz in Stade stattfinden. Die Beteiligung - ich wiederhole es - ist zumindest in Schleswig-Holstein saumäßig und, was die Öffentlichkeit und die Kommunen angeht, überhaupt nicht gelaufen. Sich jetzt damit herauszureden, daß es dort nur um unverbindliche Planungen und grobe Zielvorgaben gehe, die in keiner Weise rechtsverbindlich seien, ist zu billig. Denn wir wissen

alle, daß die heute formulierten Vorstellungen künftiges politisches Handeln beeinflussen.

Der Umweltminister hat in dem gesamten Verfahren, milde gesagt, geschlampt. Daher gibt es jetzt wieder nur zwei Möglichkeiten. Erstens: Augen zu und durch! Zweitens: Versäumnisse eingestehen, Fehler beheben, eine vernünftige Information und **Beteiligung** sicherstellen, auswerten und dann beschließen.

Wir entscheiden uns in unserem Antrag für die zweite Möglichkeit, weil wir die berechtigten Sorgen der betroffenen **Bevölkerung** nicht ignorieren wollen und können. Gerade Umwelt- und Naturschutz leben von Akzeptanz. Stellen Sie diese wenigstens nachträglich durch ein vernünftiges Verfahren sicher!

Ich erlaube mir zum Abschluß, noch kurz auf Ihre Anträge einzugehen, und beginne mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diesem Antrag können wir nicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grund. Im letzten Satz der Ziffer 1 führen Sie aus, daß sich der jetzige Text ausschließlich an dem Rahmen der heute gültigen Rechts- und Regelungsgrundlage in Schleswig-Holstein orientiere beziehungsweise diese wiedergebe.

Ich weiß nicht, ob Sie einen neueren Wattenmeerplan haben. Meiner stammt vom 4. Juli 1997. Darin ist Punkt IV.1.23 formuliert: Danach wird der Erholungswert des Wattenmeergebietes aufrechterhalten. Zu diesem Zweck sind oder werden in den ökologisch empfindlichsten Gebieten Zonen eingerichtet, in denen keinerlei Freizeitaktivitäten einschließlich des Betriebs von Ausflugsschiffen und von Booten, die für Freizeit Zwecke genutzt werden, erlaubt sind. - Dies widerspricht der heute gängigen Rechtslage. Es gibt die Drei-Stunden-Regelung. Sie können heute also in diese Bereiche hinein. Außerdem finde ich hier noch eine Einschränkung des Windsurfens. Auch dieses ist nach geltender Rechtslage zulässig.

Ich könnte weitere Beispiele nachliefern. Hier verstoßen Sie schon gegen die geltende Rechtslage.

Zu Ziffer 2. Ich bin schon auf die intensive Beteiligung der Nationalparkkuratorien und der Nationalparkanliegergemeinden eingegangen. Diese hat schlichtweg nicht stattgefunden.

Nun zum Antrag der Fraktion der F.D.P. Der Antrag der F.D.P. trifft unsere Intention nach mehr Information. Unter II ist deutlich gemacht worden, daß

die Landesregierung aufgefordert wird, Regelungen, die über die Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz des schleswig-holsteinischen Wattenmeeres in der jetzt gültigen Form hinausgehen, nicht zuzustimmen. Wir haben die Bitte an Sie gerichtet, die Umweltministerin zu bitten, die Beratung zwar durchzuführen, die Beschlußfassung aber auszusetzen. Wenn dies nicht möglich sein sollte, würden wir uns der Nummer II des F.D.P.-Antrages anschließen und diese in unseren Antragsentwurf mit aufnehmen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufklärung tut not. Wissen ist ein wertvolles Gut. Aufklärung räumt auf mit Vorurteilen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eigenes Wissen macht stark. Es ist Macht. Es vertreibt die Gespenster der Unwissenheit.

Weil wir in diesem Falle Erhellung und Aufklärung wollen, weil wir allen die Angst vor den Gespenstern nehmen möchten, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD einen eigenen Antrag gestellt. In ihn haben wir Fragen aufgenommen, die wir noch einmal öffentlich beantwortet wissen wollen. Wir haben die Fragen der F.D.P. im Kern übernommen, schon um nicht durch die Auswahl den Eindruck aufkommen zu lassen, es solle etwas unter den Tisch gekehrt werden.

So erklären wir noch einmal und sehr ausdrücklich, daß durch den **Trilateralen Wattenmeerplan** die Interessen der Bevölkerung nicht verletzt werden dürfen und auch nicht verletzt werden.

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Aber ganz bestimmt!)

Wir erklären noch einmal, daß das bereits geltende Rechts- und Regelungswerk eingehalten wird, daß die Bevölkerung vor Ort auch weiterhin informiert werden wird, daß das ganze Verfahren weiterhin transparent ablaufen wird.

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Die glauben Ihnen das aber nicht mehr! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil sie bei Ihnen Schlechtes gelernt haben!)

- Ich komme noch zu Ihnen. - Nun kann ich durchaus die Unruhe bei manchen an der Westküste verstehen. Ich begreife ihren Unmut, wenn nun wieder etwas Neues kommt, das sie nicht kennen. Aber warum sie es nicht kennen, davon wird zu reden sein. Weil das so ist, sind wir für Aufklärung. Deswegen kann man den Satz aus der beabsichtigten Stader Deklaration nur unterstreichen, in dem es heißt, daß der Erfolg des Wattenmeerplanes davon abhängt, in welchem Umfang die entscheidenden Behörden, die Interessengruppen und die örtliche **Bevölkerung** dazu beitragen, diese Politik und ihre Maßnahmen umzusetzen. Die Menschen sollen also gerade nicht ausgegrenzt werden, sondern sie werden im Gegenteil beteiligt. Dazu gehört Kenntnis der Dinge, und dazu gehört **Aufklärung**.

Mit einigem Wohlwollen unterstelle ich Ihnen, Frau Happach-Kasan, daß auch Sie das wollen. Wenn ich aber den Antrag der CDU lese, dann wird deutlich, worum es ihr in Wahrheit geht: Sie wollen das Gegenteil von Aufklärung.

(Lachen bei der CDU)

Sie wollen Unkenntnis vertiefen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie geht das denn?)

Sie brauchen die Gespenster, die Sie riefen. Sie brauchen sie, weil Sie auf ihnen herumschlagen möchten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie waren auch schon einmal besser!)

Und nun tun Sie so, als habe es bisher keine Aufklärung gegeben, so als ob sich hinter dem Rücken der Menschen unbekannte Gefahren zusammenbrauten, im Geheimen und in dunklen Kammern etwas ausgebrütet worden wäre, was jetzt unheilvoll auf die Menschen niederfahre.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Sie sollten Märchenerzähler werden!)

Aber Sie selbst sind ja die edlen Ritter, die zur Rettung der Küste eilfertig herbeieilen!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe
von der CDU)

Nichts davon ist wahr. Nehmen Sie nicht mehr zur Kenntnis, was wirklich geschieht, oder kümmern Sie die Wahrheit nicht?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Genau: Es kümmert Sie nicht.

Die **Kuratorien** als offizielle Ansprechpartner in Fragen des Wattenmeeres haben Sie immer wieder gefordert.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Sie haben immer wieder gesagt: Die Kuratorien sind die rechtmäßigen Vertreter der Küste. Nun sind sie informiert worden, sie sind beteiligt worden, deutsche Übersetzungen liegen vor. Wenn es hier Schwierigkeiten gibt, ist die Umweltministerin aufgerufen, Abhilfe zu schaffen.

Nach meiner Kenntnis - aber Sie sind meiner Meinung besser informiert - haben sie 45 Änderungsvorschläge eingebracht. Sie sagen sogar: 49. 40 sind übernommen worden, die restlichen werden erörtert. Allein diese Zahl beweist, wie intensiv die Kuratorien beraten haben.

In den Kuratorien sitzen Vertreter der Kreise, der Gemeinden und der Gruppen, und die Kuratorien tagen öffentlich. Es ist niemandem verwehrt, dort hineinzugehen und sich zu informieren. Schon wieder vergessen? - Ich gestatte keine Zwischenfrage. - Es ist deswegen schlichtweg nicht wahr, wenn der Eindruck erweckt werden soll, die Regierung habe nicht oder nicht ausreichend informiert. Sie hat es getan. Aber sie kann nichts dafür, wenn diese Informationen nicht zur Kenntnis genommen werden sollen.

Die Beratungen sind jetzt soweit gediehen, daß der Plan verabschiedet werden kann. Er nimmt auf alle Belange Rücksicht. Er sichert die Interessen der in diesem Bereich lebenden Menschen. Er läßt Veränderungen zu. Er will die Diskussion. Er will die Veränderung. Er will diesen Prozeß. Das ist die Wahrheit.

Aber darum geht es Ihnen ja gar nicht. Ihnen geht es um etwas anderes, und das ergibt sich aus Nummer 4. Sie wollen die Verschiebung der Beschlußfassung. Sie wissen sehr wohl, was Sie damit anrichten. Mit der Behauptung, noch nicht ausführlich genug informiert worden zu sein, wollen Sie die Vertagung, wohl wissend, daß die anderen Staaten nicht mitmachen werden und daß deswegen der ganze Plan platzen wird, und genau das ist es, was Sie wollen. Dabei ist es Ihnen egal, ob der Ruf der Bundesrepublik als Verhandlungspartner auf dem Spiel steht. Es geht Ihnen um etwas ganz anderes. Ihr Hauptfeind ist der Naturschutz.

(Lachen bei der CDU - Thomas Stritzl
[CDU]: Ich dachte, Wissen macht stark,
Herr von Hielmcrone!)

Jeder mögliche Ansatz von **Naturschutz**, sei er noch so sinnvoll - dazu gehört auch der Wattenmeerplan -, soll von Beginn an mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Das ist Ihr Credo. Danach handeln Sie. Das sind die Erfahrungen, die ich in eineinhalb Jahren in diesem Hause gemacht habe. Überall, wo sich Naturschutz zeigt: hinaus damit, weg damit, eine Gefahr! Das habe ich allerdings bei Ihnen, Frau Happach-Kasan, auch erlebt.

(Beifall bei der SPD - Herlich Marie
Todsens [CDU]: Die CDU hat ihn ja
begründet!)

Was haben Sie denn gegen eine Deklaration, so wie sie in Stade verabschiedet werden soll, in der unter anderem neben der intakten Umwelt auch die Bewahrung und Förderung von Werten ökologischer, ökonomischer, kulturhistorischer, gesellschaftlicher und küstenschutztechnischer Art gefordert wird, die den obigen Bestrebungen und der Bedürfnisbefriedigung der Bewohner und Nutzer Rechnung tragen? Und was haben Sie gegen die Forderung nach einer informierten, engagierten und aktiv teilnehmenden Bevölkerung?

(Heinz Maurus [CDU]: Das verhindern
Sie! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich will es Ihnen sagen. Genau diese informierte, engagierte und aktiv beteiligte Öffentlichkeit wollen Sie nicht, weil diese dann entdecken könnte, daß Ihre Behauptungen, die Sie an die Wand malen, nichts anderes sind als Gespenster. Die Menschen entdeckten dann, daß ihre Interessen nicht vernachlässigt, sondern gefördert würden. Sie werden den Plan als eine Perspektive für ihre Zukunft erkennen.

Weil das so ist, fordern wir entschieden, weiterhin deutlich zu machen, was der Plan will, dem die anderen Länder zustimmen, was seine Ziele und Maßnahmen sind. Meinen Sie denn wirklich, meine Damen und Herren von der CDU, daß unsere Nachbarländer Dänemark und die Niederlande die Interessen ihrer Menschen vernachlässigen? Meinen Sie, daß die Holländer einer Regelung zustimmen würden, die den Küstenschutz ignorierte, von dem die ganze Nation abhängig ist? Meinen Sie das wirklich, und in welchem Licht stellen Sie denn Ihre Ministerin dar?

Der Wattenmeerplan, der auf die Konferenz von Leeuwarden zurückgeht, ist eine Möglichkeit - möglicherweise nur eine kleine Möglichkeit -, um das Überleben unseres Wattenmeeres zu ermöglichen. Das geht nur mit den Menschen, die dort leben.

Wenn ich mir einerseits die Diskussion in den Kuratorien ansehe, in denen der Plan dankenswerterweise offenbar intensiv behandelt wurde, und hier andererseits der Eindruck erweckt werden soll, daß offenbar wenige oder keine Informationen an die Öffentlichkeit gelangt sind, dann muß ich mich fragen, ob die Arbeit der Kuratorien als Medium der Information leistbar und vielleicht nicht verbesserungswürdig ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in der Tat darüber nachdenken müssen - das ist meine Erkenntnis aus den vorliegenden Anträgen - wie die Öffentlichkeit über die Kuratorien hinaus zutreffend, zuverlässig und breit informiert werden kann, und wie auch außerhalb der Kuratorien ein Diskussionsprozeß mit der interessierten Öffentlichkeit möglich wird. Wir brauchen die informierte und engagierte Öffentlichkeit.

(Lachen der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

- Lachen Sie doch nicht so albern!

(Konrad Nabel [SPD]: Recht hast du! - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Nein, das sind die ökologischen Betonköpfe in Ihrer Fraktion.

Wir brauchen die Öffentlichkeit, wir brauchen sie für die Erfüllung der Vision des Wattenmeerplanes. Diese

Öffentlichkeit geht offenbar weit über jenen Bereich hinaus, der durch die Kuratorien abgedeckt wird. **Öffentlichkeitsarbeit** ist möglicherweise auch nicht primär die Aufgabe und die Funktion dieser Einrichtung.

Daß die Kuratorien im übrigen eine gute Sacharbeit leisten, zeigt die Tatsache, daß sie die 45 Anträge zum Wattenmeerplan bearbeitet haben.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: 49! - Zuruf von der CDU: Eben waren es noch 49!)

- Ich weiß, das muß demnächst in die Verfassung aufgenommen werden, daß die CDU immer recht hat!

(Beifall bei der CDU)

Meiner Meinung nach müssen in Zukunft weitere Möglichkeiten der Informationsvermittlung vor Ort geschaffen werden, und zwar über die Kuratorien hinaus. Ich möchte schon eine breite und gut informierte Öffentlichkeit. Das gehört auch zur Verwirklichung des Wattenmeerplanes.

Da - offenbar im Gegensatz zu Ihrer Auffassung - die wirklichen Friesen vernunftbegabte und rational denkende Menschen sind - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter von Hielmcrone, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie jetzt bitte zum Schluß.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Danke schön, ich komme jetzt zum Schluß.

Es ist wichtig, daß in diesem ständigen Diskussionsprozeß zum Nutzen der Menschen und der Natur vernünftige Ergebnisse erzielt werden können. Hier kann ein Stück Aufbruchsstimmung entstehen, die wir an der Küste dringend brauchen und die die Antragsteller der CDU offenbar am liebsten verhindern möchten. Kommen Sie heraus aus Ihrer Geisterbahn, machen Sie mit bei der Gestaltung der Zukunft - wenn Sie es denn können!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, zum wievielten Mal uns hier stümperhafte Einbringung und was weiß ich alles vorgeworfen und unterstellt wird. Ich kann nur sagen, an die erste stümperhafte Einbringung des Nationalparkgesetzes kann ich mich noch sehr gut erinnern. Wenn Sie das als Vorlage nehmen, gibt es sicherlich auch keine Möglichkeit mehr, noch etwas zu lernen. Ich denke, wir sollten aus dieser Geisterdiskussion herauskommen und hier einmal wirklich Roß und Reiter nennen.

Was Sie zu bemängeln haben, ist doch ein stümperhaftes Vorgehen Ihrer eigenen Bundesumweltministerin. Das sollen Sie dann aber auch sagen und das nicht hier auf die Landesebene heben und so tun, als wenn das von dieser Stelle vergeigt worden wäre.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir, die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßen den Trilateralen Wattenmeerplan als einen weiteren Beitrag zur Umsetzung der Agenda 21 in der Wattenmeerregion im Sinne eines internationalen Wattenmeerschutzes.

Auf vielen Diskussionen in dieser Region habe ich mitbekommen, daß gerade von Ihnen immer wieder gesagt wird: Wir sollen uns einschränken, wir dürfen dies und das nicht mehr, aber die Engländer, die Holländer, die Dänen, die dürfen! Jetzt kommen wir endlich an einen Punkt, wo es einen ersten Schritt dahin gibt, daß sich genau diese Anrainer der Nordsee und des Wattenmeeres auch einbinden lassen, um mehr Schutz und mehr Verbindlichkeit zu erreichen. - Schon ist es Ihnen wieder nicht recht! Das macht noch einmal mehr deutlich, wie unlauter, wie verlogen Ihre Argumentation ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Im Vorwort des Planes, in den Punkten 9 und 10 auf der Seite 5, ist bereits eine ausreichende Anzahl von Gründen für die Notwendigkeit **internationaler**

Managementpläne zum Schutz des einzigartigen Ökosystems Wattenmeer genannt, die sich leicht noch um vieles ergänzen ließen. Wir bedauern, das sage ich hier ganz deutlich, die zunächst übermittelte negative Haltung des Landes Niedersachsen zum Trilateralen Wattenmeerplan und sind froh, daß sich die Nationalparkkuratorien in Nordfriesland und Dithmarschen mit dem Thema eingehend befassen.

Wir halten es für notwendig und gut, daß sich die Kuratorien als Repräsentanten der Region zum Trilateralen Wattenmeer äußern und Änderungsvorschläge in die Entwürfe einbringen können. Dieses entspricht den Forderungen der Kommunen und Kreise aus der Vergangenheit, die Diskussion um den internationalen Wattenmeerschutz nicht ausschließlich auf trilateraler Ebene zu führen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Maurus?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, Herr Maurus, ich habe so wenig Zeit. Das blinkt hier gleich wieder. - Das kann ich nicht ab!

(Heiterkeit bei der CDU)

Das ist sicherlich der demokratische und richtige Weg, auch wenn das Wattenmeer als weltweit einmaliger Naturraum natürlich mehr als den lokalen Schutz braucht. Deshalb ist der Nationalpark und sind internationale Vereinbarungen zu seinem Schutz auch so wichtig.

Gerade weil es bei den Konferenzen von Esbjerg und Leeuwarden starke Proteste aus den Regionen gab, und man sich daraufhin auf eine **Beteiligung der Regionen** geeinigt hat, wundert es uns doch sehr, wenn Sie, Frau Dr. Happach-Kasan, und Sie, Herr Maurus, die Diskussion nun wieder von der Region auf die Landesebene holen.

Mit Teilen Ihrer Kritik stimmen wir allerdings überein. Es ist ein Unding, daß wir für die Diskussionen in den Kuratorien keine aktuellen und guten deutschen Übersetzungen vorlegen können. Allerdings habe ich mir sagen lassen, daß auch in diesem Hohen Hause der Wunsch auf Übersetzungen vom Englischen ins Deutsche schon einmal mit der Begründung abgelehnt

worden sei, es sei nicht nötig, da jeder englisch sprechen könne.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Kritik, Herr Maurus, sollten Sie doch bitte an Ihre Parteifreundin Angelika Merkel in Bonn richten. Schließlich verhandelt Frau Merkel in Stade, und somit ist auch das Bundesumweltministerium für den Verhandlungstext und seine Übersetzung zuständig.

Hier im Land muß das Umweltministerium ständig die Kastanien aus dem Feuer holen, die allein durch die mangelnde Kooperation und die fehlende Schnelligkeit in Bonn zu verbrennen drohen. Der Vorwurf einer mangelnden Beteiligung der Regionen an den Diskussionen, wie Sie ihn in Ihren Anträgen gegen die Landesregierung erheben, ist mir unverständlich. Direkt nachdem das Ministerium hier in Kiel die Verhandlungstexte aus Bonn erhalten hatte, wurden sie den beiden Landräten von Nordfriesland und Dithmarschen, die gleichzeitig auch Vorsitzende der beiden Kuratorien sind, überstellt.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Gleichzeitig wurden diese um ein Votum gebeten. Die Änderungswünsche, die aus den Reihen des Kuratoriums an das MUNF herangetragen wurden, sind weitestgehend in das Papier in Bonn hineinverhandelt worden. - Ich denke, das ist Ihnen durchaus bekannt. Was soll also das Drumherumgerede?

Inhaltlich kann ich aus fachlicher Sicht ohnehin keine Gründe dafür erkennen, warum wir oder die Kuratorien den Vertragstext ablehnen sollten. Hierbei handelt es sich doch lediglich um den Status quo, den wir nach geltendem Recht und Gesetz in Schleswig-Holstein bereits umgesetzt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist zunächst einmal positiv zu bewerten, wenn das, was wir in Schleswig-Holstein im Wattenmeerschutzbereich bisher erreicht haben, zum internationalen Standard wird. Darüber müssen Sie sich doch freuen. Das wäre doch ein Erfolg Ihrer ansonsten nicht gerade mit Erfolg verwöhnten Umweltministerin. Alles, was derzeit über das sowieso schon geltende Recht hinausgeht - -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin beim letzten Satz!

Alles, was derzeit über schon geltendes Recht hinausgeht, kann von der Landesregierung im Moment nicht gewünscht werden. Es ist nach Veröffentlichung des Berichtes „Ökosystemforschung Wattenmeer“ ein zweijähriger ergebnisoffener Diskussionsprozeß in Gang gesetzt worden, an dessen Ende die Novellierung des Nationalparkgesetzes stehen soll.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

Hier können wir zwar Wünsche und Ansprüche äußern, wir können aber den Ergebnissen der Diskussion, die nun seit einem Jahr unter Federführung der Nationalparkkuratorien läuft, nicht vorgreifen, indem wir im internationalen Rahmen weitergehende Verpflichtungen eingehen. Dafür bitte ich um Ihr Verständnis.

Ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich die Redezeit etwas strapaziert habe, aber ich habe vorhin sehr viel gespart.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der überzogenen und teilweise schädlichen Debatte über den Synthesebericht im letzten Herbst sollten wir heute wirklich auf dem Teppich bleiben und versuchen, die kommende Trilaterale Wattenmeerkonferenz und den Wattenmeerplan, der von den Niederlanden, Dänemark und der Bundesrepublik initiiert wird, sachlich und möglichst emotionslos zu diskutieren.

Voranstellen möchte ich, daß der Versuch der drei Länder, einen umfassenden **Wattenmeerplan** mit ökologischen Zielen zu erstellen, lobenswert und notwendig ist, und zwar vor dem Hintergrund der Bedrohung, der diese einmalige Naturlandschaft ausgesetzt ist. Trotzdem kommt man nicht umhin, die bisherige Vorgehensweise bei der Umsetzung dieses Planes zu kritisieren.

Selbstverständlich ist es keine leichte Aufgabe, zwischen drei Ländern mit allen zuständigen Gremien vor Vertragsabschluß eine vernünftige Abstimmung in bezug auf ein internationales Abkommen zu erreichen.

Gleichwohl kann man feststellen, daß dieser Prozeß hierzulande überhaupt nicht funktioniert hat. Man kann nicht von kommunalen Vertretern erwarten, daß sie in wenigen Monaten teilweise unvollständige, teilweise nicht übersetzte Vertragstexte ordnungsgemäß bearbeiten, schon gar nicht bei einem so sensiblen Thema wie dem Schutz des Wattenmeeres. Deshalb teile ich die Auffassung, die der CDU-Vorsitzende Würzbach in einer Pressemitteilung geäußert hat. Da sagt er: So kann Bürgerbeteiligung nicht funktionieren. Wer internationale Pläne verabschiedet, um sie dann den Betroffenen aufzupropfen, dient nicht dem Umweltschutz. Damit schafft man Unverständnis und Mißmut. - Die bisherigen Reaktionen an der Westküste geben ihm recht. Herr Würzbach vergaß aber zu erwähnen, daß der Adressat dieser Kritik nicht die Landesregierung sein kann, sondern daß Adressat die Bundesregierung ist, die die Verantwortung für diese Verhandlungen zu tragen hat; denn es sind Verhandlungen zwischen drei souveränen Staaten. Die Bundesregierung hätte beispielsweise viel früher öffentliche Anhörungen vor Ort zu den geplanten Zielsetzungen im Wattenmeer abhalten sollen. So hat man es jedenfalls in den betroffenen Nachbarländern gehalten; wir hörten es vorhin schon. Somit konnte dort ein Teil der Befürchtungen der Bevölkerung ausgeräumt werden.

Wir begrüßen es, daß sowohl die CDU als auch die F.D.P. dieses Thema ausführlich in der nächsten Sitzung des Landtages diskutiert haben möchten. Wir unterstützen natürlich die Forderung nach einem Bericht, der Auskunft über die Haltung der Landesregierung zu diesem Thema geben soll.

Auch der Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert einen Bericht. In diesem Änderungsantrag werden präzise Fragen gestellt. Er ist auch realistischer, weil darin berechnete Forderungen an das Bundesumweltministerium gestellt werden. Auch das Land hat Interessen zu wahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW bleibt bei seiner Auffassung, daß die traditionelle Nutzung neben der ökologischen Zielsetzung im Nationalpark weiterhin angemessen berücksichtigt werden muß. Die zwischen der

Landesregierung und den Nationalparkkuratorien vereinbarte Vorgehensweise in bezug auf eventuelle Änderungen des Nationalparks muß eingehalten werden. Dieses Verfahren ist für die Akzeptanz der Bevölkerung an der Westküste unabdingbar. Der SSW kann auf keinen Fall neue Beschränkungen der menschlichen Aktivitäten im Wattenmeer akzeptieren, ohne daß vorher eine angemessene und sachliche **Beteiligung der Bürger** vor Ort stattgefunden hat. Hier haben wir es jedoch mit einem anderen Aspekt zu tun. Ich meine, wir können nicht alles zusammenwürfeln und sagen: Jetzt reden wir einmal drauflos. - Vielmehr müssen wir uns auf das konzentrieren, was jetzt Sache ist. Dabei geht es um die trilaterale Absprache zwischen der Bundesrepublik, Dänemark und den Niederlanden. Darauf müssen wir uns hier konzentrieren. Ich bitte darum, daß wir dabei sachlich vorgehen und weiterhin eine stringente Diskussion führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Dr. Frau Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Spoorendonk, Sie müssen mir schon einmal erklären, warum Formulierungen, die die SPD wortwörtlich abschreibt, präziser sind als die Formulierungen im Original. Das ist mir etwas unverständlich. Die Umformulierungen von Herrn von Hielmcrone sind nicht so gravierend, daß man bei seinen Fragestellungen von einem neuen Antrag sprechen könnte.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Änderungsantrag!)

- Herr Matthiessen, Sie haben einen Änderungsantrag eingebracht; das ist richtig.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Happach-Kasan, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Fröhlich?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Nein. - Frau Fröhlich, ich empfehle Ihnen, einmal meine Rede nachzulesen. Die Vorwürfe, die Sie äußern, haben mit der Rede, die ich hier gehalten habe, überhaupt nichts zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bei den Grünen häufiger so!)

Die Notwendigkeit für einen internationalen Schutz des Wattenmeers habe ich ausdrücklich betont und mit Beispielen belegt. Ich glaube, jeder, der einen internationalen Schutz für das Wattenmeer ablehnt, ist in der Diskussion 20 Jahre zurück. Selbstverständlich brauchen wir **internationale Vereinbarungen**. Anders können wir weder das Wattenmeer noch die Nordsee schützen. Insofern sollten Sie noch einmal nachlesen, was ich diesbezüglich gesagt habe. Es reicht einfach nicht, in einer Rede im Landtag die Vorurteile zu reproduzieren, die man sich im Laufe seines politischen Lebens einmal angelesen hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Konrad Nabel [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es tut mir ein bißchen leid, Herr von Hielmcrone, daß Sie zeitweise das Rednerpult mit der Bütt verwechselt haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich wollte nur noch einmal sagen: Das hier ist ein Rednerpult.

Ich freue mich natürlich darüber, daß Sie in Ihrem Änderungsantrag einen Teil meiner Ideen aufgenommen haben. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Bedauerlich ist allerdings, daß Bündnisgrüne und SPD erst nach Vorlage eines F.D.P.-Antrages entdeckten, daß in bezug auf das Thema Trilateraler Wattenmeerplan auf Landesebene ein erheblicher Diskussionsbedarf besteht.

Eines, Herr von Hielmcrone, möchte ich hier ganz deutlich machen: Die Regierung hat gegenüber den Gemeinden eine Informationspflicht. Diese kann nicht auf Bundesministerin Merkel abgeschoben werden. Ansprechpartner ist die Landesregierung. Die **Informationspflicht der Landesregierung** kann nicht auf die Nationalparkkuratorien abgeschoben werden. Es ist gut, daß die Landesregierung sie mit informiert hat. Das kann aber nicht die originäre Information der Gemeinden ersetzen; denn die Gemeinden, und zwar jede einzelne und nicht nur diejenigen, die im

Nationalparkkuratorium vertreten sind, sind in ihrer Planungshoheit berührt. Sie sind ehrenamtlich geführt. Man kann von ihnen nicht erwarten, daß sie, wenn irgendeine Meldung in der Presse steht, sofort an die Landesregierung schreiben, daß sie eingebunden werden wollen; vielmehr gibt es eine Informationspflicht der Landesregierung gegenüber diesen Gemeinden. Diese ist verletzt worden. Ich bedaure das, weil auch ich der Meinung bin, daß wir einen besseren internationalen Schutz für das Wattenmeer haben müssen. Die Landesregierung hat sich da in keiner Weise vorbildlich verhalten.

Das hindert nicht daran, zu der Einschätzung zu kommen, daß auch das Verhalten der Bundesregierung nicht gerade vorbildlich gewesen ist. Auch ich hätte mir gewünscht, Frau Ministerin Merkel hätte sich bei dem, was sie im Trilateralen Wattenmeerplan vorhat, einmal an ihre Parteigremien auf schleswig-holsteinischer Landesebene gewandt. Dann wäre es vielleicht nicht zu diesem CDU-Antrag gekommen; denn ich meine, daß es sowohl aus inhaltlichen Gründen - das habe ich dargelegt - als auch aus strategischer Sicht sinnvoll ist, den Wattenmeerplan zu verabschieden und ihn nicht auszusetzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Fröhlich zu einem Kurzbeitrag das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Happach-Kasan, ich bin noch einmal nach vorne gekommen, um zu sagen, daß ich es schade finde; wir haben uns viel Mühe gegeben, einen Antrag zurecht zu kriegen, bei dem die Chance besteht, alle ins Boot zu bekommen. Ich stelle im Moment fest, daß uns das vielleicht nicht gelingen wird.

Ich will Ihnen wenigstens sagen, worauf es mir ankommt und weshalb ich nur schwer auf Ihren Antrag aufspringen kann, aber sehr wohl der Meinung bin, daß unser Antrag in geeigneter Weise die Fragen, die zu stellen wären, enthält. Hierin wird ganz deutlich unterschieden, welche Fragen sich an die Bundesumweltministerin und welche sich an den Landesumweltminister richten. Ich denke schon, daß man das genau auseinanderhalten muß. Zudem gehen die Fragen in Ihrem Antrag zum Teil in eine Richtung, durch die dem Nationalpark nur sehr einseitig

Rechnung getragen wird. Sie müssen verstehen, daß das bei mir so ankommt. Ich stehe hier - deswegen bin ich gewählt worden -, weil es Unterschiede zwischen uns gibt. Nun haben wir darüber nachgedacht, wie wir es vielleicht hinkriegen könnten, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Jetzt sagen wir: Das geht nicht, weil euers nichts ganz genau meines ist. Das kann es natürlich nicht sein. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns an dieser Stelle auf unseren Antrag einigen könnten; denn wir sind Ihnen ja ein riesiges Stück entgegengekommen. Vielleicht können Sie sich das ja noch einmal überlegen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Sorgen und die Befürchtungen der Menschen an der Westküste auch hier im Landtag diskutiert werden müssen. Deshalb bin ich den Oppositionsfraktionen durchaus dankbar dafür, daß sie mir Gelegenheit geben, hier noch einmal den Diskussionsprozeß im Zusammenhang mit diesen Sorgen und Befürchtungen, die hier artikuliert worden sind, darzustellen und zu sagen, wie der Beteiligungsprozeß tatsächlich gelaufen ist. Es geht hier um die Sache und nicht um riesige parteipolitische Polemik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum machen Sie dann welche?)

Ich habe weite Teile dieser Debatte leider so empfunden, daß überhaupt nicht über die Sache diskutiert worden ist. Deswegen bin ich der Kollegin Happach-Kasan sehr dankbar dafür, daß sie für die F.D.P., anders als die CDU, noch einmal deutlich gemacht hat, daß internationale Abkommen eine notwendige Voraussetzung für den Schutz sind. An dieser Stelle besteht zwischen uns Einvernehmen. Es ist wichtig, daß wir diese Grundlage akzeptieren.

Ich will der Klarheit halber auch noch einmal sagen, daß die CDU an einer Stelle recht hatte, nämlich als sie darauf hingewiesen hat, daß es 49 und nicht 45 Änderungsanträge sind. Da müssen wir der CDU recht geben. Das war aber auch das einzige, was hier von der CDU dargestellt worden ist, was substantiell war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe in dieser Diskussion über dieses Abkommen von Anfang an deutlich gemacht, daß es gerade vor dem Hintergrund der Diskussion über den Synthesebericht auf keinen Fall bei der Verabschiedung des Wattenmeerplanes dazu kommen darf, daß Ergebnisse dieser Diskussion über den Synthesebericht vorweggenommen werden. Es darf nicht vorgegriffen werden, sondern der Wattenmeerplan darf nur auf einem Niveau verabschiedet werden, das die bestehende Regelung in den zentralen Fragen, über die wir diskutieren, festschreibt und nicht darüber hinausgeht. Genau dieser Rahmen ist eingehalten worden. Ich habe der Umweltministerin dieser Republik, also Frau Merkel, sehr deutlich gemacht, daß wir von schleswig-holsteinischer Seite aus von ihr keine Vereinbarung unterschrieben haben wollen, die über die bisherigen Regelungen hinausgeht. Das ist die Voraussetzung gewesen. Alles das, was hier an Unterstellungen kommt, muß sehr deutlich zurückgewiesen werden. Wir sind an dieser Stelle genau auf der verabredeten Grundlage geblieben.

Meine Damen und Herren, das, was mich in dieser Debatte sehr gewundert hat, ist, wie von der Opposition plötzlich die Bedeutung der **Kuratorien** heruntergeredet worden ist. Es sind Gremien, die doch eingerichtet worden sind, um an einem solchen Diskussionsprozeß aktiv beteiligt zu sein. In ihnen ist repräsentativ die Bevölkerung vertreten; es sind regionale Vertreter, und es sind Verbandsvertreter. Sie haben, auch mit meiner Unterstützung, gefordert, daß diese Gremien öffentlich tagen müssen. Das ist doch der Ort, an dem in Zukunft diese Debatte stattfinden muß. Diese Öffentlichkeit ist hergestellt worden. Wir haben das vom Ministerium umgesetzt. Die Kuratorienverordnungen sind so geändert worden. Sie jetzt hier hinzustellen und zu sagen, okay, die haben hier mitgeredet, aber..., das zeigt mir sehr deutlich, daß Sie an diesem Prozeß inhaltlich überhaupt kein Interesse haben. Es geht Ihnen nur um Polemik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Landesregierung hat ihre Verantwortung unter den schwierigen Bedingungen, die die Bundesregierung gesetzt hat, wahrgenommen und die Kuratorien, das heißt die Menschen vor Ort, aber nicht nur die Kuratorien, sondern gleichzeitig auch die Kreise, informiert. Beide Kreise als kommunale

Gebietskörperschaften sind über diesen Prozeß informiert worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hinterher!)

Natürlich haben wir den Diskussionsprozeß, weil das von den Verordnungen her, die wir uns mit Unterstützung des Landtages selber gegeben haben, so vorgesehen ist, vor allem mit den Kuratorien organisiert. Hier ist trotz der von der Bundesregierung vorgegebenen Rahmenbedingungen ein intensiver Arbeitsprozeß geleistet worden.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei den vorwiegend ehrenamtlichen Mitgliedern der Nationalparkkuratorien bedanken, die sehr viel in diesen Arbeitsprozeß investiert haben. Dafür gebührt ihnen der Dank des Ministers und, wie ich glaube, auch des Hauses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie der Abgeordneten Frau Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

- Ich hätte mich gefreut, wenn an dieser Stelle auch einer aus der CDU geklatscht hätte. Ich finde, es ist wichtig, daß die Arbeit solcher Gremien an dieser Stelle auch einmal gewürdigt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Beide Kuratorien haben auf meine Bitte hin in vielstündigen Sitzungen, in vielen Arbeitsgruppen eine Reihe von Änderungsanträgen erarbeitet. Die Landesregierung hat diese Änderungsanträge aufgenommen und sie in den Prozeß der nationalen Positionsfindung und der internationalen Positionsfindung hineingebracht. Das ist ein Prozeß, den es so in diesem Land bisher überhaupt noch nicht gegeben hat, daß die Menschen aus der Region sich mit ihren Formulierungen auch in den internationalen Verträgen wiederfinden. Hier ist etwas Vorbildliches geleistet worden. Das sollten Sie als Opposition an der Stelle nicht herunterreden, sondern Sie sollten es im Grundsatz begrüßen, daß hier ein Arbeitsprozeß organisiert worden ist und internationale Verträge aus der Region heraus mitbestimmt werden konnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Von den 49 Änderungsanträgen sind fast alle wörtlich übernommen worden, fast alle auch einvernehmlich.

Der einzige strittige Punkt, den wir zur Zeit noch mit Frau Merkel ausdiskutieren, ist der Punkt, inwieweit es neue **Flughäfen** im Nationalpark geben soll. Da sind wir mit den Forderungen der Kuratorien sehr einverstanden, daß das nicht der Fall sein soll. Die Bundesregierung weigert sich zur Zeit noch, eine klare Position zu beziehen. Auch die Überflieghöhen sind noch strittig. Die Bundesumweltministerin zieht sich da auf die Formulierung von Esbjerg zurück. Das ist akzeptabel. Wir würden aber gern mit den Kuratorien eine weitergehende Regelung realisieren. Man muß abwarten, ob im Rahmen dieses Prozesses die Formulierungen unser Einverständnis finden werden.

Ich will jetzt nicht alle 49 Punkte nennen, aber an dieser Stelle doch auf einige hinweisen. So ist zum Beispiel die Problematik der **Sommerdeiche**, insbesondere was die Halligen angeht, komplett so übernommen worden, wie es die Kuratorien vorgeschlagen hatten. Des weiteren sind die Aussagen zur **Muschelfischerei**, ganz wichtige Forderungen der Kuratorien, übernommen worden. Die Vereinbarung mit den schleswig-holsteinischen Muschelfischern sind in den Kernpunkten in diesen Vertrag übernommen worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich freue mich, daß auf der letzten Sitzung der Trilateralen Arbeitsgruppe in Bonn am 21. August alles übernommen worden ist, was wir gefordert haben. Damit ist Frau Merkel auf die Position festgelegt, die wir aus Schleswig-Holstein mitbestimmt haben, und wir haben damit unser Ziel umfassend erreicht. Die jetzige Fassung des Trilateralen Wattenmeerplanes steht im Einklang mit den heutigen geltenden Grundlagen. Der Trilaterale Wattenmeerplan wird damit für eine breite Öffentlichkeit - auch das ist mir wichtig - den Stand der erreichten Wattenmeerpoltik, abgestimmt auf der internationalen Ebene, nachvollziehbar wiedergeben.

Ich möchte nun gern noch zu einigen Punkten, die auch in dem Berichtsantrag angesprochen worden sind, einiges deutlich machen. Aus dem Trilateralen Wattenmeerplan lassen sich keine Einschränkungen der **Planungshoheit** für die Kommunen, für den Küstenschutz und für die Häfen im Wattenmeer ableiten. Gerade die Formulierung zu den Häfen ist übernommen worden, aber auch die Formulierung hinsichtlich der Befahrensregelung und der Möglichkeit, neue Fahrwege bei Versandung alter Fahrwege zu schaffen. Das ist ja auch ein Problem in den Vordiskussionen gewesen. Es ist jetzt

hineinformuliert worden, daß unter bestimmten Bedingungen auch neue Schifffahrtswege in diesem Bereich ausgebaggert werden können. Des weiteren entsprechen auch die Formulierungen über schnellfahrende Schiffe dem, was wir als schleswig-holsteinische Regelung festgeschrieben haben. Auch da gibt es nichts Neues. Ebenfalls findet sich die mit den Seglern hier in Schleswig-Holstein verabredete Befahrensregelung für den Nationalpark im Inhalt dieses Vertrages wieder.

Kritisiert worden ist eine mögliche Benennung des Nationalparks als **Weltkulturerbe**. Ich frage mich, warum man eigentlich kritisiert, daß eine ökologisch so einmalige Region, ein solches System als Weltkulturerbe vorgeschlagen wird. Plötzlich geht die Kritik los, daß damit nur Einschränkungen verbunden seien.

Die Vorteile solch einer Benennung, die damit auch einzigartige Verbundenheit einer solchen Region, der Menschen mit ihrer Heimat werden dadurch belastet, und ich glaube, daß wir viel mehr die Chancen solcher Auszeichnungen - wie ich sie verstehe - sehen sollten, als immer nur auf die möglichen Einschränkungen hinzuweisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Kapitel „Landschaft und Kultur“, in dem man sich unter anderem mit dem Thema Windenergieanlagen beschäftigt, ist auch in dem Sinne umformuliert worden, so daß sich die Regelungen des Regionalplans Schleswig-Holstein dort wiederfinden. Wir haben hier in Schleswig-Holstein das Problem ja nur dadurch, daß die Inseln und Halligen - anders als in Niedersachsen - aus dem Nationalparkgebiet herausgenommen worden sind und daß natürlich von seiten des Nationalparkkuratoriums der Wunsch gegeben war, diese Inseln und Halligen auch in den Geltungsbereich des Nationalparks, was die „Windenergie“ - so sage ich es einmal - angeht einzubeziehen. Auch das ist in den Formulierungen des Wattenmeerplanes realisiert worden.

Das gleiche gilt für die Salzwiesen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluß.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Jawohl.

Ich glaube, daß wir einen Diskussionsprozeß hatten, der natürlich unter schwierigen zeitlichen Voraussetzungen stand. Das Nationalparkkuratorium Dithmarschen hat diesem Plan am 25. grundsätzlich zugestimmt, das Nationalparkkuratorium Nordfriesland hat gesagt, es wolle gern die Punkte, die ich heute schon benannt habe, die am 21. eingearbeitet worden sind, hineingenommen haben.

Ich glaube, daß wir nach einer sachlichen Debatte eine Beschlußfassung haben, und ich befürchte, daß Sie vor dieser sachlichen Debatte Angst haben und deshalb hier immer einen Popanz aufbauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Nach einer sachlichen Debatte haben wir ein Ergebnis, das sich gerade unter demokratischen Gesichtspunkten sehen lassen kann, was sich aber auch inhaltlich sehen lassen kann. Wenn wir in dieser Art und Weise mit der Nationalparkdebatte vorankommen, dann sind die Interessen und die Sorgen und Befürchtungen der Menschen in der Region sehr gut in diesem Prozeß aufgehoben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Bemerkung des Kollegen Maurus hat nicht dazu geführt, daß wir nur einen Antrag vorliegen haben, sondern wir haben den F.D.P.-Antrag und den CDU-Antrag nach wie vor vorliegen; das heißt, wir haben zwei Anträge, und wir haben einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Um die Situation zu vermeiden - um das deutlich zu sagen -, daß wir mit Abstimmung über den Änderungsantrag und dann über die Abstimmung der Ursprungsanträge letztlich das genaue Gegenteil in der politischen Aussage dessen erreichen, was jeweils die

ursprünglichen Antragsteller gewollt haben, schlage ich Ihnen alternative Abstimmung über alle drei Anträge vor. - Einverstanden!

Ich rufe dann zunächst den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/891, auf. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Der Abgeordnete Heinz Maurus [CDU] stimmt für den Antrag)

- Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie bei der alternativen Abstimmung nur eine Stimme haben.

(Heiterkeit)

- Ich lasse die Abstimmung wiederholen. Wer dem Antrag der F.D.P., Drucksache 14/891, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/902, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/933, zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Damit stelle ich fest, daß dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW die Mehrheit gefunden hat und damit beschlossen worden ist.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich gern auf der Besuchertribüne Mitglieder des 4. Instandsetzungsbataillons 6, Boostedt, sowie des Schnellbootgeschwaders - Schnellboot S 59 „Reiher“ -, Kappeln, begrüßen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 25 und 33 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 13. Juni 1996 Drucksache 14/74

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/755

b) Bericht über die derzeitige Situation sowie die künftige organisatorische Gestaltung des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“

Landtagsbeschluß vom 23. April 1997 Drucksache 14/611

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/886

(Unruhe)

- Wenn Sie dann etwas mehr zur Ruhe gekommen sein werden, möchte ich gern den Herrn Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus um seine Ausführungen bitten. - Bitte, Herr Minister!

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ernährungswirtschaft hat nach wie vor für das Land Schleswig-Holstein überragende wirtschaftliche Bedeutung. Ungefähr 20 % des Umsatzanteils, 14 % des Beschäftigungsanteils im produzierenden Gewerbe machen sie zum wirtschaftsstärksten Bereich in dieser Sparte des Gesamtwirtschaftslebens des Landes. Der Umsatz beläuft sich auf etwa 9,3 Milliarden DM.

Ein zentrales Thema ist in der Lebensmittelindustrie das Verhältnis vom Produzenten zum Handel. Wir haben im wesentlichen kleine und mittelständisch strukturierte Betriebe, wenige Großbetriebe in der Lebensmittelproduktion, während wir im Handel seit Jahren eine anhaltende und nach Meinung der Fachleute noch weitergehende Konzentration haben.

Die zehn größten Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels vereinigen 80 % des Umsatzes der Branche von 330 Milliarden DM auf sich.

Angesichts gesättigter Märkte - man kann auch sagen „überfüllter Märkte“ - wird der Wettbewerb um den Kunden immer schärfer, und zwar in zwei Richtungen. Auf der einen Seite über die Qualität. Dabei sind interessanterweise in den letzten Jahren als besondere Qualitätsmerkmale aus der Sicht der Verbraucher solche verstärkt hinzugetreten, die sich nicht durch analytische Messungen feststellen lassen. Fragen „Wie ist produziert worden?“, „Ist man bei der Produktion anständig mit der Umwelt umgegangen, anständig mit den Tieren umgegangen?“, „Woher kommt das Produkt?“ interessieren die Menschen heute. Ich glaube, daß darin auch eine große Chance für Schleswig-Holstein steckt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Chance müssen wir nutzen; denn wir müssen über 50 % unserer Agrar- und Ernährungsprodukte außerhalb der Landesgrenzen verkaufen. Das können wir nur, wenn wir wirklich auf der Schiene der Qualität und des Vertrauens der Verbraucher in unsere Produkte einen Vorsprung haben.

Angesichts der Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel ist nämlich der Preisdruck der Handelsunternehmen auf die Herstellungsbetriebe in Schleswig-Holstein und anderswo so groß, daß man einen Preiswettbewerb, einen Wettbewerb um den niedrigsten Preis nicht versuchen sollte. Wir müssen alles tun - hierin sind wir Gott sei dank mit der Ernährungsindustrie und der Landwirtschaft einig -, um unsere Lebensmittelproduktion vor einer Spirale, die so beschrieben werden könnte „Die Preise und die Qualitäten sinken langsam ab“, zu bewahren.

Wenn man eine solche Spitzenposition in der **Lebensmittelproduktion** erarbeiten will, so kostet das nicht nur Zeit, sondern auch Geld, und es kostet die Überwindung einiger struktureller Grenzen, die wir insbesondere in der landwirtschaftlichen Produktion - aber nicht nur dort - heute noch haben.

Wenn sich der Lebensmitteleinzelhandel so konzentriert, wie ich es eben beschrieben habe, dann sind mittelständische Unternehmen - auch die größeren in unserer Lebensmittelbranche - oft immer noch zu klein, um eine Machtbalance zu den Handelsriesen herstellen zu können.

Kooperation! Die Landesregierung hat seit einigen Jahren einen Beirat der Ernährungswirtschaft des Landes installiert, und hier werden alle Maßnahmen besprochen, koordiniert. Es geht dabei darum, daß wir bestmöglich unsere Unternehmen darin unterstützen, was die Erschließung neuer Absatzmärkte, administrative Hilfestellungen bei der Erschließung neuer Märkte in Osteuropa, in Übersee, in Fernost angeht, was die Vermarktung kontrollierter Erzeugnisse mit regionaler Herkunftsgarantie angeht, was vor allen Dingen Qualitäts- und Umweltmanagement angeht. Das ist eine sehr konkrete Antwort auf das Gefühl der Menschen, die gern auf der sicheren Seite sein möchten - nicht nur, was die analytische Qualität des Produktes angeht, sondern auch bei den Fragen, wie das Produkt hergestellt wurde, wo es hergestellt wurde, wie mit den Tieren und der Umwelt umgegangen worden ist.

Das heißt, unsere Umwelt in Schleswig-Holstein, wenn wir sie pflegen, wirbt für die land- und ernährungswirtschaftlichen Produkte - übrigens auch der Westküste. Das ist mir vorhin ein bißchen zu kurz gekommen, Herr Kollege Steenblock. Auch der Absatz der Westküstenprodukte lebt davon, daß die Menschen sagen: Das ist ein Stückchen Natur; das hätten wir woanders auch gern. Das heißt, auch die Natur ist unser Absatzargument.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gehören **Öko-Audit**, Zertifizierung, Qualitätsmanagement in ein solches Paket hinein.

Die Frage, wie man bei einer solchen Strategie gemeinsam vorgeht, muß mit Kooperation horizontaler und vertikaler Art - in der Branche, über die Branche hinweg oder zwischen den Branchen - beantwortet werden.

Um es deutlich zu machen: Wenn Landwirte nicht miteinander kooperieren, um dem Handel, den Verarbeitern und Vermarktern hinreichend große, qualitativ gleichwertige Partien andienen zu können, werden die Landwirte die Aufgabe der Bündelung der Angebotspalette anderen übertragen müssen, was viel Geld kostet. Wenn aber ein solcher Verbund von landwirtschaftlichen Betrieben zustande kommt und sich nicht - möglichst hier im Lande - des eigenen Verarbeitungsweges versichert, befinden wir uns in der zweiten Hand, weil wir mit dem Lebensmitteleinzelhandel direkt nicht mehr handlungsbeziehungsweise handelsfähig sind. Also: **horizontale und vertikale Kooperation**. Dazu die Kooperation, Schleswig-Holstein als eine Region mit unterschiedlichen Fazetten zu verstehen.

Der Tourist soll und darf gern zu uns kommen, weil wir besondere Lebensmittelangebote haben. Er darf auch gern zu Hause wieder von seinem Urlaub träumen, weil er etwa in Dortmund die schleswig-holsteinischen Qualitätsprodukte vorgefunden hat.

(Reinhard Sager [CDU]: Das muß auch Wirklichkeit werden!)

- Wir sind dabei, Herr Kollege Sager! Ich weiß nicht, inwieweit Sie es mitgekriegt haben. Es verstärken sich ständig die Aktivitäten nicht nur der Tourismusbranche in Richtung auf DeHoGa, Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch der Landwirtschaft, der Fischerei, des Gartenbaus in bezug auf DeHoGa,

auf Gastronomie. Diese Verzahnung führt in der Tat zu beachtlichen touristischen Ergebnissen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das herausragende Beispiel sind immer die „Kohlitage“ in Dithmarschen;

(Reinhard Sager [CDU]: Die wir sehr begrüßen!)

Sie können die „Heringstage“ in Kappeln nehmen; Sie können die „Steckrübentage“ in Schleswig nehmen oder was weiß ich. Das sind hervorragende Beispiele einer Verzahnung zwischen Ernährungswirtschaft, Gastronomie und Tourismus. Ich denke, auf diesem Gebiet müssen wir weitermachen.

An dieser Stelle möchte ich ein Wort über den Präsidenten des Hotel- und Gaststättenverbandes, Eike Pirwitz, sagen. Er ist vergangene Nacht verstorben. Er hat sich gerade auf diesem Gebiet ganz große Verdienste um das Land erworben. Das wollte ich an dieser Stelle gern einmal gesagt haben.

Wie weit wir kommen, wenn es um Exporte geht, hängt mitunter mit Maßnahmen zusammen, die nicht im Land selber liegen oder nicht im Land gelöst werden können: Wie geht die EU mit Exporterstattungen um? Oder kriegt eine Meierei, die Käse exportieren will, rechtzeitig die entsprechende Lizenz zur Ausfuhr dieser Produkte? - Hier liegen oft Maßnahmen, die den Handel mehr bremsen als alles andere.

Zur Milch: Sie kennen die Situation. Wir haben in der Europäischen Gemeinschaft nach wie vor ein Überangebot an Milch. Das drückt auf den Preis. Die Überproduktion sollte mit der Einführung der Milchquote eigentlich erledigt sein; sie ist es nicht.

Die Situation auf dem **Fleischmarkt** ist von zurückgehenden Verbrauchszahlen nicht nur beim Rindfleisch, sondern insgesamt beim Fleisch gekennzeichnet. Wir haben deswegen entsprechend große Preiseinbrüche, hier allerdings speziell beim Rindfleisch, während wir im Bereich der Schweineproduktion nach 20 Jahren erstmals wieder einen leichten Aufwärtstrend bei den Beständen zu verzeichnen haben. Dazu hat vielleicht das Standortsicherungskonzept für die Schweineproduktion in Schleswig-Holstein ein bißchen beigetragen.

Wir können aber gegen folgendes nicht an. Wir können keine Standorte der Verarbeitung hier im Land halten,

wenn durch den Aufbau Ost - so lobenswert er auch immer ist - in den neuen Bundesländern unkontrolliert und in bezug auf die Kapazitäten völlig unvernünftig mit einem Subventionswert von bummelig 50 % von der Bundesregierung Meiereien oder Schlachthöfe finanziert werden. Dann kann ein Betreiber einer Meierei oder eines Schlachthofs nicht anders, als so ein Gebot anzunehmen -

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit dem Ergebnis, daß diese Betriebe in Schleswig-Holstein dichtgemacht und in den neuen Bundesländern neu aufgebaut werden. Das ist absolut unsinnig. Und dann wird den Ländern gesagt, ihr habt ja die Genehmigungsfreiheit. - Wie stellt die Bundesregierung sich das denn vor? Soll ich sagen, einen Schlachthof in Mecklenburg-Vorpommern genehmige ich nicht? - Das ist völlig unmöglich.

Bei uns hat zu großen Problemen geführt, daß wir zuviel Verarbeitung unserer Produkte außerhalb des Landes haben, und zwar sowohl bei Milch als auch bei Fleisch.

Zur Qualitäts- und Gütezeichenarbeit! Das **Gütezeichen** „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ ist sozusagen wichtiger als das Preisetikett. Das ist ein seit über 30 Jahren bewährtes Mittel, an dem wir immer wieder weiterarbeiten müssen. Das Gütezeichen ist von Anfang an nicht als ein Gütezeichen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, sondern der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft verstanden worden. Aber das Problem, daß es von den Verbrauchern als ein landwirtschaftliches Gütezeichen verstanden wird, ist damit nicht vom Tisch.

Unser Bemühen bezüglich der Gütezeichenprodukte im Rahmen der Rohstoffversorgung werden wir steigern müssen, um ihren Anteil zu erhöhen. Bei den Frischprodukten sind wir schon bei 100 %.

Das Gütezeichen wird stärker. Die Kategorien, die ich vorhin genannt habe, artgerechte Tierhaltung, umweltverträgliche Landbewirtschaftung und die Frage der Spitzenqualität, was Gesundheit und Geschmack angeht, müssen miteinander verbunden werden. Dieses Gütezeichen des Landes Schleswig-Holstein ist wegen seines hohen Bekanntheitsgrades und deshalb, weil es bei Gütezeichenprodukten wegen der besonders intensiven **neutralen Kontrollen** noch niemals irgendwelche Qualitätseinbrüche gegeben hat, ein Werbeträger höchsten Grades, das übrigens auch den

höchsten Bekanntheitsgrad aller regionalen Gütezeichen in der Bundesrepublik hat. Es ist bei etwa 64 % der Bevölkerung bekannt. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können, sollen und wollen.

Qualitätsförderung also für landwirtschaftliche Produkte, Frischprodukte, lediglich aus Schleswig-Holstein, hier wieder System- und Prozeßkontrolle, Qualitätsförderung für Verarbeitungsprodukte mit hohem Anteil hiesiger Erzeugnisse,

Qualitätsmanagementsysteme, Öko-Audit, das Unternehmen so leistungsfähig und umweltfreundlich wie die landwirtschaftliche Produktion! Das muß in der Verarbeitungsschiene, in der Erzeugungsschiene mit dem Anspruch übereinstimmen, den wir an unsere Produkte stellen und womit wir für sie werben.

Die Mittel werden aus einem Qualitätsförderungsfonds, der bei der Landwirtschaftskammer geführt wird, aufgebracht. - Eine Sekunde noch, Herr Präsident!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Eine Sekunde immer!

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Es können aber auch drei werden.

Die Zuweisungen des Landes betragen 1997 1,17 Millionen DM und die Beteiligung der Land- und Ernährungswirtschaft macht 1,87 Millionen DM aus. Ich denke, das ist eine gute Sache. Gut ist auch, daß sich fast alle Agrarminister der Bundesländer in der letzten Agrarministerkonferenz darin einig waren, einen höheren Anteil der CMA, der Centralen Marketing-Gesellschaft für Agrarprodukte, einer Bundesinstanz, zu erzielen, um für schleswig-holsteinische Produkte werben zu können. Ein Teil muß Bundeswerbung sein, aber ein größerer Teil soll dem Verbraucher die regionalen Spezialitäten aus Schleswig-Holstein näherbringen. Ich denke, das ist ein weiterer Schritt voran.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hopp.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Kollege Peter Jensen-Nissen und ich wollen uns die Redebeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt teilen. Ich höre, die Sozialdemokraten haben ähnliches vor.

(Zuruf von der SPD: Nanu? - Was ist das?)

- Ja, es ist oftmals so, daß die Sozialdemokraten das so machen wie wir.

(Heiterkeit)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mein Manuskript beiseite legen. Herr Minister, Sie haben soviel Positives erwähnt, daß ich Ihre Ausführungen eigentlich nur unterstreichen kann. Allerdings müssen wir uns auch Gedanken darüber machen, wie es weitergehen soll. Das ist der entscheidende Punkt, und das verlangt man auch von uns.

Ich möchte speziell zum Gütezeichen etwas sagen; den anderen Part wird mein Kollege Jensen-Nissen übernehmen.

Zunächst möchte ich mich bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken, daß sie uns diesen Bericht erstellt haben. Es ist ein sehr vielseitiger und umsichtiger Bericht, mit dem wir ganz zufrieden sind. Was uns jedoch fehlt - dafür können allerdings die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nichts -, ist das Aufzeigen von Zukunftsperspektiven. Das obliegt dem Minister, und offensichtlich hat es daran gefehlt, vielleicht auch am Geld. Darüber wollen wir jetzt gemeinsam in fairer und sachlicher Weise diskutieren, wie wir das untereinander gewohnt sind.

Das Gütezeichen verfügt über eine hohe Qualitätsgarantie. Dieses Gütezeichen wird nur dann vergeben - wie es schon der Name sagt -, wenn bestimmte Produkte, die in diesem Land Schleswig-Holstein hergestellt und geprüft sind, einer bestimmten Qualitätsanforderung entsprechen. Nur dann hat man die Chance, dieses Gütezeichen zu bekommen.

Wir wissen aus der Vergangenheit, daß man durchaus auch ein Gütezeichen aberkannt bekommen kann, wenn man die Kriterien nicht mehr erfüllt. Nun wissen wir allerdings auch, meine Damen und Herren, daß all diese Dinge hinsichtlich des Gütezeichens einer gewissen Begleitung durch unsere Haushaltsmittel bedürfen. Ich will es einmal so formulieren: Der Agrarausschuß war im Februar dieses Jahres zu Besuch bei der Verbraucherzentrale in Kiel. Dort haben wir

mit großer Freude zur Kenntnis nehmen können, daß die Damen und Herren der **Verbraucherzentrale** nicht nur die Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer persönlich sehr gut kennen und mit ihnen einen engen Kontakt pflegen, sondern auch mit den Mitarbeitern des Ministeriums. Darüber hinaus verkaufen sie den Wert dieses Gütezeichens nicht nur positiv für uns, sondern sind auch davon überzeugt, daß das der richtige Weg und der richtige Ansatz ist.

Damit komme ich zu den Landesmitteln. Schon im Jahre 1987 haben wir uns hier in diesem Hohen Hause mit dem Gütezeichen beschäftigt. Damals stellten wir dafür 800.000 DM zur Verfügung, und damals konnte man mit 800.000 DM sicherlich noch etwas mehr anfangen, als es heute der Fall ist. Aber dennoch hat man sehr schnell erkannt, daß das nicht genug war. Deswegen haben wir sehr schnell die Mittel erhöht, und im Jahre 1993 haben wir es immerhin schon auf 2,3 Millionen DM gebracht. Um so bedauerlicher ist es, daß der Ansatz jetzt im Jahre 1997 auf 1,3 Millionen DM Landesmittel heruntergefahren worden ist. Das allerdings geschah nicht mit Unterstützung der Opposition dieses Hohen Hauses, sondern das haben Sie, meine Damen und Herren von der linken Seite, zu verantworten.

(Zuruf von der CDU: So ist das! - Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Nun wissen wir selbstverständlich, daß überall Sparsamkeit angesagt ist, und auch wir können kein Geld drucken und schon gar nicht schnitzen.

(Holger Astrup [SPD]: Aber ihr tut immer so!)

Tatsache ist aber, daß sich hier ein guter Vergleich mit der Automobilindustrie anbietet. Es wird doch keine Autofirma, die Absatzschwierigkeiten hat, auf die Idee kommen, ihre Mittel für die Werbung zu kürzen. Das ist unmöglich; sie wird das Gegenteil tun.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie wird möglicherweise sogar noch etwas drauflegen. Ich weiß, Sie haben hierfür ein Rezept, und das haben Sie hier auch angekündigt. Die Firmen sollen gefälligst mit einspringen und sollen mithelfen, mit uns gemeinsam das Gütezeichen zu stützen.

(Holger Astrup [SPD]: So wäre es jedenfalls bei der Automobilbranche! Das stimmt!)

- Jawohl! Wir unterstützen diese Sache auch voll und ganz, aber ich halte es nicht für gut, daß in dem gleichen Maße, wie uns die Firmen unterstützen, die Landesmittel zurückgefahren werden. Das ist nicht in Ordnung, und das wollen auch Sie nicht, Herr Minister. Aber Achselzucken allein nutzt da nichts. Sie müssen schon vortreten und sich dafür einsetzen. Bei den Haushaltsberatungen für 1998 haben Sie die CDU und - wie ich glaube - auch die Freien Demokraten dabei voll auf Ihrer Seite.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie können von unserer vollen Unterstützung ausgehen. Weil die Agrarier unter den Sozialdemokraten diesem Gedanken auch zugänglich sind, habe ich im Grunde auch wenig Sorge, daß wir das nicht durchbringen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Der Umweltminister will das aber nicht!)

Im übrigen scheint den Sozialdemokraten die Berliner Luft sehr gut zu tun. Jedes Jahr, wenn der Agrarausschuß dankenswerterweise einmal in Berlin tagen darf - -

(Holger Astrup [SPD]: Das Geld könnten wir doch investieren! - Ursula Kähler [SPD]: Das könnten wir besser verbraten!)

- Liebe Frau Kollegin Kähler, man sollte nur reden, wenn man etwas davon versteht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Vielleicht versteht sie ja etwas vom Braten! - Heiterkeit und Beifall)

Also Uschi, du sprichst über die Polizei und ich über die Agrarpolitik. - In Ordnung?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Heiterkeit)

Ich verstehe zwar von innerer Sicherheit auch eine Menge, aber ich komme zu den Agrarfragen zurück. Immer wenn wir in Berlin sind, sind wir uns alle einig - und die Herren in der Ehrenloge können das auch bestätigen -, daß wir mehr tun müssen angesichts der Tatsache, daß andere Bundesländer diesbezüglich sehr viel mehr tun.

Auch in dem Punkt sind wir uns einig: Wer arm ist, muß kreativ sein. Wir können sicherlich nicht um jeden

Preis mithalten, wenn wir an die reicheren Bundesländer denken, auch nicht mit einigen der neuen Bundesländer, wie ich zugeben muß, die ja auch einigen Nachholbedarf haben, was durchaus in Ordnung ist. Aber es bleibt dabei, daß wir auf der Grünen Woche immer einen gewissen Nachholbedarf feststellen. Nicht daß es uns an Ideen fehlt, das ist es nicht, aber es können auch Ihre tüchtigen Mitarbeiterinnen nicht ganz ohne Geld diese Ideen umsetzen. Deshalb sage ich: In Berlin ist immer alles eitel Sonnenschein, sind wir aber nach Kiel zurückgekehrt, ist vieles wieder vergessen.

(Hans Siebke [CDU]: So ist das!)

Deshalb schlage ich vor zu überlegen, ob nicht auch einmal der Finanzausschuß in Berlin tagen sollte oder gar das Kabinett. Ich habe dort auf jeden Fall gute Erfahrungen gemacht.

Abschließend darf ich folgendes sagen, ohne meinem Kollegen Jensen-Nissen zuviel Redezeit wegnehmen zu wollen: Wir sind nach wie vor auf dem richtigen Weg. Die Produkte, die hier in diesem Land hergestellt und geprüft werden, verdienen nicht nur das Vertrauen des Verbrauchers, sondern sie verdienen darüber hinaus auch, daß wir als Politiker die Produkte im besten Sinne des Worte so verkaufen, daß es uns gelingt, mehr aus diesem Land herauszuholen. Wir sollten nicht nur Produktionsstätte sein, sondern auch Vermarktungsstätte. Da haben wir leider einiges an Boden verloren. Ich nenne zur Ernährungswirtschaft nur die Stichworte Hohenwestedt, Preetz, Neumünster. Das kann manchmal auch daran liegen, daß die Umweltkriterien, die in diesem Lande eine Rolle spielen - Stichwort Abwasserbeseitigung und anderes mehr -, dann eine Behinderung darstellen, wenn solche Dinge in den neuen Bundesländern anders - sprich großzügiger - gehandhabt werden. Das kann manchmal ein Manko sei. Die Abwasserabgabe und ähnliches spielen da sicherlich eine Rolle.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hopp, im Agrarbereich ist es ja häufig so, daß wir uns, zumindest was Redezeiten oder

Rangordnungen betrifft, einig sind - Gott sei Dank auch vielfach inhaltlich.

Auch beim Gütesiegel sind wir uns einig. Wenn 98 % der Schleswig-Holsteiner und über zwei Drittel aller Bundesbürger das **Gütezeichen** kennen, zeigt das, wie wichtig es ist. Bei unserem Besuch in Neumünster haben wir festgestellt, daß es in anderen Bereichen Einbrüche gab, daß es in der Lebensmittelindustrie allerdings da, wo es das Gütezeichen gibt, keine Einbrüche gab. Das ist erfreulich.

Daß es in Preetz - Herr Hopp, wir beide kennen die Situation - zwei Gütezeichenbetriebe nicht mehr gibt, ist schmerzlich für die Stadt. Bei dem einen Betrieb lag es auch an der mangelnden Hygieneausrichtung, die auch der Kreis bemängelt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Das hatte mit der Abwasserabgabe gar nichts zu tun.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Beim zweiten Betrieb war es die Situation, daß der Markt im Dosenbereich nicht ausgelastet ist. Wenn es da drei Betriebe gibt, muß einer dichtmachen. So traurig das für unseren Wahlkreis ist, es ist betriebswirtschaftlich nicht anders möglich.

Vom Gütezeichen profitieren nicht nur 75 Betriebe der Ernährungswirtschaft, sondern mittelbar auch 1.200 landwirtschaftliche Betriebe. Wie streng die Kriterien sind, belegt allein die Tatsache, daß die Hälfte der angemeldeten Produkte abgelehnt wird. Die Kriterien sind hochgefahren worden, die **Qualitätsnormen** wurden angehoben. Es wurde eine Verbindung zu dem Sicherungssystem ISO 9000 hergestellt, und es wurden problematische Zusatzstoffe ausgeschlossen, Rückstandsuntersuchungen bei Schlachtkörpern durchgeführt, und es gibt eine begleitende Qualitätskontrolle von der Geburt des Tieres bis zur Ladentheke.

In Richtung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sage ich: Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, daß wir verstärkt die regionale Herkunft berücksichtigen sollen. Ich will hier nicht über die berühmte Aprikose oder die berühmten Mandeln streiten. Sicherlich könnte man das ausbauen. Das liegt - auch im ökologischen Landbau - daran, daß sich die Betriebe stärker - auch der Minister hat sich dazu geäußert - zusammenschließen müssen, um nicht nur dem Kriterium der Qualität, sondern auch

dem der Quantität zu genügen. Mich ärgert es jedesmal, daß die Ketten die Bioprodukte aus Mecklenburg-Vorpommern holen. Frau Fröhlich, wir sollten auch in bezug auf das Logo versuchen, die **Ökoprodukte** einzubeziehen und **Synergieeffekte** zu nutzen, natürlich mit einem zusätzlichen Logo „Ökologischer Landbau“. Darüber müßten wir noch einmal reden. Ich denke auch im Bereich des Tourismus an Synergieeffekte, daß man da zusammenbündeln muß.

Herr Kollege Hopp, auch ich - das wissen Sie - habe mich über die Kürzung der Zuschüsse auf 1,1 Millionen DM geärgert. Der Vergleich mit der Automarkindustrie aber hinkt. Denn die bezahlen ihre Werbung selber. Die 1,1 Millionen DM für das Gützeiten sind Landesmittel.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gute Wirtschaftlichkeit bedeutet auch Abnabelung von Subventionen. Wenn wir jetzt Glück haben und gemeinsam mit den anderen Agrarministern durchsetzen, daß die CMA-Werbung stärker regionalisiert wird, können wir die fehlenden Finanzmittel vielleicht ausgleichen und durch Synergieeffekte noch mehr Effizienz erreichen. Auch ich kann kein Geld drucken. Ich persönlich bedauere, daß wir an dieser Stelle kürzen mußten, aber das ist auch in vielen anderen Bereichen leider notwendig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des MLR für den Bericht, in dem die Wichtigkeit der Ernährungswirtschaft für unser Land - der Minister führte das aus - gleich im zweiten Satz unterstrichen wird: Umsatz 20 %, Beschäftigungsanteil 40 % am produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein und damit die wichtigste Branche mit einem Umsatz von 9,3 Milliarden DM.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg. Es ist im Bericht viel die Rede von Qualitätssteigerungsstrategien, die sich um **Premiumprodukte** drehen. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir den Massenmarkt vernachlässigen dürfen. Im Markt unterhalb der Premiumprodukte geht

es natürlich auch um die Erfüllung von Qualitätszielen, allerdings steht der Preis als Marktsteuerungselement vollständig im Vordergrund. In einem solchen Marktgeschehen ist die besondere Überlegenheit Schleswig-Holsteins in den weichen Standortfaktoren nicht zu plazieren. Das kann aber nicht bedeuten, daß wir diesen Markt vernachlässigen. Die Schwierigkeiten in der Ferkel- und Schweineproduktion - der Minister führte das aus - sind ein Beispiel dafür, daß wir uns das als klassisches Überproduktionsgebiet mit einer Exportstrategie natürlich nicht leisten können.

Richtig wird im Bericht dargestellt, daß die Ernährungswirtschaft überwiegend durch kleine und mittelständische Betriebe geprägt wird und einer hochkonzentrierten Struktur von Handelsunternehmen gegenübersteht. Wenig bis gar nicht geht der Bericht auf den daraus resultierenden Verdrängungswettbewerb und Strukturwandel innerhalb der **Ernährungswirtschaft** ein. Dies erschließt sich erst bei näherer Lektüre des speziellen Teils in den Einzelbranchen der Ernährungswirtschaft. Dabei spielt die Politik der Bundesregierung eine verheerende Rolle. Ich will das an dem Beispiel des rasanten Strukturwandels im Schlachtsektor erläutern.

Die Schließung von fünf Großschlachtereien in Schleswig-Holstein innerhalb der letzten fünf Jahre hat zu einem **Kapazitätsabbau** von über 40 % im Schweinesektor und 25 % im Rindersektor geführt. Natürlich haben wir jetzt durch Verlagerungen gut ausgelastete **Schlachtbetriebe** im Land. Geschlossen wurden aber auch modernisierte und hochausgelastete Betriebe, weil die Bundesregierung mit ihrem Aufbauprogramm Ost den Fleischkonzernen das Geld schubkarrenweise zur Erstellung von Schlachtkapazitäten in den neuen Bundesländern ins Haus fuhr. Ähnliches erleben wir in der Milchbranche und in den übrigen Zweigen der Ernährungswirtschaft. Das hat weder zu einem technologischen Innovationsschub geführt, noch hat es Arbeitsplätze geschaffen. In der Summe sind Arbeitsplätze massiv abgebaut worden. Ein weiteres bekanntes Ergebnis sind die Löcher in den öffentlichen Kassen.

Während Betriebe in den Schweineproduktionsgebieten unseres Landes geschlossen wurden, sind Kapazitäten, zum Beispiel in Anklam an der polnischen Grenze, aufgebaut worden, wo sich keine Konsumenten in der Nähe befinden und wo man Schweineproduzenten mit der Lupe suchen muß, mit dem Ergebnis, daß Angelter Schweine zur Schlachtung an die polnische Grenze verfrachtet werden. Fast eine Million Schweine, nämlich 40 % unserer schleswig-holsteinischen Produktion, werden heutzutage außerhalb unseres

Bundeslandes geschlachtet, 32 % der Rinder. - Ein prima Ergebnis, Herr Kohl!

Herr Minister, im allgemeinen Teil des Berichtes finden sich mehrere Ansätze, die man im Detail vielleicht kritisieren kann, die insgesamt aber eine fortschrittliche Denkweise der Verantwortlichen belegen - so die grundsätzlichen Überlegungen hin zu Premiumprodukten und Qualitätsstrategien, so die Qualitäts- und Ökologiezertifizierungen nach DIN ISO 9000. Der Gedanke der **Regionalität** der Vernetzung von Tourismus, Gastronomie, Naturschutz und Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft und der neue Name des Ministeriums für ländliche Räume unterstreichen die **Vernetzungsstrategien** der Wirtschaften des ländlichen Raumes.

Ein weiteres Projekt, was mich als Energiepolitiker und verkehrspolitisch Interessierten besonders angesprochen hat, ist das Konzept zur kooperativen Logistikabwicklung, das das MLR zusammen mit der Fachhochschule in Flensburg durchführt. Das unterstreicht wieder einmal, daß eine Entlastung der Umwelt mit einer Effizienzsteigerung und Kostendegression ganz einfach dadurch verbunden werden kann, daß der Distributionsaufwand gesenkt wird.

Ich komme zum **Gütezeichen** „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“. Die Entwicklung und Vermarktung von Spezialitäten von Premiumprodukten, von regionalen Produkten, die Einführung des Landesökosiegels und des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ sind für uns Bestandteile einer agrarpolitischen Strategie, möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe in der Produktion zu halten, möglichst viele landwirtschaftliche Arbeitsplätze zu erhalten.

Ich halte allerdings nichts davon, Sabine Schröder - wo ist sie? Ich sehe sie nicht -, ein Landesökosiegel an das bekannte „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ anzuheften. Da präferiere ich das sächsische Modell; das ist ein Zeichen für alle Anbauverbände, das man einheitlich, also bundesweit für alle Bundesländer, anwenden sollte.

Ansonsten haben wir wieder ein Zeichen unter vielen in dem Kennzeichnungsdschungel der Bioprodukte geschaffen. Das trägt nur zur Verbraucherverwirrung bei. Die wollen wir ja gerade vermeiden. Da sollten wir von Österreich und Dänemark lernen.

Im anonymen Massenmarkt geht es um Kostenvermeidung unter Wahrung der Standardqualität. In diesem Massenmarkt spielen Qualitätskriterien, die sich auf das Produkt beziehen, kaum eine Rolle. Es zählt die **Optimierung der Logistik**. Produktionseinheiten und -mittel bekommen einen größeren Umfang, werden maschinengerechter, chemiegerechter. Am Ende steht gnadenlos der Preis, der ständig sinkt, mit den bekannten Folgen des Wachsens und Weichens. Wir lehnen diese Form der Landwirtschaft ab, die sich strukturell dann auch in der Ernährungswirtschaft spiegelt. Landespolitisch haben wir leider nur palliative Möglichkeiten, diesem Hauptstrom der Agrarpolitik entgegenzuwirken. Die Schaffung von Sondermärkten, das Ausloben und Vermarkten von Produktqualitäten sind dabei wichtige Tatsachen, wobei das Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ eine große Rolle spielt.

So sehr wir die Fortentwicklung der Qualitätskriterien in dem Kapitel „Perspektiven für das Gütezeichen“ vom Grundsatz her begrüßen, so möchte ich bei der Ausgestaltung dieser **Qualitätskriterien** doch Diskussionsbedarf anmelden. Durch die bloße Übernahme von CMA-Kriterien fallen standorttypische schleswig-holsteinische Produkte durch das Raster. Zum Beispiel spricht nichts dagegen, im Zusammenhang mit der Erfüllung der CMA-Kriterien einen Weidemastochsen - es spricht ja nichts gegen Ochsenfleisch von der Westküste - als landestypisches Produkt und als „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ auszuloben.

Die Frage der Herkunft der landwirtschaftlichen Rohstoffe muß enger gefaßt werden. Sie haben die Begründung in Ihrer Rede selber gegeben; das vermisste ich in dem Bericht ein bißchen.

Ich komme jetzt zu den Perspektiven für die ökologische Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft in unserem Land. Im Bericht wird zunächst festgestellt, daß sich der **ökologische Landbau** in Schleswig-Holstein seit 1988 sprunghaft entwickelt habe. Der Verdacht drängt sich auf, daß mit der Darstellung dieses zeitlichen Zusammenhangs - ganz im Sinne des von Ihnen, Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, präsentierten Märchens von heute morgen - auch ein kausaler Zusammenhang suggeriert werden soll. Vielleicht mag ja auch der damalige Regierungswechsel von umstellungswilligen Landwirten als ein psychologisches Signal aufgefaßt worden sein. Festzustellen ist aber, daß die positive Entwicklung nicht nachhaltig weiterverfolgt wurde.

Strittig ist außerdem - auch aus der Sicht der Verbände - die Ausgestaltung des **Ökofonds**, worauf im Bericht auf Seite 48 unter dem Stichwort „Fördermodell“ Bezug genommen wird. Neben dem prozentualen Anteil der Beibehaltungsprämie, der in den Ökofonds abzuführen ist, ergeben sich Fragen der strategischen Abwägung, wie auf die Marktsituation zu reagieren ist.

Wie dem Gutachten zu dem Thema Ökofonds, aber auch den stichwortartigen Zusammenfassungen in Ihrem Bericht, Herr Minister, zu entnehmen ist, stehen verschiedene Betätigungsfelder offen: Direktvermarktung, Wochenmärkte, Fachgeschäfte und anderes. Ich stelle hier in Frage, ob man wirklich der konzentrierten Macht der Einzelhandelskonzerne mit einer Bedienungsstrategie entgegenkommen sollte. Wir erleben doch gerade diese Monopolisierungstendenzen als eine hinderliche Rahmenbedingung. Wer sich bei diesen Strukturen mit einer Bedienungsstrategie einläßt, muß wissen, daß der Preisdruck vorprogrammiert ist und sich die Handelspartner jederzeit auch anderer - auch internationaler - Anbietermärkte zu bedienen in der Lage sind. Wer sich darauf einläßt, füttert den Tiger, der ihn später fressen wird.

Ich verweise nochmals auf die übrigen Handlungsfelder, die in dem Bericht aufgezeigt werden: Direktvermarktung, Wochenmärkte, die vielen Fachgeschäfte des Naturkosthandels. Nicht zuletzt - das übergehen Sie - verweise ich auf den Großküchensektor, in dem wir es vergleichsweise mit einer Strukturvielfalt der abnehmenden Hand zu tun haben. Vergessen wir doch nicht, daß ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion nicht in die Supermärkte, sondern in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung fließt!

Ich ziehe ein Resümee: Wir finden in dem Bericht gute und zukunftsweisende Ansätze. Wir haben zu mehreren Themen noch Diskussionsbedarf in den Fraktionsarbeitskreisen und in dem zuständigen Ausschuß, dem wir den Bericht überweisen möchten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Land- und Ernährungswirtschaft Schleswig-Holsteins

ist mit mehr als 14 Milliarden DM Umsatz im Jahr 1996 der bedeutendste Sektor der produzierenden Wirtschaft des Landes. So lesen wir es in dem Bericht. Der Anteil der Ernährungswirtschaft an der gesamten Industrieproduktion beträgt 22 %. Die Zahlen belegen die wirtschaftliche Bedeutung der **Land- und Ernährungswirtschaft**. Wir haben heute morgen über die große Bedeutung der Technologie gesprochen, und heute abend sprechen wir von der großen Bedeutung der Landwirtschaft und können feststellen, daß beides wichtige Themen sind.

Die Regierung und auch dieses Haus behandeln das Thema dennoch ab und zu etwas untergeordnet. Am 13. Juni des letzten Jahres wurde der **Berichts Antrag** der CDU hier ohne Aussprache beschlossen. Die Regierung wollte den **Bericht** so schnell wie möglich geben; so weist es das Protokoll aus. Aus dem „so schnell wie möglich“ ist inzwischen fast ein Jahr geworden. Der Reiz der Langsamkeit läßt grüßen. Die Änderungsanträge, die damals F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch der SSW eingereicht haben, blieben zum Teil unberücksichtigt. Wenn die Bündnisgrünen damit einverstanden sind - ich bin es nicht. Die von uns geforderte Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen durch landesspezifische Abgaben und Gebühren wird nicht verwirklicht. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn man die Marktsituation von Betrieben berücksichtigen will. Ein Vergleich der Wettbewerbssituation zwischen der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft und derjenigen der benachbarten Bundesländer und Staaten ist ebenfalls nicht vorhanden.

Damit ist für mich festzustellen, daß sich das vereinfachte Verfahren, einen vorgelegten Berichts Antrag ohne Beratung im Parlament zu beschließen, nicht bewährt hat. Die Inhalte bleiben auf der Strecke. Eine schnellere Erarbeitung durch die Regierung ist leider nicht erfolgt. - So weit zum Verfahren.

Die Probleme, denen sich die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein gegenüber sieht, sind im wesentlichen bekannt. Zu Recht ist die Konzentration der **Handelsketten** angesprochen worden, denen **mittelständische Betriebe** der Land- und Ernährungswirtschaft gegenüberstehen. Das bedeutet Probleme für Abhängigkeitsverhältnisse, die sich für die Betriebe ergeben. Monopolstellungen werden erreicht; der Wettbewerb in diesem Bereich ist sehr hart.

In dieser Situation hat sich das **Gütezeichen**, wie zutreffend dargestellt wurde, bewährt. Mit

vergleichsweise geringen Mitteln bei hoher finanzieller Beteiligung der Land- und Ernährungswirtschaft ist es gelungen, einen hohen Bekanntheitsgrad zu erzielen. Das hat sich sowohl für die Landwirtschaft als auch für die beteiligten Betriebe der Ernährungswirtschaft ausgezahlt. Es hat sich bewährt, auch solche Produkte mit dem Gütezeichen auszuzeichnen, deren Rohwaren nicht überwiegend aus Schleswig-Holstein kommen. Lübecker Marzipan ist weltweit bekannt. Sein Ansehen wirbt für Schleswig-Holstein. Warum sollte darauf bei einem regionalen Gütezeichen verzichtet werden?

Das **Konzept** des Gütezeichens ist richtig. Im Mittelpunkt stehen nachprüfbar Kriterien, die wesentlich die Qualität der Produkte beeinflussen. Das ist die große Stärke dieses Gütezeichens. Produktionsbezogene Kennzeichnung, wie der Minister sie in seiner Rede hervorgehoben hat, sind nicht so informativ für den Verbraucher wie das qualitätsbezogene Gütezeichen.

Es ist daran zu erinnern, daß eine Untersuchung im vergangenen Jahr ergeben hat - da wurden Kartoffeln untersucht -, daß gerade die nach ökologischen Kriterien hergestellte Kartoffel den höchsten Nitratgehalt hatte, während Produkte aus dem integrierten Landbau besser abgeschnitten haben.

Der Bericht läßt unerwähnt, daß es der Edeka nach einer Darstellung im Ausschuß nicht gelungen ist, für ihr Marktprogramm „Gutfleisch“ genügend Vertragspartner zur Produktion von Landfleisch in Schleswig-Holstein zu finden. Schließlich ist die Landwirtschaft von Mecklenburg-Vorpommern eingesprungen. Es wäre wünschenswert, wenn wir zu diesem Tatbestand noch nähere Informationen aus dem Ministerium bekommen könnten.

Die Arbeit der **Landwirtschaftskammer** bei der Organisation der Gütezeichenarbeit wird lobend erwähnt. Wir werden genau hinsehen, wieweit dies bei weiteren Beschlüssen der Landesregierung zur Landwirtschaftskammer Berücksichtigung findet.

(Claus Ehlers [CDU]: So ist es!)

Die Situation in der Fleischwirtschaft ist nach wie vor schwierig. Die jüngsten Meldungen, wonach die Briten versuchen, Deutschland Verschleierungen bei der Aufdeckung von BSE-Fällen vorzuwerfen, machen deutlich, daß uns das Thema BSE noch lange erhalten bleibt. Dabei ist zu begrüßen, daß der Europaabgeordnete Reimer Böge von der CDU sehr

schnell, vollständig und überzeugend die Anwürfe entkräftet hat.

(Beifall bei der CDU)

Doch nicht alle Schwierigkeiten kommen von der EU. Die Überkapazitäten in den neuen Bundesländern sind durch eine falsche Subventionspolitik der Bundesregierung geschaffen worden, und wir leiden darunter. Die Umsetzung der Frischfleisch-Richtlinie der **EU** ist in Deutschland nur sehr zögernd erfolgt. Es führte zu deutlichen Wettbewerbsverzerrungen, würde die Richtlinie nicht stringent gehandhabt. Betriebe, die die notwendigen Investitionen getätigt haben, sind wirtschaftlich benachteiligt. Die Investitionen verteuern den Schlachtpreis pro Tier im Schnitt um 10 DM. Die **Abgaben und Gebühren** in Schleswig-Holstein führten zu einer weiteren erheblichen Wettbewerbsverzerrung.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß 1995 in Schleswig-Holstein nur 68 % der hier produzierten Rinder und 60 % der hier produzierten Schweine geschlachtet wurden. Die in Schleswig-Holstein geschlossenen **Schlachthöfe** sind nicht nur Opfer einer falschen Bundespolitik, sie sind auch Opfer von Wettbewerbsverzerrungen, die diese Landesregierung zu verantworten hat.

Im Bereich des **Obst- und Gemüseanbaus** begrenzen im wesentlichen die Vermarktungsmöglichkeiten die Möglichkeiten der Ernährungswirtschaft. Erfreulich ist es, daß die Land- und Ernährungswirtschaft auf diesem Gebiet ihre Chancen zunehmend besser nutzt. Es gibt erfreuliche Beispiele von Landwirten, die in den Kartoffelanbau investieren und damit guten Erfolg haben. Wenn diese Beispiele Schule machen, kann die Anbaufläche von jetzt nur noch 5.000 ha langsam wieder erweitert werden, die früheren 70.000 ha sind jedoch nicht mehr zu erreichen.

Der Bericht weist zu Recht darauf hin, daß eine weitere sprunghafte Ausweitung des ökologischen Landbaus nicht ohne Probleme ist, da die Erzeugnisse vollständig am Markt verkauft werden müssen. Das heißt auch, daß rot-grüne Blütenräume nicht in den Himmel wachsen können. Die deutlich höheren Preise für Produkte aus dem **Ökolandbau** begrenzen die Vermarktungsmöglichkeiten. Den Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeugnisse können Presseerklärungen der Bündnisgrünen nicht mindern.

Insgesamt begrüßt die F.D.P. die zumindest in Ansätzen zu beobachtende Hinwendung der

Landwirtschaft zur Marktwirtschaft. Dieser Weg kann nur erfolgreich weiterbeschritten werden, wenn die Politik darauf verzichtet, den Betrieben zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen aufzuerlegen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die **Ernährungswirtschaft** ist eine der wichtigsten Branchen Schleswig-Holsteins. Sie ernährt das Land in mehr als einem Sinne. Deshalb ist es nicht nur irgendeine Wirtschaftsdebatte, wenn sich dieses Haus mit diesem Thema beschäftigt.

Die Ernährungswirtschaft ist eine harte Branche geworden, in der Erfolg und Absturz immer dichter beieinander liegen. Die Abnehmerseite konzentriert sich zunehmend auf wenige Großhandelsketten und kann so die Preise drücken. Auf der Anbieterseite verstärkt sich die internationale Konkurrenz, die zu immer neuen Rationalisierungsmaßnahmen drängt. Lebensmittelskandale haben die Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert, am schlimmsten im Fleischsektor, der schwere Einbußen hinnehmen mußte.

Gerade weil dies so ist und weil die Ernährungswirtschaft ein Herzstück Schleswig-Holsteins ist, fordern wir von der **Landesregierung** klare **Konzepte**. Sie soll darstellen, welche zukunfts-trächtigen Konzepte sie hat und wie sie über die Weiterentwicklung des Bestehenden hinaus die Rolle der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein stärken will.

Ich muß gestehen, daß ich in dem Bericht zur Situation und Entwicklung der Ernährungswirtschaft gern etwas konkreter gesehen hätte, welche neuen Richtungen die Politik der Landesregierung in den nächsten Jahren einschlagen möchte. Dennoch möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für die geleistete Arbeit bedanken.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Sabine Schröder [SPD])

Einer der erfreulicheren Punkte in dem Bericht ist der erklärte Wille, wieder eine **Regionalisierung** anzustreben. Rohstoffe aus der Region sollen in der

Region verarbeitet und nach Möglichkeit sogar in der Region gehandelt und verzehrt werden. Das hält die Wirtschaft im Lande. Die Verringerung des Transportaufkommens schont Umwelt und Tiere. Wir wissen aber - das ist heute schon ein paarmal angesprochen worden -, wie schwierig das ist, und wir wissen auch, daß wir gerade bei der Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten noch einen weiten Weg zu gehen haben, nicht zuletzt auch aufgrund der Investitionspolitik der Bundesregierung. Die Situation der Schlachtereien ist schon angesprochen worden. Die Absicht einer Regionalisierung in der Ernährungswirtschaft kann ich also voll und ganz unterstützen, denn sie entspricht einer grundlegenden SSW-Forderung.

Verbraucherinnen und Verbraucher in vielen europäischen Ländern legen zunehmend Wert auf **Qualität** statt nur auf Quantität. Tierschutz, Umweltschutz und Gesundheitsschutz werden zunehmend zu Kriterien, die über Präferenzen und Kaufverhalten entscheiden. Das eröffnet Chancen für eine regionalisierte Ernährungswirtschaft. Mir ist allerdings noch nicht ganz klar geworden, wie die Landesregierung eine Regionalisierung erreichen und gewährleisten will. Das Land hat nicht die Mittel, um mit großen Summen im Lebensmittelmarkt zu intervenieren, und die Politik der EU hat uns vorgeführt, daß das auch nicht unbedingt wünschenswert ist.

Eine zweite Möglichkeit wäre es, die Ernährungswirtschaft finanziell zu unterstützen. Das wäre zum Beispiel im Rahmen einer einzelbetrieblichen Förderung möglich. Diese Möglichkeit haben sich die Landesregierung und die Mehrheit in diesem Hause aber selbst genommen. Was bleibt, ist hauptsächlich die Bereitstellung von Infrastruktur, die Unterstützung bei der Entwicklung neuer **Produktions- und Kooperationskonzepte** und vor allem die Unterstützung bei der Vermarktung der Produkte. Das Land kann Vermarktungsstrategien finanziell und ideell unterstützen und tut dies bereits.

Die unter vielen Aspekten sicherlich sinnvollste Vermarktungsmethode ist die **Direktvermarktung**. Sie minimiert die Transportwege und schafft Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Im Bereich des ökologischen Landbaus hat sich dies bereits bewährt. Ähnliche Strukturen ließen sich auf konventionelle Landwirtschaftsprodukte erweitern.

(Zuruf)

- Das gibt es auch. Das ist klar. Ich denke mir, daß dies auch weiterhin zu fördern ist.

Die mit Sicherheit bisher größte Erfolgsgeschichte in der Vermarktungspolitik des Landes ist die des **Gütezeichens** „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“. Das Gütezeichen steht für beste Qualität, und das wissen mittlerweile auch viele Verbraucherinnen und Verbraucher. Daß so etwas gepflegt werden will, weiß auch die Landesregierung. Dem Bericht zufolge sollen die Qualitätsstandards noch weiter ausgebaut und die Marketingstrategien verfeinert und erweitert werden. Dabei sollen Umwelt- und Gesundheitsstandards noch stärker betont werden, unter anderem durch den Ausschluß bestimmter Zusatzstoffe und Herstellungsverfahren.

Dies alles sind Maßnahmen, die notwendig sind. Es bleibt zu hoffen, daß die hierfür notwendigen Mittel nicht kurzfristigen Zwecken der Haushaltssanierung zum Opfer fallen.

Eine neuere Form der Vermarktungsförderung sind die Mittel, die den Verbänden der ökologischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Namen wie „Bioland“, „Demeter“, „Naturland“ stehen an und für sich schon für eine hohe Qualität der Lebensmittel. Hier wäre es aber wünschenswert, wenn man sich auf ein einheitliches Gütesiegel einigen könnte und sich zu gemeinsamen Kampagnen zusammenschlüsse.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Mittel für das Gütezeichen und die Vermarktung im ökologischen Landbau sind gut ausgegebenes Geld. Das Gütezeichen und der ökologische Landbau sind aber recht exklusive Vermarktungsstrategien. Sie umfassen bei weitem nicht die gesamte Ernährungswirtschaft, und sie liegen aufgrund ihrer hohen Qualität häufig in einem Preissegment, das für viele Verbraucher nicht erschwinglich ist. Die meisten Lebensmittel befinden sich im Bereich zwischen dem Gütezeichen und den exklusiven Produkten der ökologischen Anbauverbände. Zur Orientierung in dem großen Massensektor zwischen diesen beiden Hochpreissegmenten gibt es keine Hilfe.

Mittlerweile trägt nahezu jedes Produkt ein Öko-Logo, was eher zur Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher beigetragen hat. Deshalb sind wir immer noch der Meinung, daß das Land durch eine zusätzliche, nicht so exklusive Kennzeichnung einen weiteren Beitrag zur Unterstützung der

Ernährungswirtschaft leisten könnte und leisten sollte. Wir stellen uns eine neutral durchgeführte Kontrolle vor, bei der die nachhaltige Umweltverträglichkeit sämtlicher Produktionsschritte, Gesundheitsaspekte und eventuelle Tierschutzaspekte bewertet und eingestuft werden. Diese Daten könnten im Rahmen eines Gütezeichens auf dem Produkt angegeben werden.

Qualität ist das Pfund, mit dem die Wirtschaft in Schleswig-Holstein wuchern kann. Die internationale Konkurrenz um den billigsten Preis kann sie nur verlieren. Durch eine Gesamtrechnung und eine entsprechende Kennzeichnung hätten die Produzenten zusätzliche Vermarktungschancen für Qualitätsprodukte. Verbraucherinnen und Verbraucher bekämen gleichzeitig die Orientierungshilfe, die sie bei ihrem Wissen über Tierarzneien, Tierquälereien, Überdüngung, Seuchen, Giftstoffe und künstliche Aromen dringend benötigten.

Die Landesregierungen seit 1988 haben eine glückliche Hand mit Fördermaßnahmen - wie uns gestern der Wirtschaftsminister erklärt hat. Deshalb traue ich der bestehenden Regierung auch zu, einen so großen Schritt einzuleiten, wie es ein neues Gütezeichen bedeutet.

Diese Rede mag den Eindruck hinterlassen haben, daß ich im Bericht nicht über die Seiten hinausgekommen bin, auf denen ich die **Regionalisierung** fand. Die Regionalisierung ist ein wichtiges Anliegen für uns, darauf bezog sich auch der Änderungsvorschlag des SSW. Meine Aussagen zur Bestandsaufnahme und den anderen, beziehungsweise nicht vorhandenen Zielsetzungen werde ich der Ausschußberatung vorbehalten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Meine sehr verehrten Kollegen! Sehr verehrter Herr Präsident! Wir haben in weiten Teilen der Debatte gehört, was für Erfolge in den letzten Jahren erzielt worden sind. Ich möchte deutlich machen, daß das, was in der schleswig-holsteinischen **Ernährungswirtschaft** gewesen ist, eine 40jährige Erfolgsgeschichte der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und schleswig-holsteinischer Ernährungsgeschichte ist.

(Beifall bei der CDU)

Das sollte hier nicht vergessen werden.

Gleichwohl darf ich mich an dieser Stelle auch für das bedanken, was das Ministerium bisher geleistet hat, und für das, was im Bericht zur Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein dargestellt worden ist. - Recht herzlichen Dank, auch an die Mitarbeiter des Hauses!

Wir Agrarier haben in zielorientierter Zusammenarbeit versucht, gemeinsam für Schleswig-Holstein, für schleswig-holsteinische Produkte und für die Ernährungswirtschaft im Lande zu werben. Das, was wir heute morgen unter dem Bericht KMU gehört haben, gilt natürlich auch für die Ernährungswirtschaft, die überwiegend im kleineren und mittleren Bereich angesiedelt ist. Der Minister hat zu Recht bemerkt, **Bürokratisierung** ist ein Teil dessen, was die Ernährungswirtschaft stranguliert, zum Beispiel die landesspezifischen Maßnahmen, von der Abfallabgabe bis zur Fleischbeschau. Das alles gehört mit zu diesem Thema. Das hat die Produktion im Lande belastet und sie vor schwierige Fragen gestellt, vor allem im Hinblick auf die Kostenbelastung.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hoppach-Kasan [F.D.P.])

Herr Minister, darauf will ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde einmal mein Konzept zur Seite legen und auf das eingehen, was die Kollegen gesagt haben. Bei dem, was der Kollege Neugebauer neulich zur Verbindung zwischen **Tourismus** und **Kultur** dargestellt hat, hätte ich von Ihnen, Herr Minister, erwartet, daß Sie als Landwirtschaftsminister bei dieser Veranstaltung dabei gewesen wären und gesagt hätten, daß zum Genießen in diesem Lande auch die **Ernährungsindustrie**, die Nahrungsmittel, gehöre. Sie ist Teil des Tourismus und der Kultur dieses Landes und muß deshalb mit ihnen gemeinsam vermarktet werden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das müssen wir auch in andere Teile der Bundesrepublik als Lebensgefühl transportieren. In diesem Sinne können wir gemeinsam wirken.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das sehen wir ja ein!)

Der Kollege Matthiessen aber spricht von einer desaströsen Entwicklung. Sicherlich hat es Höhen und Tiefen gegeben. Das ist unstrittig. Es hat auch herbe Rückschläge gegeben. Richtig ist aber auch - Herr Kollege Matthiessen, darum hätten Sie sich auch kümmern müssen -, daß wir in der **Ernährungsindustrie** 1995 284 Betriebe mit 22.000 **Beschäftigten** hatten und heute nur 272 Betriebe mit 21.291 Beschäftigten haben. Die desaströse Entwicklung, die Sie der Bundesregierung in die Schuhe schieben wollen, weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Ich glaube, da haben Sie sich mal wieder vergaloppiert.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich liegt das auch daran, daß sich unsere Ernährungsindustrie sehr viel stärker den Exportmärkten zugewandt hat. Wenn wir die dortige Entwicklung anschauen, von 600 Millionen DM bis hin zu den heutigen 2 Milliarden DM, ist auch dies ein guter Weg, den wir mit unseren Ernährungsprodukten gegangen sind.

Ich darf hier ausdrücklich feststellen: Allen Unkenrufen zum Trotz, trotz aller Diskussionen im Lande und in der Bundesrepublik hat es keinen gravierenden Skandal in der **Ernährungsindustrie** in Schleswig-Holstein gegeben. Das können wir alle voller Stolz feststellen, weil die **Kontrollen**, weil die Offenheit und die Ehrlichkeit in dem Bemühen, Nahrungsmittel an den Verbraucher heranzubringen, von uns allen unterstützt wird. Das ist vor dem Hintergrund der Besorgnisse der Verbraucher eine ganz wichtige Aussage. An dieser Stelle sei Reimer Böge noch einmal ausdrücklich gedankt, daß er ohne auf das Ansehen der Personen in Europa zu achten, versucht hat, den BSE-Skandal aufzuklären.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Lassen Sie mich hier noch einmal sagen, kriminelle Elemente im Ernährungsgewerbe müssen geächtet werden, müssen von uns an den Pranger gestellt werden. Wir haben hier dafür zu sorgen, daß keine Skandale passieren. Wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen, dann ist mir um die Zukunft nicht bange.

Die Struktur, die möglichen **Strategien** einer **Vermarktung**, sind davon geprägt, wie die Einkommenssituation bei den Verbrauchern aussieht.

Wir müssen uns damit beschäftigen, daß nur ein geringer Teil der Verbraucher in etwa 1.000 DM, rund 950 DM, im Monat für Lebensmittel zur Verfügung hat. Bei einem wesentlichen Teil der Verbraucher liegt dieser Betrag nur bei einer Durchschnittsgröße von 450 DM im Monat. Das bedeutet, daß wir gerade in den Discountern tätig werden müssen. Gerade in den Ketten muß versucht werden, unsere Nahrungsmittel mit hochwertiger Qualität abzusetzen. Diesen Weg gehen wir, und er hat gezeigt, daß sich dies die Meiereiwirtschaft, aber auch die Fleischwirtschaft im Lande leisten können.

Kollege Matthiessen, das ist einer der Gründe, weshalb der **Ökolandbau** - zu dem jeder hier ja sagt, darum geht es gar nicht - von uns nicht in den Vordergrund gestellt wird. Wir wollen keine weitere Ökologisierung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, weil sich dies in der Tat nur 2 bis 3 % - nach Aussagen von Fachleuten maximal 8 % der Bevölkerung - vom Preis her leisten können.

(Zurufe von der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Diese Aussage ist richtig.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir müssen alle Luxusgeschäfte, alle Feinkostgeschäfte in Schleswig-Holstein schließen!)

- Frau Heinold, offensichtlich beschäftigen Sie sich nicht mit solchen Marktuntersuchungen. Deshalb sind Einwürfe dieser Art von Ihnen auch nicht angebracht.

Es ist ein außerordentlich schwieriger Weg. Kollege Matthiessen, nun so zu tun, als sei die Direktvermarktung ein Teil der Ökologisierung der Landwirtschaft, ist ein Irrweg. Das ist eher ein Problem der Nachfrage und des Angebots in unmittelbarer Nähe der Ballungsgebiete.

Ich möchte noch kurz zusammenfassen, was der Bericht nicht aufgezeigt hat. Zum einen sind da die zukünftigen **Tendenzen** in der Agrarwirtschaft und in der Ernährungsindustrie zu nennen. Das, was wir im Lande Schleswig-Holstein in der **Pflanzenzucht** beobachten können, und das, was wir zur Zeit in der Enquetekommission versuchen aufzuarbeiten, ist hochinteressant. Ich habe mich schon gefreut, daß der Kollege Weber von der SPD gesagt hat, daß es über den Zweig der grünen Gentechnologie erneut und nachhaltig nachzudenken gilt. Herr Minister, das

scheint ein Stimmungswandel, ein Umschwung zu sein, auch vor dem Hintergrund dessen, was Ernährungs- und Pflanzenzuchtbetriebe in diesem Land leisten. In dieser Entwicklung liegt eine Chance.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Angesichts der Kürze der Zeit möchte ich nur sagen, daß der Kollege Hopp und andere Kollegen mit der Beschreibung des **Gütezeichens** und anderer Tendenzen zu diesen Themen genug gesagt haben. Wir stimmen im wesentlichen mit ihnen überein. Ich werde deshalb darauf verzichten, noch einmal Einzelmärkte zu betrachten. Es wäre aber interessant zu fragen: Was ist zum Beispiel auf dem Getreidemarkt, in der Umsetzung bei Mühlprodukten, mit der Klärschlammverwertung?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluß. Die Techniker haben Ihnen im übrigen schon eineinhalb Minuten geschenkt.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Das habe ich gar nicht gemerkt.

Wir haben die einzelnen Märkte aufmerksam und intensiv zu beobachten und die Nischenprodukte mit zu begleiten. In diesem Sinne wünsche ich mir für die Ernährungsindustrie in Schleswig-Holstein alles Gute.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt spricht der Herr Abgeordnete Wodarz zu uns.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie noch zuhören mögen. Aber versuchen wir es einmal.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen auf jeden Fall!)

- Danke! - Heute vormittag diskutierten wir über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein. Jetzt diskutieren wir über die Ernährungswirtschaft. Warum das voneinander

abgekoppelt wird, vermag ich nicht einzusehen. Alle Redner haben die Bedeutung der **Ernährungswirtschaft** für die Wirtschaft Schleswig-Holsteins betont. Der Minister hat die Zahlen genannt. Das isoliert zu sehen, ist ein falscher Denkansatz, der, glaube ich, noch in vielen Köpfen vorhanden ist; das halte ich für außerordentlich schlecht.

Die Deutschen sind Weltmeister im **Mißtrauen** gegenüber **Nahrungsmitteln**, stellt Professor Alvensleben von der CAU Kiel fest. Er bildete einen Mißtrauensindex und setzte den westeuropäischen Durchschnitt gleich 100. Deutschland lag bei 17 untersuchten Ländern mit einem Indexwert von 143 an der Spitze, Großbritannien mit 80 an vorletzter Stelle. Das ist vielleicht nicht unsymptomatisch.

Der Vertrauensschwund gegenüber unseren Nahrungsmitteln ist eines der größten zu überwindenden Hindernisse. Aber das hat auch seine Gründe. BSE, Schweinepest, Hämatoden, Antibiotika, Hormone - es ist ein Horrorvokabular, bei dem einem eigentlich jeder Bissen im Halse stecken bleiben müßte. Wenn man sich dann noch die Berichte über Lebertransporte oder über die Wege von Schlachtfleisch anhört, könnte man meinen, die Lebensmittelwirtschaft sei ein krimineller Sumpf. Daß dieses Bild falsch und verzerrt ist, stellt der uns vorliegende Bericht zur Situation der Ernährungswirtschaft deutlich heraus. Den generellen negativen Verallgemeinerungen setze ich ebenso plakativ entgegen: Produkte der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein sind gut und meist von hoher Qualität.

(Beifall bei der SPD)

An der Stelle, Herr Jensen-Nissen, sind wir uns in der Beurteilung mal wieder einig.

Gleichwohl wäre es fahrlässig, wenn wir es bei dieser Aussage belassen würden; denn der Bericht zeigt deutlich den Stellenwert der **Ernährungswirtschaft** für die **Gesamtwirtschaft**. Jede Polemik in diesem Zusammenhang könnte falsch verstanden werden oder zu einem Rückschlag führen.

Insbesondere in den strukturschwachen Räumen ist die Ernährungswirtschaft als Arbeitgeber und Wirtschaftsinstrument unverzichtbar. Der **Wettbewerb** auf dem Ernährungssektor ist wie in anderen Bereichen der Volkswirtschaft international, in den Industrieländern oft von Überproduktion geprägt und von einem starken Preisverfall gekennzeichnet. Die **Rahmenbedingungen** für die Ernährungswirtschaft

sind also durchaus nicht besonders rosig. Doch es gibt Wege, in diesem Wettbewerb zu bestehen. Schleswig-Holstein hat dafür hervorragende Voraussetzungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine gute **Betriebsstruktur**. Wir haben qualifizierte Nahrungsmittelproduzenten und -verarbeiter. Auf dieser Grundlage müßten allerdings neue Strategien entwickelt werden. Minister Wiesen hat vorhin sehr deutlich über die Notwendigkeit der Kooperation auf allen Ebenen gesprochen.

Der Bericht betont immer wieder - sei es bei der Fleischproduktion und -verarbeitung, bei Milch, Getreide oder Gemüse -: Billige Massenprodukte gibt es genug am Markt. Gefordert sind **Qualität** und **Originalität**. Dafür kann man noch gute Preise erzielen. Daß dort - auch das hat heute morgen schon eine Rolle gespielt - Kreativität und Intelligenz eingesetzt werden müssen, gilt für die Ernährungswirtschaft in gleichem Maße wie für andere Produkte.

Zuverlässig und nachvollziehbar Qualität zu garantieren, ist die vordringliche Aufgabe aller am Markt Beteiligten. Ich habe schon über den Vertrauensschwund gesprochen. Die Einführung von Qualitätsmanagement- und Umweltmanagementsystemen führt nicht nur zu Effizienzsteigerung, Kostensenkung und umweltverträglicher Produktion. Sie verbessert das Image und erhöht die Akzeptanz bei den Verbrauchern und somit auch die Nachfrage.

Wenn diese Nachfrage aber mißbraucht und der Verbraucher getäuscht wird, dann nützt aller guter Wille nichts mehr. Ich weiß nicht, ob Sie den Bericht, der vor ein paar Tagen in „N III“ gesendet wurde, gesehen haben. Da ging es um die „Husumer Krabbensuppe“, ein regional identifizierbares Produkt. Das wird von einem Hamburger Großhändler aus Dänemark bezogen und als „Uwes Krabbensuppe“ beziehungsweise „Unsere hausgemachte Krabbensuppe“ und sonstwas verkauft. Wenn so etwas passiert, dann fühlt sich der Verbraucher natürlich veralbert und traut keinem Siegel mehr.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Frau Schröder und andere haben ausführlich zum Thema **Gütesiegel** Stellung genommen.

Regionaler Bezug und Umweltverträglichkeit bei der Fleischproduktion sowie artgerechte Aufzucht der Tiere sind weitere Forderungen, die der Verbraucher artikuliert. Um nicht zu einem reinen Rohstofflieferanten degradiert zu werden und die Wertschöpfung zu sichern, muß in Schleswig-Holstein auch verarbeitet werden. Wenn auch in der Vergangenheit insoweit erhebliche Fortschritte gemacht worden sind, bedürfen unsere Qualitätsprodukte einer professionelleren Vermarktung. Auch das hat Herr Wiesen angesprochen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang ist auf den unseligen **Schlachtviehtourismus**, der im Bericht beschrieben wird, einzugehen. Es sind nicht nur die Lebendviehprämien der EU, die diese Tierquälerei profitabel machen. Es sind auch die immer noch viel zu niedrigen Transportkosten. Eine Ökosteuer auf Primärenergie würde den regionalen Erzeugern und Verarbeitern einen erheblichen Kostenvorteil bringen und den Transport an unseren Schlachthöfen vorbei unwirtschaftlich machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mecklenburg-Vorpommern ist bereits erwähnt worden.

Einer professionellen Vermarktung bedarf es aber insbesondere für den **ökologischen Landbau**. Wenn auch dieser Zweig der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren erhebliche Steigerungsraten aufweisen konnte, so ist das Marktpotential noch lange nicht ausgeschöpft. Frau Happach-Kasan und Herr Jensen-Nissen, hinsichtlich der Prognose unterscheiden wir uns erheblich. Gucken Sie sich Länder wie Österreich, Bayern oder unser Nachbarland Dänemark an. Sie beweisen, was möglich ist. Da geht es um ganz andere Marktanteile als nur um 2 oder 5 %.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Ihre Aussage, Herr Jensen-Nissen, betrifft, wir wollen keine Ökologisierung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, so muß ich sagen: Legen Sie doch endlich die Scheuklappen ab. Es geht hier nicht um eine Ideologisierung der Landwirtschaft, sondern einfach darum, daß der Markt bestimmte Produkte fordert. Wir haben für den Markt zu produzieren und nicht für irgendein Parteiprogramm.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wird die SPD auch weiterhin darauf bestehen, daß eine zusätzliche Förderung des ökologischen Landbaus nur mit einer deutlichen Verstärkung von Marketingmaßnahmen einhergehen darf.

Herr Matthiessen, Ihre romantischen Vorstellungen von **Vermarktung** kann ich leider auch nicht teilen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sich den wichtigsten Verteilern, dem Großhandel und den großen Ketten zu verschließen, geht doch auch an den Erfordernissen des Marktes vorbei. Wir reden hier über Marktstrategien und Situationen am Markt und nicht über irgendeine romantische Vorstellung von Landwirtschaft oder Ernährungswirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Dieser Bericht ist eine hervorragende Situationsbeschreibung. Auch ich schließe mich dem vorhin artikulierten Dank an Minister und Mitarbeiter an. Der Bericht zeigt gute Perspektiven auf. Wir sollten bei der weiteren Beratung darauf achten, daß wir die Scheuklappen ablegen und daß wir die guten vorhandenen Potentiale der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft weiter ausbauen und sie zum Wohle unseres Landes nutzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schlage Ihnen vor, die beiden Berichte zur abschließenden Beratung dem Agrarausschuß zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den vorletzten Punkt, den Tagesordnungspunkt 32, auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 25. Rahmenplan 1997 - 2000 „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/876

Bericht und Beschlussempfehlung des
Agrarausschusses Drucksache 14/884

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/920

Ich erteile dem Berichterstatter des Agrarausschusses,
dem Herrn Abgeordneten Hopp das Wort.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im
Einvernehmen mit dem Finanzausschuß empfiehlt der
Agrarausschuß einstimmig, die Anmeldung zur
Kenntnis zu nehmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das ist ein sehr guter Vorschlag. Vielen Dank, Herr
Berichterstatter!

Wortmeldungen zum Bericht wird es nicht geben.

Dann eröffne ich die Aussprache. Ich will nur kurz
daran erinnern, daß die vereinbarten fünf Minuten
Redezeit als Höchstrededzeit und nicht als
Mindestrededzeit anzusehen sind. Vielleicht können wir
uns daran orientieren.

Frau Abgeordnete Sabine Schröder hat das Wort.

(Zurufe)

- Einen Moment! Ja, Entschuldigung. Wir haben den
Bericht darin versteckt. Das war eben die
Beschlussempfehlung. Frau Schröder, ich bitte um
Nachsicht. Zunächst hat Herr Minister Wiesen das
Wort.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es
Ihnen recht ist, im Telegrammstil. Ihnen liegt die
Anmeldung zum 25. Rahmenplan für die Jahre 1997
bis 2000 vor. Die **Gemeinschaftsaufgabe** wird auch
künftig das zentrale Förderinstrument für die
Landwirtschaft, darüber hinaus aber auch für alle
Menschen in den ländlichen Räumen sein und bleiben
müssen. Daraus ergibt sich, daß die Schwerpunkte im
wesentlichen bei der Investition liegen, an vorderster
Stelle bei der Verbesserung der Arbeitsplatzsituation,
der Förderung der land- und ernährungswirtschaftlichen
Betriebe zu leistungs- und wettbewerbsfähigen

Einheiten, bei Infrastrukturmaßnahmen wie
Dorfentwicklung, Aufforstung und Küstenschutz. Der
Einsatz der Bundes- und Landesmittel sowie der GA-
Mittel erfolgt zur Kofinanzierung europäischer
Programme, vor allen Dingen des Programms für die
Entwicklung nach dem Ziel-5b-Plan.

Die Anmeldung ist leider sehr spät gekommen. Es ist
eine erhebliche Verzögerung auf Bundesebene
eingetreten. Erst am 7. Mai dieses Jahres statt sonst im
November des vorhergehenden Jahres hat man sich auf
den Plafond einigen können. Deswegen sind wir auch
mit unserer Anmeldung sehr spät dran. Ich glaube aber,
daß die Vorbereitungen so weit gediehen sind, daß wir
die Mittel, die wir eingestellt haben und die wir Ihnen
vorschlagen, in diesem Jahr noch ausgeben können.

Schwerpunkte der Anmeldung sind die
einzelbetrieblichen Investitionsförderungen: der
Küstenschutz, die Aufforstung, die Dorferneuerung, um
nur einige zu nennen.

Ein Wort zum **ökologischen Landbau**, für den wir,
Herr Kollege Matthiessen, übrigens seit 1988 - vorher
gab es keine Förderung - bisher ungefähr 25
Millionen DM Fördermittel aufgebracht haben. Das
hat sicherlich zu einer positiven Entwicklung geführt.
Jetzt stehen wir vor einer Schwelle, einen neuen
Förderschritt zu machen. Ich bin sehr davon überzeugt,
daß wir auch einen Weg finden, ihn zu finanzieren,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

auch wenn ich in der Anmeldung, die ich Ihnen
vorgelegt habe, das Geld dafür noch nicht sehe.

Drastisch zurückgeführt haben wir einen konsumtiven
Titel, weil die Investitionen wichtiger sind als die
Konsumtion, nämlich die Ausgleichszulage, die auf
dem Festland überhaupt nicht mehr gilt, sondern nur
noch auf den Inseln und Halligen.

Ich bitte Sie, der Aufteilung der Mittel, die wir Ihnen
vorgeschlagen haben, zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt erteile ich der
Abgeordneten Frau Sabine Schröder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Einzelplan 08** besteht im wesentlichen aus **GA-Mitteln**, das heißt aus Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Herr Döring weiß das natürlich ganz genau. Das bedeutet, daß zum Beispiel 4 DM Landesgeld 6 DM Bundesgelder bringen. Hinzu kommen in einigen Programmen EU-Mittel. Das ist ein gutes Geschäft und dient der Marktstruktur, dem Küstenschutz und den Investitionen.

Leider wird das Geld in den öffentlichen Kassen auf allen Ebenen immer knapper. So wurden die GA-Mittel 1996 insgesamt um 500 Millionen DM gekürzt. Herr Jensen-Nissen beklagt zu Recht, daß 1996 rund 6,5 Millionen DM Bundesmittel von Schleswig-Holstein nicht abgerufen wurden, weil die **Kofinanzierung** des Landes fehlte. Doch wir stehen nicht allein mit leeren Taschen da. Bundesweit wurden 90 Millionen DM nicht abgerufen. Dies hilft Herrn Waigel, die Haushaltslöcher zu stopfen. Aber damit gehen den ländlichen Regionen 171 Millionen DM verloren. Selbst Bayern, Herr Jensen-Nissen, mußte 5 Millionen DM verfallen lassen, und NRW 7 Millionen DM. Ich sehe Ihrem Antrag zum Haushalt 1998 mit Interesse entgegen, wie Sie dort einen Deckungsvorschlag bringen wollen.

Bei diesen Kürzungen muß man Schwerpunkte setzen:

1. Der Küstenschutz muß gewährleistet bleiben.

(Beifall bei der SPD)

2. Gekürzt werden sollte möglichst nicht bei Investitionen.

3. Neben den Bundesmitteln sollten möglichst EU-Mittel gebunden werden.

Wir stehen im übrigen sowieso vor einer Neuverteilung der EU-Mittel im Zuge des Beitritts neuer Länder. Die **Agenda 2000** - Herr Kollege Hopp, wir sollten uns im Agrarausschuß einmal damit auseinandersetzen - liefert dafür erste Grundlagen. Ich gehe aber nicht so weit wie zum Beispiel die Junge Union, die gesagt hat, wir brauchten überhaupt keine Subventionen mehr in der Landwirtschaft. Ich zitiere:

(Holger Astrup [SPD]: Das hat die gesagt?)

„Die Junge Union fordert daher: Die produktionsbezogene Unterstützung der Landwirtschaft über ein Interventionspreissystem muß beendet werden.“

(Zuruf von der CDU: Die haben keine Ahnung!)

- Das sagen Sie mal Ihrer Nachwuchsorganisation! - Ich zitiere weiter:

„Langfristiges Ziel muß es deshalb sein, die Abhängigkeit der Landwirtschaft von staatlicher Unterstützung vollständig zu beenden.“

Wir sollten uns dagegen gemeinsam dafür einsetzen - ich glaube, darüber sind wir uns einig -, daß die Programme zwar reformiert, aber nicht abgeschafft werden, daß sie transparenter und effizienter werden, daß Bürokratie abgebaut wird und daß Schleswig-Holstein nicht zu kurz kommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Kollegin Erdsiek-Rave, mit Sicherheit werde ich hier zu den Vorschlägen der JU nichts sagen, weil wir zunächst einmal darüber reden müssen, wie das gestern hier im Hause klang: Bonn war an allem schuld. Nichts anderes haben wir hier gehört. Aber hier ist man noch nicht einmal in der Lage, 1996 - geschweige denn 1997 - die notwendigen **Komplementärmittel** zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Schröder, das, was Sie hier gemacht haben, war ein Versuch, davon abzulenken, daß Sie nicht in der Lage sind, ein konzeptionelles **Programm** zu entwickeln, um diese Mittel zu binden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Wiesen, Ihre vollmundigen Erklärungen im Lande überall, inhaltlich gleich, dies zu tun, können wir sehr schnell entlarven. Wir nehmen uns einfach einmal die Liste der dritten Anmeldung vor. Wir haben auf Bundesebene eine **Kürzung der Zuschüsse** zu verzeichnen, die ja beklagt worden ist. Im Agrarausschuß haben Sie gesagt: Nein, nein, habe ich nie beklagt. Aber selbstverständlich steht das in Ihren Presseerklärungen. Er beklagt dies also und sagt, hier haben wir eine Kürzung von 20 %. Wie sieht das im Lande aus? Bei den Zinszuschüssen 30,8 %, bei den einzelbetrieblichen Maßnahmen, ländliche Siedlung, investive Maßnahmen 30,8 %, markt- und standortangepaßte Landwirtschaft 30,7 %, Verbesserung der Vermarktungsstruktur 28,8 %. Wo ist dann hier die gleichgewichtige Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Einzig und allein - das konzedere ich Ihnen - haben Sie versucht, beim Küstenschutz dies noch einigermaßen hinzukriegen.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, ja, Kollegin Walhorn, immer dann, wenn es unangenehm wird, sollen wir langsam machen. Das hätten Sie gern.

(Beifall bei der CDU)

Nicht, Holger? - So ist das!

(Holger Astrup [SPD]: Ich finde das gut, was du da sagst!)

Ich bin ja nicht jemand, der hier aus internen Gesprächen zitieren will. Aber der Kollege Matthiessen, mit dem wir uns sonst ja gut vertragen, beklagt im Agrarausschuß natürlich zu Recht das, was hier passiert ist, und fragt mich dann, wie wir dies denn ändern wollen. Ich könnte Ihnen heute mal einen Vorschlag machen, wie wir das machen würden. Die Kollegen wollen ja gleich in den Feierabend, mir wäre es aber lieber gewesen, wenn wir über diesen Punkt sehr viel ausführlicher hätten diskutieren können.

Um noch einmal in die inhaltlichen Aussagen zu gehen: Herr Minister Wiesen, Sie sagen hier, Sie wollen die konsumtiven Maßnahmen kürzen, um den Küstenschutz zu verstärken. Dabei gehen wir ein Stück des Weges mit Ihnen. Aber dann hätten wir erwartet, daß Sie bei der einzelbetrieblichen Förderung, beim Junglandwirteprogramm, bei den Zinszuschüssen, bei

all diesen Dingen, die Sie gekürzt haben, einen Schritt nach vorn gemacht hätten. Dies haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe ja einen Deckungsvorschlag.

(Zurufe)

- Kollegen, ich könnte das auch außerhalb des Protokolls machen.

Aber Sie erwarten von mir ja einen **Deckungsvorschlag**. Gestern haben Sie nun erklärt, was Sie alles so an Landesimmobilien verscheuern wollen. Dann verscheuern Sie einmal das Landwirtschaftsministerium, die Immobilien des Landwirtschaftsministeriums, und dann haben wir für Ausgaben über Jahre einen vernünftigen Deckungsvorschlag. - Jetzt will ich einmal hören, ob Sie dazu etwas anderes sagen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Zwei Minuten!
- Weitere Zurufe - Glocke des
Präsidenten!)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Jensen-Nissen, ich möchte darauf zurückkommen, daß Sie gesagt haben, der **Ökolandbau** in seiner Ausbreitung scheitere am **Preis**. Das ist natürlich eine völlig verkehrte Betrachtung. Die hohen Preise in den Naturkostläden sind ja zum überwiegenden Teil der Vermarktung geschuldet. Wir haben es im Moment mit einem zweiprozentigen Marktrinnnsaal statt eines breiten Stroms zu tun. Hätten wir dort Strukturen, wie wir sie meinetwegen von Aldi kennen, dann wäre das Problem schon einmal ein ganz anderes.

Selbst wenn wir diese Strukturen hätten, würde ja der Preis auch nicht voll durchschlagen. Wir gehen von einer Erhöhung des Erzeugerpreises um ein Drittel mit einem Durchschlag von etwa 7 bis 11 % auf die

Verbraucherseite aus. Insofern tragen Ihre Argumente nicht sehr weit.

Bevor ich auf den Bericht der Landesregierung zur **GA-Anmeldung** eingehe, möchte ich mich auf den Antrag der CDU-Fraktion beziehen. Wir lehnen Ihren Antrag ab, Herr Jensen-Nissen; er ist vergleichbar mit dem Antrag der Kollegin Happach-Kasan zu den Saisonarbeitern. Die Landesregierung hatte wohl noch gar nicht die Idee - wahrscheinlich -, sich zu dem Komplex Gedanken zu machen. Sie ist wahrscheinlich sehr dankbar, jetzt durch den CDU-Antrag eine Anregung bekommen zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lachen des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Selbstverständlich hat die **Landesregierung** ein **Konzept** erstellt; es liegt mit der Drucksache 14/876 vor. Mit dem Ergebnis der Rahmenplanung mögen Sie ja nicht einverstanden sein, Herr Jensen-Nissen. Ich verschweige auch nicht, daß wir in unserer Fraktion Überlegungen anstellen - selbstverständlich -, wie Komplementärmittel landesseitig sinnvoll eingesetzt werden können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Wenn Sie Ihrerseits Anregungen und Ideen zu diesem Komplex haben, so empfehle ich Ihnen, das in Form eines Änderungsantrages in die Haushaltsberatungen einfließen zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es bleibt aber festzuhalten, daß natürlich auch die Einsparung von **Komplementärmitteln** eine Ausgabenreduzierung für den Landeshaushalt darstellt. Es macht wenig Sinn, deswegen Geld nur einzustellen, damit von außen zusätzliches Geld eingeworben werden kann.

Im übrigen tut man auch der Kasse des Bundes keinen Gefallen, wenn man auf Krampf alle angebotenen Mittel ausschöpft. Die Rahmenplanung zur GA unterliegt ja durchaus Risiken. Aufgrund des Steueraufkommens kennen wir nicht den künftigen Gesamtplafond des Bundes. Es ist aber eher zu erwarten, daß er sinken wird. Darüber hinaus fließen GA-Mittel größtenteils in Programme, die sich über

mehrere Jahre erstrecken. Die hieraus resultierenden Verpflichtungen stellen natürlich ein Finanzrisiko bei weiteren GA-Kürzungen dar - ebenso wie Änderungen in der Förderkulisse der Ziel-5b-Strukturfondsmittel.

Ich komme jetzt zum Bericht der Landesregierung. Vor dem Hintergrund der gewaltigen **Kürzungen** um 500 Millionen DM auf 1,5 Milliarden DM des Gesamtplafonds bleibt wieder einmal nur die traurige Debatte darüber, wo gekürzt und gespart werden kann.

Es ist auch die Frage zu erörtern, ob man nun die einzelnen GA-Posten proportional kürzt oder **Schwerpunkte** setzt. Ich begrüße es, daß die Landesregierung dort eben Schwerpunkte gesetzt hat.

Zu der markt- und standortangepaßten Landwirtschaft möchte ich an dieser Stelle insbesondere zur Beibehaltungsförderung für den ökologischen Landbau keine weiteren Worte verlieren, sondern zunächst einmal das Ergebnis der gestern stattgefundenen Sammlung mit der Sparente des Finanzministers abwarten.

(Heiterkeit)

Eine eindeutige Schwerpunktsetzung der GA-Mittel liegt in der **Dorfentwicklung** und in der ländlichen **Regionalentwicklung**. Hier muß man feststellen, daß die alte Dorferneuerung mit Bürgersteig- und Fassadenrenovierungen durch ein weitaus moderneres Konzept abgelöst wurde. Das Leitbild der Dorfvverschönerung ist von wirtschaftlichen, regionalen Leitbildern abgelöst worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Erarbeitung teilträumlicher Entwicklungsleitbilder mag vielleicht etwas holprig und unverständlich klingen, aber es gibt sie wirklich, die sogenannten endogenen Potentiale.

An dieser Stelle haben wir in unserer Fraktion zur Zeit folgende kritische Diskussionen: Wie dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen ist, gibt es vier Modellregionen; darüber hinaus liegen 30 weitere Anträge zur Durchführung einer ländlichen **Struktur- und Entwicklungsanalyse** vor. Da stellt sich natürlich die Frage - ich sage, das ist zuviel -, ob man diese Analysen dann, wenn sie denn umgesetzt sind, anschließend bezahlen kann. Hier werden eventuell

Mittel gebunden, die bei abgeschlossenen Analysen dann zur Umsetzung der Entwicklungsziele fehlen.

Der Kollege Karl-Martin Hentschel hält mir entgegen, daß diese Regionalentwicklungspläne per se Zukunftsperspektiven vor Augen führen, auch wenn die spätere Finanzierung der Projekte nicht absehbar ist. Ich denke, das ist ein Punkt, über den noch zu diskutieren sein wird.

Zu den einzelnen GA-Posten möchte ich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit keine Stellung mehr nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Auch Sie haben drei Sekunden eingespart. - Jetzt hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der „Wiesen“-Vogel ist kein Rabentier!)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es lockt natürlich, noch einmal grundsätzlich in das Thema einzusteigen, um auch einiges von dem richtigzustellen, was hier inzwischen gesagt worden ist. Aber, Herr Matthiessen, ich möchte doch nur noch auf eines eingehen: Einerseits beklagen Sie ausdrücklich, daß die **Gesamtmittel** der GA vom **Bund** um 500 Millionen DM gekürzt worden sind. Andererseits sagen Sie, es sei eigentlich ganz sinnvoll, daß **Schleswig-Holstein** nicht alle Mittel ausschöpfe, weil man gar nicht für alle Mittel ordentliche Verwendung hätte. Ich empfinde das als etwas widersprüchlich. Wenn Schleswig-Holstein die Mittel gar nicht ausgeben kann, macht es wenig Sinn, zu beklagen, daß der Bund nicht mehr zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist nun einmal so.

Des weiteren scheint es mir nicht sehr sinnvoll zu sein, Schleswig-Holstein mit Ländern wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen zu vergleichen. Das geht schon allein aus dem Grund nicht, weil bei uns andere Gegebenheiten vorherrschen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Bekanntlich hat Bayern keine Aufwendungen für den Küstenschutz. Das ist wohl auch allgemein bekannt. Von daher bedeutet doch die Tatsache, daß wir **Kürzungen** haben, daß wir aber dennoch in gleicher Weise in den Küstenschutz investieren müssen, weil das für die Sicherheit der Menschen an der Westküste erforderlich ist, daß die Kürzungen dann eben tatsächlich bei der Gemeinschaftsaufgabe voll auf die ländlichen Räume zurückschlagen. Da fehlen dann tatsächlich die Mittel.

Kollege Jensen-Nissen hat das ja ganz zutreffend dargestellt. Beispielsweise das Junglandwirteprogramm, das ganz dringend ist, ist eine solche Sache, die bei uns gefördert worden ist. Dann einfach zu sagen, die konsumtiven Ausgaben wollen wir gegenüber den investiven Ausgaben zurückführen, klingt ja sehr gelehrt und intellektuell ganz ansprechend, aber die Tatsache ist, daß uns Mittel in den ländlichen Räumen für die weitere **Entwicklung der ländlichen Räume** fehlen und daß die Landesregierung offensichtlich weder in der Lage noch überhaupt Willens ist, diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Jensen-Nissen an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An den Mittel der **Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ von Bund und Ländern hängen eine ganze Reihe von Programmen, die für ein Agrarland wie Schleswig-Holstein natürlich eine wichtige Rolle spielen. Über diese Mittel werden Maßnahmen über die Dorferneuerung, die Flurbereinigung bis hin zur Abwasserbeseitigung und zur Vermarktung des ökologischen Landbaus finanziert.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Höflichkeit gegenüber der Rednerin.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Besonders die Dorfentwicklungspolitik liegt dem SSW am Herzen. Es müssen wieder ordentliche Strukturen für das Wohnen und Arbeiten auf dem Land geschaffen werden - nicht zuletzt im Landesteil Schleswig, möchte ich hervorheben.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Hierbei konnten die **GA-Mittel** teilweise zusammen mit **EU-Geldern** oftmals wichtige Projekte anschieben. Ich erinnere dabei an die Modellregion Eggebek, wo man die Zuschüsse zur Durchführung einer ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse benutzt hat und beispielsweise die Wiedereröffnung eines Kaufladens ermöglichte.

Die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe geförderten Maßnahmen sind aber nicht nur von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die **Entwicklung des ländlichen Raums**, sondern auch - das ist für uns besonders wichtig - zur Sicherung des Küstenschutzes an unserer Westküste. „Die nächste Sturmflut kommt bestimmt“, sagt man an der Westküste, und man kann es den Menschen an der Westküste nicht verdenken, daß für sie der Küstenschutz an erster Stelle steht.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Deshalb begrüßen wir, daß der **Küstenschutz** trotz der reduzierten Mittel ein finanzieller **Schwerpunkt** bleibt. Der Generalplan „Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz“ hat zwar bisher nur zu 55 % erfüllt werden können, und noch rund 70 km der Landesschutzdeiche müssen verstärkt werden. Wir gehen aber davon aus, daß die öffentlichen Aussagen von Landwirtschaftsminister Wiesen, daß die Deichsicherheit weiterhin gewährleistet sei und es nicht den geringsten Anlaß zur Sorge gebe, weiter ihre Gültigkeit haben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. von Hielmcrone [SPD])

Alles andere wäre völlig unannehmbar.

Wir bedauern, daß die Bundesmittel für die GA-Förderung „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ von 2,4 Milliarden DM 1996 auf 1,9 Milliarden DM für 1997 reduziert worden sind. Auch der äußerst späte Zeitpunkt der Bewilligung im Mai ist

aus der Sicht vieler Kommunen, die Projekte über diese Programme finanzieren, sehr unbefriedigend. Allerdings darf man auch nicht vergessen, daß nicht immer alle bereitgestellten Gelder im Rahmen der GAFörderung auch in Anspruch genommen werden. Aus dem Bericht zur Ernährungswirtschaft ging zum Beispiel hervor, daß in den Jahren 1992 und 1995 nur ein Drittel der Mittel für Fördermaßnahmen im Fleischsektor beansprucht wurden. Konzepte liegen vor, ist gesagt worden. Wir wollen dem Küstenschutz erste Priorität einräumen.

Zu dem CDU-Antrag möchte ich folgendes sagen. Er gehört in die Haushaltsberatungen.

(Sabine Schröder [SPD]: Richtig!)

Da müssen wir uns mit dem auseinandersetzen, was Sie zu Recht fordern. Ich meine nicht, daß wir das hier tun sollten. Wenn ich den Antrag jetzt ablehne, dann deshalb, weil ich finde, daß er in die Haushaltsberatungen gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Der Ausschuß empfiehlt, von dem Bericht der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/920, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt, Tagesordnungspunkt 5, auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg über den Anschluß der Tierärztekammer Hamburg an die Tierärzteversorgung Niedersachsen

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/852

Bericht und Beschlußempfehlung des
Agrarausschusses Drucksache 14/943

(Unruhe)

- Es ist im Moment etwas schwer durchzudringen.
Wenn das Plenum so weit ist, werde ich Ihnen das Wort
erteilen. - Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des
Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp.

Claus Hopp [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der
Agrarausschuß hat heute mittag getagt und empfiehlt
Annahme des Staatsvertrages.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen
zum Bericht liegen nicht vor. Eine Aussprache ist nicht
vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung
in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt
abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das
Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?
- Das ist einstimmig so beschlossen.

Mit dem Hinweis, daß die 16. Tagung des Landtages
am 24. September 1997 beginnt, schließe ich die 15.
Tagung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:14 Uhr